

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1897 unter Nr. 7497.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 je oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr
 vormittags geöffnet.

Korrespondenz: Auf l. Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Straße 2.

Sonntagabend, den 26. Juni 1897.

Expedition: SW. 19, Bentz-Straße 3.

Der Reichstag

ward gestern, nach einer mehr als anderthalb Jahre langen Doppelsession, geschlossen, unter Verhältnissen, so charakteristisch, daß sie zur Kennzeichnung der im Deutschen Reich herrschenden Zustände notwendig besprochen und in scharfer Beleuchtung gerückt werden müssen.

Wir denken hier nicht an die Unfruchtbarkeit dieser Session, deren magere Ergebnisse in fast komischem Kontrast zu dem ungeheuren Aufwand von parlamentarischer Arbeit stehen.

Auch diese Unfruchtbarkeit ist freilich ein Zeichen der Zeit — die Folge der Thatsache, daß den im Reichstage waltenden Kräften andere Kräfte, die für den Augenblick noch stärker sind, entgegenwirken, so daß die gesetzgeberische Thätigkeit der Volksvertretung, sofern sie nicht jenen anderen Kräften gefällig, von vornherein zum Scheitern verurteilt ist. Im andern Fall freilich wird sie um so eifriger gefördert, und so hat dieser Reichstag in der verflochtenen Doppelsession den Herren Junkern und sonstigen Volksfeinden gar manche Liebesgabe gebracht. Allein der Regierung gegenüber hat der Reichstag, trotz all' dieser wirtschaftlichen Zugeständnisse an die Reaktion, doch auf politischem Gebiete eine mehr und mehr unabhängige und oppositionelle Stellung eingenommen, so daß es in den letzten Monaten zu scharf ausgeprägter Gegensätzlichkeit gekommen ist, die sich allmählig, wenn nicht Unvorhergesehenes geschieht, zu einem Konflikt zuspitzt. Dies gilt namentlich von dem Streit um das Vereinsrecht, der im vorigen Jahr durch den Husaren-Angriff der Köller'schen Polizei auf unsere Partei-Organisation begonnen ward, und der sich, an Bedeutung und Umfang stets wachsend, zu einem Kampf um die höchsten politischen Rechte und Gewalten entwickelt hat. Unterstützt nicht bloß, sondern zweifellos auch positiv angespornt von dem obersten Bundesfürsten des deutschen Reichs: dem Kaiser, ist die Regierung bemüht, den preussischen Landtag als Operationsbasis und Angriffswaffe zur Überwindung des Reichstags zu benutzen. Und da verschiedene Mitglieder der jetzigen Regierung, namentlich der Reichskanzler und die Herren von Witticher und von Marschall vor den Konsequenzen eines solchen Kampfes, der schließlich zu einem Konflikt im größten Stil führen kann, zurückweichen, oder sich den tonangebenden Elementen aus sonstigen Gründen mißliebig gemacht haben, so ist eine Ministerkrise, oder richtiger: eine Regierungskrise ausgebrochen, deren Urheber bemüht sind, die Werkzeuge der schärfsten Reaktion, d. h. Männer, welche erforderlichensfalls auch vor einem Staatsstreich nicht scheuen, an die Spitze der Regierung zu bringen.

Die Regierungskrise richtet sich demnach direkt gegen die Rechte des deutschen Volks, oberan das allgemeine Wahlrecht, das die Grundlage sämtlicher übrigen Volksrechte ist; und ebenso direkt richtet sie sich gegen den deutschen Reichstag, der durch das preussische Abgeordnetenhaus lahm gelegt werden soll. Der Reichstag ist an der oberschwebenden Krise beteiligt, wie nur jemals eine Volksvertretung an einer politischen Krise beteiligt war; er ist nicht bloß angegriffen, er ist formell herausgefordert und beschimpft; und gerade in den letzten Tagen haben die Feinde des Reichstags ihm die beleidigendsten Insulten zugesendet und ihre Reaktionspläne mit trohiger Offenheit enthüllt. Der Reichstag, dessen Mehrheit vor wenigen Wochen den Ehrentitel „Vaterlandslose Gesellen“ hinnehmen mußte, wurde im Abgeordnetenhaus „verblendet“ gescholten, weil er das Vereinsrecht wahren will, und Mitglieder des Herrenhauses, dieses verzopften Anhängels des Abgeordnetenhauses, das selber ein Jammerprodukt des „elendesten aller Wahlgeseze“ ist, erdreisteten sich, Staatsangehörige, für deren Grundrechte der Reichstag kämpft, aus edelstem Mund mit dem pöbelhaften Schimpfwort: „Lausejungen“ zu bezeichnen. Die so reden, das sind die Ankerleserinnen der kleinen aber mächtigen Partei, von denen die gegenwärtige Regierungskrise ausgeht. So groß ist ihre Wuth auf den Reichstag, daß sie das bischen Politur, dem sie sonst so viel Werth belegen und in welchem auch meistens ihr Hauptwerth besteht, in blindem Zorn von sich werfen und den, ihrer Natur und Leidenschaft besser entsprechenden Ton des Fischmarkts annehmen. Mit dem Schimpfen ist's jedoch nicht genug — ganz bestimmte Drohungen der denkbar ernstesten Art sind mit den Beschimpfungen verbunden. Ein neues Sozialistengesetz, das über den Kopf des Reichstags für Preußen erlassen werden soll, ist mit dünnen Worten angelündigt.

Kurz, die Feinde des Reichstags bezeugen ihm ihre Feindschaft in jeder Weise: in Wort und in That; sie streben nach der Regierungsgewalt, sie wollen den preussischen Staat und das deutsche Reich in ihre Faust bekommen und den Reichstag matt setzen. Und in diesem Augenblick, wo alles auf dem Spiele ist, wo die Regierungskrise jeden Moment zur akuten Verfassungskrise sich erweitern kann — in diesem Augenblick wird der Reichstag für mindestens vier Monate geschlossen!

Kraßer kann das Unfertige, das Rückständige, das Unwürdige unserer politischen Zustände nicht zur Anschauung und zum Bewußtsein gebracht werden.

In England, in Frankreich, in allen Ländern mit einer wirklichen Verfassung und einer wirklichen Volksvertretung ist eine Regierungskrise ohne die Volksvertretung undenkbar, kann eine Regierungskrise ohne die Volksvertretung weder herbeigeführt noch gelöst werden.

Schon aus dem einfachen Grunde nicht, weil die Minister dort aus der Mitte der Volksvertretung hervorgehen müssen.

Bei uns im Deutschen Reich der ostelbischen Junker hat die Volksvertretung mit deutschen Regierungskrisen nicht mehr zu schaffen, als der Mann im Mond; sie bildet keine Ministerien und sie stürzt keine Ministerien. Die Machthaber bestreiten ihr sogar das Recht, von Regierungskrisen zu reden.

Als vor Pfingsten der Reichstag sich auf 4 Wochen vertagte, statt seine Sitzungen Hals über Kopf in ein paar Tagen zu beendigen, war das reaktionäre Junkertum außer sich vor Ingrimm, weil es hinter den Ferien die Absicht einer Beeinflussung und Kontrolle der schwebenden Regierungskrise vermutete.

Inzwischen ist die Regierungskrise verumpft, und darum nur um so gefährlicher. Es handelt sich um Entscheidungen von äußerster Tragweite — es handelt sich um die politische Zukunft Deutschlands auf Jahrzehnte hinaus.

In der nächsten Zeit schon werden ohne jeglichen Zweifel folgenschwerste Entscheidungen getroffen.

Und die Volksvertretung geht nach Hause. Deutlicher kann dem deutschen Volk nicht gezeigt werden, welche untergeordnete Stellung seine Vertretung noch einnimmt.

Rehrt der Reichstag zurück, so befindet er sich vor vollendeten Thaten. Vielleicht an der Schwelle des Staatsstreichs.

Was sagt das deutsche Volk zu der untergeordneten Stellung, welche seiner Vertretung, dem Reichstag, angewiesen ist?

Begreift es nicht, daß die untergeordnete Stellung der deutschen Volksvertretung eins ist mit der untergeordneten Stellung des deutschen Volkes?

Politische Uebersicht.

Berlin, 25. Juni.

Aus dem Reichstage. Die heutige letzte Sitzung des Reichstags war kurz; ob auch gut, das ist eine andere Frage. Auf der Tagesordnung standen nur Nachtragsetat, darunter auch die erste Rate von 44 Millionen für die Schnellfeuer-Geschütze, denen später noch ein paar hundert Millionen für den gleichen Zweck folgen werden. Bewilligt wurden die Summen von den bürgerlichen Parteien, ohne daß ein Wort dazu gesprochen wurde.

Der Präsident gab hierauf die übliche Uebersicht über die nun abgelaufene Session, welche mit zu den längsten zählt, seit der Reichstag besteht. Vor dem hierauf folgenden offiziellen Schluß durch den Herrn Reichskanzler entfernten sich unsere Genossen aus dem Saale, nachdem sie sich vorher an den üblichen Dankesbezeugungen für das Präsidium noch beteiligt hatten.

Weißen in der Wandelhalle sich vollziehenden Verabschiedungen, konnten unsere Parteifollegen leider nicht alle der Hoffnung auf Wiedersehen im Herbst zustimmen, da der eine und andere noch einige Kleinigkeiten mit dem Staatsanwalt abzumachen hat, so daß nicht ausgeschlossen ist, daß für diese Kollegen vorübergehend der Ort der „Sitzung“ für einen Bruchtheil der nächsten Session verlegt wird.

Die Vereinsnovelle in der Herrenhauskommission. Die 15 gliedrige Kommission des Herrenhauses für die Verathung der lex Reede hat gestern ihre Verathungen begonnen und bereits beendigt. Sie sind die Herren, denn es gilt, des Volkes Rechte zu menseln.

Graf v. Stolberg-Wernigerode brachte einen Antrag ein, der wörtlich gleichlautend mit dem vom Freiherrn v. Redlig im Abgeordnetenhaus gemachten Vorschlägen ist. Nur eine Abänderung wurde vorgeschlagen, nämlich die Worte „sozialistische“ und „kommunistische“ zu streichen.

Also schlechtweg ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie, der nun auch die Anarchisten an die Seite gestellt werden, während sonstige sozialistische und kommunistische Bestrebungen frei bleiben sollen!

Die Debatte war ganz kurz. Minister von der Reede erklärte, daß er in erster Linie an der Fassung der Regierungsvorlage festhalte, weil es bedenklich erscheine, wieder ein Ausnahmegesetz zu machen, daß er aber eventuell mit der vorgeschlagenen Streichung der Worte „sozialistische“ und „kommunistische“ einverstanden sei. Bei der Abstimmung wurde die Fassung des Abgeordnetenhauses mit allen gegen eine, und die gestellten Anträge unter Streichung der bezeichneten Worte mit 11 gegen 3 Stimmen angenommen. Die Berichterstattung durch den Grafen Stolberg soll schriftlich erfolgen und die Verathung der Vorlage im Plenum am nächsten Mittwoch, 30. Juni, erfolgen.

Im preussischen Abgeordnetenhaus haben heute die Agrarier ihre längst verkündete Absicht ausgeführt und die Vorgänge an der Berliner Börse zur Sprache gebracht. Als Vorwand dazu mußte eine Interpellation v. Arnim (L.) u. Gen. dienen, in welcher die Regierung erlucht wird, Mittheilungen darüber zu machen, aus welchen Gründen die Berliner Getreide-Frühbörse weder als Börse im Sinne des Gesetzes noch als Markt behandelt wird. Thatsächlich aber ist es, wie aus den Ausführungen des die Interpellation begründenden Abg. Ring (L.) hervorgeht, den Herren weniger um die Schließung der Frühbörse zu thun, die sie jetzt doch nicht

erreichen können, als vielmehr darum, den Minister „scharf“ zu machen. Daß in der jetzigen Gesellschaft die Börse ein notwendiges Uebel ist, und daß das Vorgehen der Regierung nicht nur den kleinen Händler, sondern auch den Landwirt schwer schädigt, das mögen unsere Junker wohl allmählig einsehen, wenn sie es auch noch nicht offen eingestehen wagen. Wir zweifeln auch nicht daran, daß sie im Frieden mit der Kaufmannschaft leben wollen, vorausgesetzt, daß diese thut, was die hochgeborenen Herren wollen.

So maßvoll wie heute haben sich die Agrarier lange nicht gezeigt, selbst der Abgeordnete Ring, der sonst den Mund nicht voll genug nehmen kann und erst kürzlich in einer Versammlung dem gesammten Handelsstande die Ehre abzuschneiden veruchte, sprach, wenngleich seine Worte in thatsächlicher Beziehung viele Angriffs-punkte bieten, doch verhältnismäßig sachlich und gab der Hoffnung Ausdruck, daß eine Verständigung zwischen Händlern und Landwirthen auf der Grundlage des Börsengesetzes zu Stande kommt. Auch der Führer des Bundes der Landwirthe v. Pilsch und die bei Wärfendebatten niemals schenkenden Abgg. Dr. Fahn und Camp bündigten ihren Redefluß; sie wissen ja doch, daß sie von der gegenwärtigen Regierung alles erlangen können. Wozu also unnütz schreien? Kommt Zeit, kommt Rath.

Die Herren, die noch vor wenigen Wochen jeden Minister, der ihnen nicht unbedingt zu Willen war, niederzuschreien suchten, hörten heute die Ausführungen des Handelsministers Graf v. Helldorf über die Frühbörse ruhig an, obgleich ihnen darin gerade keine zu trüblichen Ausichten eröffnet wurden, denn der Minister erklärte, daß diese Börsen weder Börsen im Sinne des Gesetzes, noch Märkte seien, daß er also vorläufig kein Recht habe, sie zu schließen. Allerdings sei es möglich, daß nach Auflösung der Feenpalast-Versammlungen die Frühbörse sich zu Börsen im Sinne des Gesetzes entwickle, oder vorläufig sei es noch nicht so weit. Sein Vorgehen gegen die Feenpalast-Versammlungen suchte der Minister damit zu rechtfertigen, daß er die Teilnehmer habe zwingen wollen, die Gerichte anzurufen, um eine Entscheidung herbeizuführen. Allerdings, ein mehr als sonderbares Vorgehen!

Für die Börsenbesucher brachen die Abgg. v. Sinner (natl.), Richter (ref. Rp.) und Richter (ref. Rp.) eine Panze, während Abg. Schwärze (Z.) für schleunige Maßnahmen gegen sie eintrat.

Die Interpellation ändert also im allgemeinen nichts am Stand dieser Frage.

Aus der gestrigen Rede des Freiherrn v. Stumm im Herrenhause tragen wir noch folgende Stelle nach, die leider in unserem Parlamentsberichte fehlt, aber zur Charakteristik des Scharfmachers nöthig ist. Nach dem Bericht der „Post“ sagte v. Stumm:

„Wenn dann der Herr Vorredner gemeint hat, daß ihm nie etwas davon bekannt geworden ist, daß sich junge Leute in Versammlungen unziemlich betragen haben, so geht daraus hervor, daß er nie bei einem Streik in den Kohlenrevieren anwesend gewesen ist. Wenn er den kolossalen Wadon gehört hätte, den da solche Lausejungen gemacht haben, so wäre er zu einer so gewagten Behauptung gewiß nicht gekommen.“

In anderen Berichten findet sich statt „Lausejungen“ der Ausdruck „Lausejungen“.

Es erübrigt sich, auf diese Ausdruckweise ein Wort der Kritik zu sagen. Die „Lausejungen“ werden Herrn v. Stumm schon gegentüchlich die rechte Antwort geben.

Wen will man täuschen? Die deutsche Regierung hat bekanntlich in aller Stille neue Kanonen anfertigen lassen, und in Augenblick, wo dem Reichstag die Sache — da Kanonen doch Geld kosten — „vertraulich“ angezeigt ward, waren die Kanonen bereits fertig. Die sozialistischen Abgeordneten, obgleich Vaterlandsfeinde, denen das „Geheimniß“ auch mitgeteilt werden mußte, haben es natürlich nicht verrathen. Das blieb anderen, sehr frommen Leuten vorbehalten. Wir wollen übrigens mit unserem Patriotismus nicht prahlen. Wir wollen im Gegentheil mittheilen, daß das „Geheimniß“ gar kein Geheimniß war; und daß die Anekdote, der Kaiser habe die französischen Militärattaches mit den fertigen deutschen Kanonen verrascht, eine — Jagdgeschichte ist. Die Franzosen und Deutschen spionieren einander so erfolgreich aus, daß sie auf dem Gebiet der Waffentechnik gegenseitig keine Geheimnisse haben. Auch die Franzosen haben die „neuen Geschütze“ längst fertig. Sie haben sogar schon wieder ein neues Modell in Arbeit. Das hört ja nicht auf. Und auch in Deutschland wird dies „neue Geschütz“ bald altes Metall sein.

Politik und Geschäft. Von interessirter Seite werden uns nachsichende Mittheilungen gemacht, die nicht zu veröffentlichen wir einen Anlaß um so weniger haben, als es bekanntlich zu den Spezialitäten der „Freisinnigen Zeitung“ gehört, Unannehmlichkeiten, welche in von Arbeitern gegründeten Geschäften vorkommen, in geschäftlicher Weise gegen unsere Partei auszuspielen. Aus nachstehenden Mittheilungen wird es freilich erklärlich, warum den Arbeitergründungen die Existenz manches Mal sehr erswer wird, auf Bewilligen, wie sie Herr Richter zu belibien scheint, können sich eben Arbeiter nicht einlassen.

Die Zuschrift lautet: Die bereits seit längerer Zeit in Aussicht gestellte politische Debatte über die gegenwärtigen Verhältnisse in der Regierung, die für die heutige Reichstags-Sitzung geplant war, hat nicht stattgefunden, die Generaldiskussion über den Nachtragsetat vollzog sich ohne jeden Zwischenfall, und enttäuscht mußten die Tribünenbesucher die einen „großen Tag“ erwarten, von dem man nichts mehr gehört hat. Bekanntlich mag sich der mit den Verhältnissen nicht vertraute Zeitungleser fragen, wodurch diese plötzliche Sinnesänderung hervorgerufen ist, welche politischen Erwägungen den Führer der freisinnigen Volkspartei, von dem dieser Plan ausgegangen war, veranlaßt haben, ganz gegen seine Gewohnheit den Rückzug anzutreten. Aber sonderbarer Weise sind es keine politischen, sondern rein geschäftliche Rücksichten, die Herrn Richter plötzlich so friedlich gestimmt haben; es sind Geschäftspraktiken der unmöglichen Art, die als ein Symptom dafür, wie nicht nur fürprecklich, sondern auch geistige Arbeiter vom Kapitalismus geknebelt werden, tiefer gehängt zu werden verdienen.

Bekanntlich giebt Herr Richter einen Parlamentsbericht heraus,

den er nicht nur in der „Freisinnigen Zeitung“ veröffentlicht, sondern gegen Bezahlung auch anderen Zeitungen zum Abdruck überläßt. Obgleich er es nun im Laufe der Jahre verstanden hat, alle seinem Einfluß unterworfenen Zeitungen zum Abonnement auf diesen Bericht zu veranlassen, obgleich er auf diese Weise bereits eine ganze Anzahl von Existenzen erheblich geschädigt, wenn nicht geradezu vernichtet hat, trägt er doch kein Bedenken, in seinen echt kapitalistischen Gelüsten immer weiter fortzuschreiten dadurch, daß er die Herausgeber seines Berichts einfach auf die Straße wirft, sobald er sie genügend angequält und den gehörigen Profit aus ihnen herausgepreßt hat. Während in allen übrigen parlamentarischen Büros der Brauch besteht, daß die Mitarbeiter für die Dauer der Session engagiert sind und nur im Falle ungenügender Leistungen entlassen werden können, hat Herr Richter eine lächerliche Kündigungsfrist eingeführt, um in Zeiten, wo die Parlamentsverhandlungen nicht täglich stattfinden, dieselben Leute, die in häßlichen politischen Zeiten manchmal täglich über die Vorgänge in drei Parlamenten zu berichten haben und sich so im vollen Sinne des Wortes aufreiben, auf gute Art aufs Pflaster setzen zu können. Von dieser Geschäftsprosa hat er auch jetzt wieder Gebrauch gemacht und an seine Mitarbeiter das dreifache Anerbieten gestellt, für den Rest der Session sich diätarisch beschäftigen zu lassen. Die Betroffenen waren sich darin einig, daß sie auf ein so unwürdiges Anerbieten, schon um keinen Preis abzugeben, nicht eingehen dürfen, und stellten ihm oder besser gesagt, seinem Bevollmächtigten, der die Unterhandlungen in seinem Auftrage führte, anheim, ihnen zu kündigen — und Herr Richter ging darauf ein, er kündigte seinem ganzen Bureau bereits vor 14 Tagen, um für die wenigen Sitzungen, die jetzt noch stattfinden, nicht das volle Gehalt, sondern nur tageweise zahlen zu brauchen, obwohl er den auf seinen Bericht abonnierenden Zeitungen wohl schwerlich den im voraus zu entrichtenden Abonnementsbetrag wieder zurückzahlen wird. Das läßt natürlich den großen Vorkämpfer für schrankenlose Freiheit (auch Ausbeutungsfreiheit) kalt, daß er sich dadurch vor der Öffentlichkeit bloßstellte, lediglich um ein paar hundert Mark herauszuschlagen, eine Summe, die kaum so groß ist wie diejenige, die er jetzt an Dienen bezieht, obgleich voraussichtlich in den nächsten Wochen seine eigene parlamentarische Tätigkeit gleich Null sein wird. Warum verzichtet er nicht lieber zu gunsten seiner Zeitung auf die Dienen, statt das Adium der schrankenlosesten Ausbeutung auf sich zu laden?

So ist denn Herr Richter augenblicklich ohne parlamentarischen Bureau. Wie er seinen Bericht fertig stellt, ist seine Sache. Er hilft sich aber, so gut er kann, und hat vorläufig nur aus diesem Grunde die große Aktion im Reichstage unterlassen, weil er darüber keinen Bericht nach seinem Herzen, d. h. einen Bericht bekommen hätte, in dem seine eigenen Reden genügend gewürdigt werden. Derselbe Mann, der einst, um den von ihm herausgegebenen „Reichsfreund“ billiger herstellen zu lassen, dem Besitzer der Druckerei die gestülpten Worte zurief: „Stellen Sie doch Mädchen ein!“, derselbe Mann, der, als die „Volks-Zeitung“ gelblich daniederlag und sich nicht wehren konnte, ihr durch unanständige Machinationen die Abonnenten wegzulapern suchte, hat jetzt eine neue Probe seiner echt kapitalistischen Handlungsweise an den Tag gelegt. Der ganze Vorfall aber beweist, daß die geistigen Arbeiter um keinen Deut besser daran sind, als die körperlichen, daß auch sie, sobald es den Kapitalisten nicht gefällt, jederzeit ohne Grund drohen und verachtet werden können.

Von den Friedensverhandlungen wenig neues. Wie das Wiener L. Telegraphen-Korrespondenzbureau aus Konstantinopel erfährt, bestehe die Frage darauf, daß die Grenzregulierung die Salomonal- und Aerial-Linie bis Tyrnavos umfasse. Die leitenden militärischen Kreise sollen eifrigst dahin wirken, daß die neue Grenze das Kara-Daghgebirge und somit auch Volo mit einschleife. Das Wiener Blatt „Nitz“ versichert, Odhem Pascha habe Weisung erhalten über die Art und Weise, wie Befestigung geräumt werden soll. Bis zur vollständigen Zahlung der Kriegskosten werden die Türken kleine Truppenabteilungen in Thessalien zurücklassen.

Deutsches Reich.

Zentrum und Marine. In einer Berliner Zuschrift des „Hamb. Korr.“ wird behauptet, dem Reichstage werde in der nächsten Winter-session eine neue Marinevorlage zugehen. Wahrscheinlich werde die Majorität, insbesondere das Zentrum, eine ganz andere Haltung einnehmen als in der vorigen Session. Die Aufnahme einer Anleihe von 150 Millionen Mark — 90 Millionen für Schlachtschiffe, 60 für Panzerkreuzer — werde gefordert werden.

Zur Börsenaufsicht. Der nach § 3 des Börsengesetzes zur Begutachtung über die der Beschlussfassung des Bundesrats überwiesenen Angelegenheiten als Sachverständigen-Organ fungiert, ist von dem Staatssekretär von Köstlicher auf Freitag, den 2. Juli, nach dem Reichsamt des Innern einberufen worden. Der Börsenausschuss besteht gefehlich aus mindestens 30 Mitgliedern; die Hälfte ist auf Vorschlag der Börsenorgane berufen, die andere Hälfte „unter angemessener Berücksichtigung von Industrie und Landwirtschaft“. Ohne Zweifel, so bemerkt die „Voss. Ztg.“ hierzu, hängt die Verfassung des Börsenausschusses mit der Zerstörung der Produktions- und Getreidebörsen zusammen. Die Kaufleute werden allen Anlaß haben, bei den Verhandlungen vom nächsten Freitag fest und einmütig aufzutreten und zu beweisen, daß alle Hoffnungen auf die Unbefähigkeit der Getreidehändler eitel sind.

Nachklänge zur Wiesbadener Wahl. „Das Wiesbad. Anzeigbl.“ berichtet, daß die sozialdemokratische Partei ihre Wahllisten dem Zentrum zur Stichwahl verkauft und diesem dadurch einen Dienst geleistet habe, der einzig dasicht in der Wahlgeschichte.

Diese Rolle, welche auch in freisinnigen Blättern weiter kolportiert wird, ist uns ganz unverständlich. Es giebt doch nur eine Wahlliste für den ganzen Kreis, von der, wie es vielfach geschieht, die einzelnen Parteien Abschriften nehmen können. Ob dies in Wiesbaden geschehen, wissen wir nicht, ist es aber geschehen, dann hat die Zentrumspartei sich sicher schon vor der ersten Wahl ebenfalls die Abschriften besorgt und hatte sie nicht notwendig, dieselben zur Stichwahl sich erst von den Sozialdemokraten zu kaufen.

Wir haben es hier also ersichtlich wieder mit einer liberalen Fünflerei zu thun, wie sie gelegentlich dieser Wahl schon so zahllos aufgetaucht sind. Wir möchten, die freisinnige Presse thäte gut, sich des mit Hilfe der Sozialdemokratie errungenen Sieges zu freuen und es zu unterlassen, jeden alten Weiberlatz in ihre Spalten aufzunehmen.

Grober Unfug. Die sächsischen Parteigenossen haben vor einigen Wochen zur Einleitung der Landtags-Wahlbewegung ein Flugblatt verbreitet, in welchem der Schaden dargelegt wurde, den das Volk durch die Einführung des Dreiklassen-Wahlsystems erlitten hat. Die Amtshauptmannschaft in Zwickau hat jetzt mehreren Verbreitern dieses Flugblattes Strafverfügungen über je 75 Mark zugestellt, weil sie „groben Unfug“ verübt haben sollen. Wahrscheinlich soll diese Gesetzesverletzung wieder in der Weise konstruiert werden, daß die Verbreitung eines sozialdemokratischen Flugblattes von Haus zu Haus eine Verletzung der Bevölkerung darstelle. Das sächsische Oberlandesgericht hat bekanntlich diese schier ungläubliche Auslegung des Groben Unfug-Paragrafen gebilligt.

Zudem wird sich der Reichstag in nächsten Winter nochmals mit diesen sächsischen „Groben Unfug“ beschäftigen müssen.

Der Dr. Didenberg, welcher kürzlich auf dem Evangelischen Kongress allerlei verworrene Geschichten über die Gefahren des Industrieertrages erzählt hat, ist zum Professor der Universität Marburg ernannt worden. Da haben also die Agrarier auch ihren langgesuchten Kathederstern.

— Vom Viktor Schweinburg. Herr Schweinburg, der, wie im Tausch-Prozess bekannt wurde, vom Zentralverband deutscher Industrieller für seine Artikel gegen die Sozialdemokratie 12 000 M.

jährlich bezieht, richtet sein einträgliches Geschmä in jeder Nummer seiner Korrespondenz auch gegen die Gewerkschaftsbewegung. Da ist es nicht uninteressant, wenn die „Metallarbeiter-Zeitung“ daran erinnert, daß der faubere Viktor einst es auch „anders konnte“, daß es eine Zeit gab, wo er sich dafür bezahlen ließ, daß er die Gewerkschaftsbewegung freischelte und häßschelte. „Anfang der achtziger Jahre, so schreibt die genannte Zeitung, erschien in Berlin, wenn auch nur auf kurze Zeit, ein „Arbeiterblatt“, welches der „Volksfreund“ benamset war. Herausgeber jenes Blattes war auch Herr Viktor Schweinburg, wenn er den Verlag auch nicht mit seinem Namen deckte. Die Mittel für das Blatt stoffen aus der Tasche des „großen Unbekannten“, hinter welchem einige Leute den damaligen Reichszangler mit dem Welfensonds, andere den Spitzelnährer Putzlammer mit dem ihm zu besonderen Zwecken bewilligten „geheimen Fonds“ des preussischen Zimmers vermittelten. Sicher ist, daß der Schweinburg wiederum der Beauftragte irgend eines „Uebermenschen“ war und daß mit dem Gelde für das „Arbeiterblatt“ nicht gekaufert wurde, daß vielmehr bei den Ankerereien, welche Viktor ab und zu mit Arbeitern, die mit Herstellung des Blattes beschäftigt waren und mit einigen Leuten, die unter dem Sozialistengesetz gefaßt sein wollten, veranstaltete, es auch auf diverse „Pulver-Selt“ nicht ankam. In diesem Blatte nun, welches erst durch das Erscheinen des „Berliner Volksblatt“ verdrängt wurde — man sagte sich in den Kreisen der Macher wohl, daß ein Blatt, welches so gut wie gar keine Abonnenten behalten hatte, doch nicht werth sei, gehalten zu werden — wurde mit besonderer Vorliebe die „loyale“ Gewerkschaftsbewegung gegen die politischen Bestrebungen der Arbeiter, die „Arbeiterpartei“ gegen die „revolutionäre Sozialdemokratie“ aufgespielt und den politischen und wirtschaftlichen Gewaltthätern zu Gemüthe zu führen gesucht — oder wenigstens so gethan —, daß die Lohn- und sonstige gewerkschaftliche Bewegung der Arbeiter nicht unterdrückt werden dürfe, da solche Arbeiter, welche unter den heutigen Produktionsverhältnissen eine angenehme Lebenshaltung haben, viel leichter der Sozialdemokratie abspensig gemacht werden könnten, als solche, die einen verzweifeltten Kampf um das Allernöthigste zu führen haben.

Damit wüthet derselbe „Schriftsteller“ gegen die Gewerkschaften mittels Lüge und Denunziation, allerdings für 12 000 Mark jährlich.

— Ambulanter Gerichtsstand. Aus Triburg in Baden wird mitgeteilt: Der „ambulante Gerichtsstand der Presse“ wird wieder einmal zur Anwendung kommen. Vor dem hiesigen Schöffengericht wird die Privatklage des Pfarrers Dr. E. Lehmann in Horburg gegen den antisemitischen Redakteur V. S. Weider in Dresden verhandelt werden. Dabuz, daß ein Redakteur nicht nur am Ort des Erscheinens seines Blattes, sondern an jedem Orte belangt werden kann, wohin Exemplare der Zeitung gelangen, sind die Redakteure von der Justiz geradezu als vogelfrei erklärt worden.

— Studentische Raufbolde. Die Strafkammer in Freiburg i. Br. verurtheilte 8 Mitglieder der Landsmannschaft „Sindria“ wegen Herausforderung zum Zweikampf und wegen Kartellverstoßes zu je 14 Tagen Festungshaft. Der geforderte Dr. Wolfenstein hatte im Caféhaus den Mitgliedern der „Sindria“ ein inkommunikabiles, provozirendes, rauhbeiniges Benehmen vorgeworfen, das öffentliches Aergernis erzeuge. Die achtfache Herausforderung auf „krumme Säbel ohne Binden und Bandagen“ gelangte zur Anzeige, worauf obige Verurteilung erfolgte.

— Württembergische Einkommensteuer-Reform. Aus Stuttgart wird gemeldet: Bei der Verathung des Einkommensteuer-Gesetzes wurde der von der Kommission vorgeschlagene Tarif, nach welchem bei einem Einkommen von 200 000 M. der Steuerfuß auf 8 pCt. steigt, mit 51 gegen 33 Stimmen angenommen, obgleich der Finanzminister Dr. v. Niede eine solche Steigerung für unannehmbar erklärt hatte. Die Regierung hatte eine Steigerung bis 4 pCt. vorgeschlagen. Der Antrag auf 5 pCt. wurde mit 55 gegen 30 Stimmen abgelehnt.

— Chronik der Majestätsbeleidigung. Prozeß. Wegen Majestätsbeleidigung verhaftet wurden in einer Volkshäule zu Frankfurt a. M. ein 23-jähriger Kellner aus Berlin und ein 22-jähriger Schneider aus Ostfriesland. Nach ihrer Vernehmung aus dem zuständigen Polizeibureau wurden die Verhafteten dem Gefängnisse zugeführt. Der Schneider, in dessen Besitze man ein Kästchen mit Patronen fand, wurde bald darauf wieder in Freiheit gesetzt, während der Berliner Kellner in Haft blieb.

— Das Landtagswahl-Verfahren für Sachsen-Weimar, das in der Uebersicht des „Vorwärts“ vom 22. Juni 1897 erwähnt wurde, ist für die Zukunft durch Gesetz vom 17. April 1896 verändert. Wahlberechtigt ist nach dem neuen Wahlverfahren: jeder Volljährige, der das Ortsbürgerrecht erlangt hat. Der Landtag besteht nicht mehr aus 31, sondern aus 33 Abgeordneten. Die Wahl aus der Reichsdritterschaft ist in Fortfall gekommen. Aus allgemeinen Wahlen gehen künftig 23 Abgeordnete hervor. Die Wahl dieser 23 geschieht wie früher in indirektem, nicht auf Person beruhenden, geheimen Wahlverfahren. Jedoch nehmen im Gegensatz zu früher die mit über 1000 Thaler Besteuernten, auch nachdem sie ihre (direkte) Wahlrecht bezüglich der 10 von ihnen zu Wählenden ausgeübt haben, nochmals theil; die Wahlmänner werden in größeren Gemeinden nicht mehr in dem betreffenden Urwahlbezirk einzeln, sondern es werden von allen Wählern soviel Wahlmänner gewählt, wie einzelne Urwahlbezirke zusammengelegt sind. Diejenigen unserer Leser, die sich die Uebersicht über die Wahlverfahren aus dem „Vorwärts“ vom 22. d. M. aufbewahrt haben, wollen nach Vorstehendem diesen Theil der Uebersicht abändern.

Oesterreich-Ungarn.

— Der Kampf zwischen der Regierung und der deutschen Opposition verschärft sich weiter. Die deutschen Gemeinden beginnen zu streiken. Die „Neue Fr. Presse“ meldet aus Leitmeritz: Die Gemeindevertretung hat in der heute abgehaltenen Sitzung einmütig ihre Zustimmung erteilt, daß der Bürgermeister die Beforgung der nicht durch Reichs- oder Landesgesetz bestimmten Geschäfte des übertragenen Wirkungskreises vom 15. Juli ab einstelle. Es handelt sich hier darum, daß die Gemeindevorstellungen die Erhebung der Steuern, die ihnen auf grund von Verordnungen und nicht von Gesetzen obliegt, ablehnen.

Die Regierung läßt unterdessen die Polizeikommissionen los. Die Statthalter in Kuffst hat den Refus des Bundes der Deutschböhmern gegen das Verbot des Bundesfestes abgewiesen. Die vorschrittsmäßig gemeldete Jahresversammlung findet programmgemäß am 27. d. M. in Kuffst statt, aber lediglich für Bundesmitglieder.

— Sozialistenbekämpfung auf dem Theater. Aus Krakau wird gemeldet: Im hiesigen Sommer-Theater war es am 16. d. M. bei der zweiten Aufführung des Stückes die „Volksbedrucker“ — dessen Verfasser der Oberhaatsanwalt Substitut, Ritter v. Kalitowski ist — zu so heftigen Ständalwäsen gekommen, daß die Vorstellung abgebrochen werden mußte. Es kam zu einer sozialistischen Demonstration, sodas der überwachende Polizeikommissar, als das polnische Arbeiterlied „Die rotbe Standarte“ abgesungen wurde, zum Verlassen des Theaters aufforderte. Dieser Aufforderung kam man auch nach. Trotzdem sind nunmehr gegen einige bekannte Sozialisten Polizeistrafen verhängt worden, und zwar gegen die Reichsrath-Abgeordneten Balganski und Häder je 14 Tage, Englisch 10, Sulcynski und Balanda je 8, Niemcewicz und Matejko je 6 Tage Haft. Außerdem ist eine strafgerichtliche Untersuchung eingeleitet worden.

— Polnische Wirtschaft! Aus Lemberg wird der „N. Fr. Pr.“ unter dem 22. d. M. telegraphirt: Vor dem Lemberger Schwurgericht hatten sich heute der Redakteur der Arbeiterzeitung „Rozp. Robotnik“, Baranski, und der Sozialist Denceta wegen Aufreizung gegen die Regierung und den polnischen Adel zu verantworten, weil sie als Anhänger des sozialistischen Kandidaten Rozakiewicz in einer am Anlaß der Reichsrathswahlen einberufenen Wählerversammlung in Winniki das

Vorgehen der Regierung gegenüber den Arbeitern getadelt, insbesondere aber gegen die Schlachtigen, welche sie als Hautschinder bezeichneten, in heftiger Weise losgezogen hatten. Die Jury beantwortete die vier Schuldfragen mit sieben Ja und fünf Nein, worauf beide Angeklagten vom Gerichtshof freigesprochen wurden.

— Von der Feldarbeiter-Bewegung wird der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ aus Budapest geschrieben: Trozdem das ganze Land unter Ausnahmezustand steht und sogar im Pester Komitat in der Nähe der Hauptstadt die Abhaltung von Versammlungen unmöglich gemacht wird, schreitet die Organisation der sozialdemokratischen Feldarbeiter energisch vorwärts. In manchen Orten erhielten die Feldarbeiter schon infolge ihres soliden Auftretens auch ohne Androhung des Streiks sehr wichtige Zugeständnisse.

In Tapio-Szent-Marton (Pester Komitat) haben sämtliche Grundbesitzer folgende Forderungen den Feldarbeitern gewährt: Die Hobelarbeit, die bisher noch für jeden Mann sechs Tage betrug, wurde erlassen; für das Nachhausetransportieren des Getreides erhielten die Arbeiter bisher per Bündel einen Kreuzer, fernerhin bekommen sie drei Kreuzer per Bündel; das Einheimen der Aukrustengel mußten die Arbeiter bisher auf eigene Kosten besorgen, von nun an geschieht dies auf dem Fuhrwerk der Grundbesitzer. Dieses Resultat bedeutet eine Aufbesserung des Verdienstes der Landarbeiter um Dreifache, und in bezüglichen Zuschriften an die Parteileitung geloben die Genossen Feldarbeiter, fest und treu dem sozialdemokratischen Prinzip anzuhängen. — In einer Nachbar-gemeinde, in Tapio-Szeste, wurden auch sämtliche Forderungen der Feldarbeiter erfüllt, nachdem die von anderwärts herbeigezogenen Arbeiter, über die Forderungen und die Lage ihrer Viehler Klassen-genossen aufgeklärt, ebenfalls ihre Kontrakte lösten. — In Alberti-Tsfa haben sämtliche Arbeiter des bekannten Sportwannes Ernst v. Blaskovits Forderungen an ihren Gutsherrn gestellt, die im großen ganzen mit den Forderungen der Arbeiter in Tapio-Szent-Marton übereinstimmen, mit dem Unterschied, daß sie für das Einheimen des Getreides pro Bündel fünf Kreuzer forderten. Am 9. d. stellten acht Gruppen von Feldarbeitern, am 10. d. die anderen Gruppen, die von der Lohnbewegung erst an diesem Tage Nachricht erhielten, die Arbeit ein. Am 11. d. versuchte der Grundbesitzer die Arbeiter unter Aufsicht der Gendarmen nach ministeriellem Rezept „aufzuklären“, doch es half nichts, und so mußte Herr Blaskovits am 12. d. neue Verträge schließen, worin sämtliche Forderungen erfüllt wurden. Interessant und für den Kerus höchst bezeichnend ist es, daß neuerdings die Pfarre für die Interessen der Grundbesitzer eintreten, indem sie die Feldarbeiter mit ihrer geistlichen Autorität zum Unterfertigen der ungünstigen Ernteverträge zu veranlassen suchen. Dieser neue Bauerfang nützt auch nichts. Die Feldarbeiter bleiben fest.

In Groß-Weckere, dem Hauptorte des Torontaler Komitats, besahe sich gestern, wie schon telegraphisch gemeldet, eine Konferenz der Grundbesitzer des Komitats unter Vorsitz des Obergespan Grafen Szekonic mit der Lohnbewegung der Feldarbeiter. In dieser Konferenz wurden beziehungsweise mehrere Staatsanwälte und auch der sozialpolitische Pfarre Jeszenzky aus Groß-Klinda beigezogen, jedoch die Delegirten der Feldarbeiter, die Zutritt verlangt hatten, nicht. Die Konferenz beschloß bekanntlich, die Feldarbeiter über die „Schädlichkeit ihres Vorhabens aufzuklären“ und „energische Maßregeln gegen die sozialistischen Pöker“ zu verlangen. — In der letzten Woche wurden in verschiedenen Orten des Landes über fünfzig öffentliche Versammlungen angemeldet, jedoch sämtlich verboten. Zwei Kompagnien des Infanterie-Regiments Gte wurden gestern aus Budapest nach einigen Gemeinden des Pester Komitats zur Verhütung von Arbeiterunruhen“ geschickt. — In Czibakhaza (Komitat Szolnok) wurden vier Feldarbeiter verhaftet, weil sie die Bewegung ausflärten. Die Verhaftung erfolgte „kurzerhand“ durch die Grundbesitzer selbst.

Das Erstarren der sozialdemokratischen Feldarbeiter-Bewegung beweist auch der Umstand, daß das sozialdemokratische Feldarbeiter-Organ „Hölmwiesel Szallapja“ in kurzer Zeit wöchentlich erscheinen wird.

Budapest, 25. Juni. (V. G.) Ministerpräsident Banffy erklärte in der heutigen Sitzung des Magnatenhauses, daß die Regierung alle Vorkehrungen getroffen habe, damit trotz der sozial-agrarischen Bewegung die Ernte ordnungsmäßig verlaufen werde.

Frankreich.

— Beziehungen zu Aethiopien. Der Direktor des Kolonialdepartements konstatirte in einer Unterredung das unerwünschte Werden Frankreichs, Englands und Russlands um die Gunst des Königs Menelik. Der Einfluss Frankreichs sei jedoch vorwiegend. Menelik werde demnächst Russland einen Hasen im Kolben Meer eröffnen und abtreten. Als Entschädigung dafür werde Russland dem Negus seine Unterstützung gegen eventuelle Eroberungspläne Englands zusichern.

Paris, 25. Juni. (V. G.) Der frühere schweizerische Bundespräsident Drey hat sich bereit erklärt, den Gouverneurposten auf Kreta anzunehmen. Er kommt demnächst nach Paris, um das Regierungsprogramm festzustellen.

Italien.

— Cipriani ist von dem republikanischen Wahlkomitee des Kreises Forli das durch Fretti's Tod erledigte Mandat angeboten worden, und Cipriani hat die Kandidatur auch angenommen. Die Polizei-Journalisten, die unseren Freund stets zum Anarchisten stempelten, werden nun hoffentlich beruhigt sein. Die italienischen Republikaner sind eine bürgerliche Partei.

Mailand, 25. Juni. (Voss. Ztg.) In der Umgegend von Ferrara sind sämtliche Feldarbeiter in einen Ausstand eingetreten, sodas einwweilen die Einbringung der Ernte vollständig ruht. Da in einzelnen Ortschaften bereits Unruhen stattgefunden haben, ist ein hartes Aufgebot von Carabinieri sowie Infanterie dorthin abgegangen, die mehrere Verhaftungen vornahmen.

Madrid, 25. Juni. Aus Havana wird hierber gemeldet, die Enttäufung über Grausamkeiten des Generals Weyler sei so groß, daß ein Insurgentengeneral Befehl gab, 86 spanische Gefangene aufzuhängen.

Madrid, 25. Juni. In der Provinz Havana hat ein vierzehntägiges Gefecht zwischen den Truppen und den kubaidschen Stattefinden, nach welchem die ersteren die besiegten Stellungen des Feindes besetzten. Die kubaidschen verloren 10 Tode, die Spanier 6 Tode, darunter einen Lieutenant und 25 Verwundete, darunter 2 Offiziere.

England.

London, 24. Juni. Im Unterhaus erklärte bei der Verathung des Ausgabens-Gesetzes der Parlaments-Untersekretär des Auswärtigen, Curzon, daß die Mission nach Aethiopien den einen besonderen Zweck gehabt habe, eine Regelung der Grenze zwischen Aethiopien und den britischen Besitzungen im Somaliland zu erzielen. Redner kann noch keine Auskunft über die Resultate der Mission geben, glaubt aber, daß dieselbe sowohl in der Grenzregulierungs-Frage, wie auch in anderen Beziehungen nicht ohne Erfolg gewesen sei. England wünsche das Somaliland in jeder Weise zu entwickeln, habe aber keine Interessen, welche der Unabhängigkeit Aethopiens entgegen laufen. Thatsächlich sind die Engländer bekanntlich mit den „Erfolgen“ ihrer aethiopischen Mission sehr unzufrieden.

Russland.

Petersburg, 25. Juni. Durch ein heute veröffentlichtes Gesetz wird die Dauer der Arbeitszeit in Hüttenwerken, Bergwerken und Eisenbahn-Werkstätten in Russland geregelt. Mit Arbeitszeit und Arbeitstag wird für jeden Arbeiter diejenige Zeit erklärt, welche er laut Vertrag in dem betreffenden Werke behufs Arbeit verbringen muß, wobei eine Tagesschicht nicht 11 1/2 Stunden und die Nachtschicht nicht 10 Stunden übersteigen darf.

Äußerungen der Presse über die lex Becke im Herrenhause.

Die Nationalliberalen hatten ihr Verhalten im Abgeordnetenhaus durch die Hoffnung bestimmen lassen, die Regierung werde nach Anhörung des Herrenhauses auf die Vorlage verzichten. Jetzt fühlen sie sich natürlich stark als die Dummen. Sie sind daher recht schlecht auf die Regierung zu sprechen. Besonders ist in dieser Hinsicht ein scharfer Artikel der „Nationalen Zeitung“ bemerkenswert, der die Aufschrift trägt: Ein Klarnach. Das Blatt schreibt u. a.: Man sieht unwillkürlich auf und fragt sich erstaunt, was sich die Regierung wohl dabei denkt, wenn sie diese ausichtslose Vorlage unter der Entrüstung und unter dem Hohn gelächter des Landes durch die schwülen Monate des Hochsommers hinstellt. Oder rechnet man etwa darauf, daß Zustände aller Art die schwankenden Mehrheitsverhältnisse zu Gunsten des unglücklichen Entwurfs verändern könnten? Wir können nicht an die Privatität einer derartigen Spekulation denken, die das Loos über eine Frage entscheiden läßt, die von der Bevölkerung bitterer und bitterer genommen wird. Und das mag eine Regierung, die in allen Dingen tracht, die Verhältnisse spüren sich derart zu, daß auch der genährteste Mann sich dem Feldgeschrei „Sammlung aller bürgerlichen Kräfte zum Kampf gegen das Junkertum“ kaum noch entsagen kann.

Andere nationalliberale Blätter bedauern, daß ihre Partei die Möglichkeit für die jetzige Situation gegeben habe und betonen andererseits, daß ihre Fraktion im Abgeordnetenhaus fest bleiben werde. So schreibt die „National-Zeitung“:

„Die Voraussetzung ist selbstverständlich, daß die knappe Mehrheit des Abgeordnetenhauses Ende Juli wieder Mann für Mann zur Stelle ist. Einige Herrenhaus-Mitglieder haben gestern die Unhöflichkeit gegen die Nationalliberalen begangen, es als möglich hinzustellen, daß ein Teil derselben trotz der Erklärung, welche diese Partei am Dienstag auf Grund einstimmigen Beschlusses durch Herrn Hübner abgegeben ließ, sich auf die Seite der Herren v. Bismarck, Graf Moltke und Genossen stellen könnte. Es scheint uns überflüssig, über diese Zumutung politischer Selbstmord ein Wort zu verlieren. Wir bedauern selbstverständlich nach dieser Wendung der Angelegenheit von neuem, daß die in dieser Angelegenheit ausschlaggebende nationalliberale Fraktion des Abgeordnetenhauses nicht vor einem Monat, unserem damaligen dringenden Rathe gemäß, die Vorlage einfach verworfen hat.“

Ähnlich die „Magdeburgische Zeitung“: „Man scheint sich wirklich noch immer in der Täuschung zu bewegen, daß die Nationalliberalen im Abgeordnetenhaus in irgend einer Weise der Vorlage in der erweiterten Form zur Annahme verhelfen werden. Der die Erklärung des Abgeordneten Hübner gebietet oder gelesen hat, muß wissen, daß die nationalliberale Fraktion in dieser Frage vollständig einmütig ist. Es ist also durchaus unwillkürlich, weshalb die Tagung verlängert werden soll, ohne daß ein positives Ergebnis zu erzielen ist. Herr v. Stumm denkt sich die Sache so, daß etwa ein Dutzend Nationalliberale bei der nächsten Abstimmung zu Hause bleiben werden; wer am letzten Dienstag sich im Abgeordnetenhaus umgesehen hat, wird bemerkt haben, daß die Wände der Nationalliberalen am besten von allen Parteien besetzt waren. Mit der Hoffnung auf die nationalliberale Partei dürfte es also nicht sein.“

Einige Blätter drücken aber auch starke Zweifel an der Festigkeit der Nationalliberalen aus, so der „Berliner Börsen-Courier“:

„Das hätten die Nationalliberalen sich im voraus sagen müssen; das hätten sie verhindern können. Es liegen ja fertige Erklärungen ihrer Fraktion vor, nicht einen Deut mehr zuzugestehen, als sie zugegeben haben. Auf der anderen Seite steht aber die Siegesgewissheit des Herrn v. Stumm. Was ist stärker zu veranschlagen, diese Sicherheit oder die Festigkeit einer Partei, unter denen Herr v. Stumm ein Dutzend, andere gar vierzehn Stück unsichere Kantonisten herauszählen wollen?“

Das Herrenhaus wird jetzt schnell seinen Traut mischen und ihn in der letzten Julwoche noch einmal prüfen. Wird das Abgeordnetenhaus, d. h. die nationalliberale Fraktion, dann endlich, oder dann noch sich entschlossen zeigen, mit dem bedenklichen Inhalt des Becher ins Meer zu schleudern?“

Zufrieden sind natürlich die Konservativen, welche die Hoffnung auf eine Abplittierung bei den Nationalliberalen sehen; die „Kreuz-Zeitung“ meint:

„Jedenfalls ist das Abgeordnetenhaus vor eine folgenschwere Entscheidung gestellt und die volle alleinige Verantwortung wird ihm und insonderheit den Nationalliberalen zugemessen werden müssen, wenn sein Votum wiederum im Sinne der Umsturzpartei erfolgen sollte. Das Herrenhaus hat sich gestern von neuem als ein wahrhaft staatsverhaltendes Element unseres Verfassungslebens erwiesen, an den Nationalliberalen ist es, daß dies Prädikat auch dem Abgeordnetenhaus erhalten bleibe.“

Etwas anders ist die Stimmung der bismarckianischen „Berliner Neuesten Nachrichten“:

„Allerdings ist jetzt nur sehr wenig Hoffnung mehr vorhanden, die Vorlage in dem derzeitigen Stadium tiefer Verfahrenheit vermittle der erneuten Vorlegung in der von den Konservativen gewünschten Form im Abgeordnetenhaus noch zu retten; aber die Möglichkeit dazu wäre, wie sich nicht bestreiten läßt, auch jetzt noch gegeben, wenn etwa die Gruppierung der Kräfte durch Veränderung in der Besetzung des Hauses sich verschieben sollte. — Daß die Regierung für diesen unerfreulichen Ausgang der Dinge auch ein Teil der Verantwortung trifft, haben wir schon früher ausgesprochen.“

Reichstag.

297. Sitzung vom 25. Juni 1897. 12 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Fürst Hohenlohe, von Bötticher, Graf Poladowsky, von Goltz.

Das Haus erledigt in dritter Beratung die drei Nachtrags-etats, darunter denjenigen, betreffend die Neuanstellungen für die Artillerie in Höhe von 44 572 000 M. ohne jegliche Debatte.

Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt. Präsident v. Vnol: Ich habe Grund zur Annahme, daß wir am Schlusse unserer Beratungen stehen. Der Reichstag hat vom 8. Dezember 1895 bis 2. Juli 1896 und vom 10. November 1896 bis 25. Juni 1897, zusammen 15 Monate und einen Tag, oder 441 Tage getagt. In dieser Zeit haben 297 Plenarsitzungen stattgefunden. Der Präsident giebt darauf die übliche Geschäftsübersicht.

Abg. v. Levetzow: Ich bin Ihrer Zustimmung gewiß, wenn ich Sie bitte, unseren verehrten Herrn Präsidenten für die unermüdete Ausdauer und für die Gerechtigkeit und Umsicht, mit welcher er unsere Geschäfte in einer langen und anstrengenden Session geleitet hat, herzlichsten Dank und Anerkennung darzubringen. (Ausschreiender Beifall.) Ich bitte Sie, sich zum Ausdruck dessen von Ihren Plätzen zu erheben. (Geschiedt unter wiederholter Zustimmung.)

Präsident v. Vnol: Ich danke Ihnen aus vollem Herzen für die freundlichen Worte und die Zustimmung zu denselben. Ich kann Sie versichern, daß Ihre Anerkennung mir ein reicher Ersatz ist für meine Mühe. Ich danke Ihnen auch allen für Ihre Unterstützung und für Ihre Nachsicht, bitte Sie aber, einen wesentlichen Teil der Anerkennung übertragen zu dürfen auf meine Kollegen im Präsidium und auf die Schriftführer und Quästoren. (Zustimmung.)

Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe-Schillinghoff: Ich habe dem Reichstage eine kaiserliche Botschaft mitzubringen. (Die Anwesenden erheben sich, die Sozialdemokraten verlassen den Saal.) Redner verliest die aus Helgoland vom 28. Juni gegebene Botschaft, durch welche er zum Schlusse der Session des Reichstags ermächtigt wird und erklärt im Namen der verbündeten Regierungen auf Befehl des Kaisers den Reichstag für geschlossen.

Präsident v. Vnol bringt hierauf das übliche Hoch auf den Kaiser aus. Schluß 12¼ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

100. Sitzung vom 25. Juni 1897. 12 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation v. Arnim (L.): Ist die Staatsregierung bereit, Mitteilungen darüber zu machen, aus welchen Gründen die Berliner Getreide-Frühhörse weder als Börse im Sinne des Gesetzes noch als Markt behandelt wird?

Minister Brafeld erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

Abg. Ring (L.) begründet die Interpellation. Die Frühhörse besteht trotz Börsengesetz und Auflösung der Frühhörse im Börsengebäude weiter und gebe den Händlern Gelegenheit, ihre Geschäfte zu machen. Der Börsenkommissar ist zu dem Urtheil gekommen, daß auch der Frühhörse eine Börse ist und wir fragen uns, weshalb er nicht aufgelöst oder eine Marktordnung für ihn erlassen ist. Wäre man schon im vorigen Jahre in dieser Weise vorgegangen, so wäre es zu der gegenwärtigen Anarchie der Börse gar nicht gekommen. Die Landwirtschaftskammer der Provinz Brandenburg hat sich in weitgehendster Weise entgegenkommend gezeigt und im Lande vertritt man das rücksichtsvolle Verhalten der Regierung gegen die Börse nicht. (Sehr richtig!) Warum handelt man denn hier so rücksichtsvoll? Redner hofft, daß die Regierung einen Weg finden wird, um eine Verständigung zwischen Händlern und Landwirthen auf der Grundlage des Börsengesetzes zustande zu bringen. (Beifall.)

Minister Brafeld: Die Frühhörse ist nicht eine Gesellschaft von Händlern, sondern es erscheinen dort Müller, Bäcker, Bierhändler, Fuhrherren und andere Konsumenten, es werden Zulassungen ausgedrückt, auch erscheinen Händler, doch ist das Geschäft, das sich dort vollzieht, ein plattes und zu leugnen ist nicht, daß es wünschenswert ist, die Notierung der dort gehandelten Preise zu haben. Ein Markt ist die Frühhörse nicht; und zwar nach der allgemeinen üblichen Auffassung, wie auch nach einer früheren Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts. Ein gesetzlicher Begriff über das was eine Börse sei, sei nicht gegeben; jedenfalls gehört hierzu, daß eine Börse einen Einfluß auf die Preisbildung außerhalb ihres Kreises ausübt. Da nun die Mehrzahl der Geschäfte an der Frühhörse nur von Konsumenten geschlossen werden, so trage er Bedenken, sie als Börse jetzt schon zu betrachten, doch zeigen sich bereits Anfänge einer börsenartigen Entwicklung und es wäre wohl möglich, daß nach Auflösung der Feenpalast-Verammlung eine weitere Entwicklung in dieser Richtung stattfindet. Schwer zu definieren ist der Begriff „Börse“ und dieser Begriff kann nur im Wege der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung gewonnen werden. Um den Anlaß zu diesem Prozesse zu geben und um den Zeitverlust zwischen der Polizeiverordnung und der Androhung polizeilichen Zwanges zu vermeiden, wurde die Feenpalast-Verammlung verboten und es kann die Form deshalb auch nicht auffällig erscheinen; namentlich hat sie nichts Schroffes. Die Feenpalast-Verammlung hatte gar nicht nötig, sich aufzulösen; sie konnte ja den Rechtsweg beschreiten. (Hört, hört!) Das hätte ich sogar gern gesehen. Bedauern würde ich, wenn die Herren sich nun nicht weiter an den Einigungsverhandlungen beteiligen wollten. Es ist ja in einigen Punkten Verständigung erlangt und die Regierung würde eine ablehnende Haltung von der einen oder anderen Seite sehr bedauern. Es wäre ein schwerer Schaden, wenn wir ohne Produktbörse blieben, namentlich für kleine Händler und kleine Grundbesitzer. Ein Zustandekommen der Unterabteilungen würde ich in meinem schweren Amt, das ich nicht gewünscht habe und das zu übernehmen mir als eine patriotische Pflicht erschien, wünschen, und in diesem Bestreben bitte ich Sie, mich zu unterstützen. (Beifälliger Beifall.)

Auf Anregung des Abg. Richter findet Besprechung der Interpellation statt.

Abg. v. Chyner (nall.) ist erseht über das maßvolle Auftreten der Herren rechts. (Auf rechts: Wie immer!) Herr Ring soll in öffentlicher Versammlung erklärt haben: Was wir von der „Gere“ der Herren (Getreidehändler) zu halten haben, wissen wir ja! Derartige Aeußerungen finden wir leider oft auch in der agrarischen Presse. Wie sollen solche Aeußerungen des Hasses und der leidenschaftlichen Erregungen, aus denen heraus auch das Börsengesetz erlassen ist, zum Frieden führen? Das Börsengesetz ist mit aller Strenge durchgeführt. Der Minister hat heute sehr verächtlich gesprochen; seine Thesen sind nicht verächtlich. Er hat die Feenpalast-Verammlungen und die Kaufleute im allgemeinen lächelnd behandelt, namentlich war die Androhung unmittelbaren Zwanges beleidigend und auch der heutige Antrag ist nicht geeignet, beruhigend zu wirken. Auf diesem Wege werden Sie nicht zum Frieden kommen.

Abg. v. Böh (L.): Es erregt im Lande Aufregung, wenn man sieht, daß das Börsengesetz nicht ausgeführt wird. Die Herren Kaufleute möchten alle Fristen ausnützen und ginge es nach ihnen, so würde in diesem Jahrhundert das Gesetz nicht zur Ausführung kommen. Wie würde man gegen die Agrarier vorgehen sein, wenn sie sich geweigert hätten, ein anderes Gesetz anzuführen? Es fahren wir fortgesetzt Widerstand der Kaufleute, so werden wir den Deklarationszwang beantragen (hört! hört! links). Abg. Richter ruft: Das können Sie ja, das kostet nichts. Das würde fruchtlos die ultima ratio, aber wir erfahren ja, daß die Händler in der Provinz gern mit uns handeln wollen, daß sie aber von Berlin aus davon verhindert werden. Schon jetzt haben sich große Händler-Ringe gebildet, um ausländisches Getreide einzuführen und den Landleuten kein einheimisches abzulassen. Das ist keine nationale Kampfwaffe. (Abgeordneter Richter ruft: Das ist ja lächerlich!) Ich verbitte mir solche Ausdrucksweise!

Abg. Dr. Hahn (wilt.): Wir können nicht warten, bis die Frage, was eine Börse ist, durch alle Instanzen entschieden ist. Wir haben das auch nicht nötig, denn darüber, daß die Frühhörse eine Börse ist, besteht im Lande, mit wenigen Ausnahmen unter den Interessenten, kein Zweifel. Sogar die Börsenkommission hat das anerkannt. Bei der Durchführung des Börsengesetzes braucht darauf keine so große Rücksicht genommen zu werden. Die Deklarationspolitik der Getreidehändler hat leider ihre kräftigste Stütze gefunden bei den Vertretern der Kaufmannschaft. Es scheint, als ob man jetzt die Preise werfen will, um es scheitern zu lassen, als ob das Börsengesetz ein Fehler wäre.

Abg. Richter (nall. Sp.): Es ist ja eine alte Sache, daß die Anappen höher sind als die Ritter, Herr Hahn höher als Herr v. Böh. Herr Hahn steht es am allerwenigsten zu, in dieser junckerlichen Manier über die Kaufleute abzurathen. Die Drohung mit dem Deklarationszwang ist nicht schlimm. Es paßt darauf das Bismarck'sche Wort: „Vor laß ich über!“ Sie würden die Konfusion nur noch größer machen. Sie hätten sich die Sache vorher überlegen müssen, dann wären Sie nicht in diese Falsche gekommen. Ebenso ist es Ihnen ja auch mit dem Zucker- und dem Margarinegesetz gegangen. Beide bewirken das Gegenteil von dem, was Sie erwartet haben. Wäre die Frühhörse wirklich eine Börse (Auf: Börsenkommission) — was in der Börsenkommission irgend ein einzelner sagt, darauf kommt es doch nicht an — so hätte sie eine Börsenordnung nach dem Börsengesetz bekommen müssen. Der Schaden, der im Lande angerichtet wird, und die Aufregung ist groß. Mit der Feenpalast-Verammlung hätte der Minister wohl etwas weniger Schroff vorgehen können. Es ist ja doch bei wilden Völkern Brauch, daß man, so lange man unterhandelt, nicht aufeinander schießt. Wenn geringe Geldstrafen angedroht werden, so wird zugleich auf die zulässigen Rechtsmittel hingewiesen. Warum hier nicht? Ohne Einwilligung des Ministers kann doch diese Polizeiverfügung nicht ergangen sein. Man kann es den Herren nicht verdenken, daß sie es nicht auf den polizeilichen Zwang ankommen lassen wollten und die Versammlung geschlossen. Die Brandenburgische Landwirtschaftskammer hat überhaupt keinen Anspruch darauf, an der Berliner Börse beteiligt zu werden; man kann auch nicht der Berliner Börse zumuthen, sich Vormünder aus der Landwirtschaftskammer setzen zu lassen. Den Herren rechts wird nichts

übrig bleiben, als sich rückwärts zu konzentrieren, und so schneller Sie das thun, desto besser für Sie!

Minister Brafeld schließt aus den Schroff einander gegenüberstehenden Meinungen der Redner, daß er den rechten Weg zur Vermittlung eingeschlagen. An dem Gesetz habe er nicht mitgewirkt. Es erwache ihm nur die unangenehme Pflicht, dasselbe auszuführen. Sowohl der jetzige Deputent im Ministerium wie der Berliner Börsen-Kommissar ist ein tüchtiger Beamter und die vielbesprochene Aeußerung des letzteren (Nun ist die Bombe geplatzt) war wohl nicht sehr geschickt aber auch nicht so schlimm gemeint. Den Beweis, daß die Frühhörse eine Börse ist, halte ich noch nicht für geführt; und wenn es noch Jahre dauerte, ehe der Beweis geführt ist, so kann ich es nicht ändern. Aber vielleicht kommen wir dazu, diese Frühhörse in einen öffentlichen Markt zu verwandeln.

Abg. Camp (nall.): Wenn das Börsengesetz nicht ausreicht, um die Börsen zu treffen, so würde doch eine genaue Interpretation nötig sein. Die Verwaltungsjustiz verfährt hier, da der Minister selbst sagt, was heute noch keine Börse ist, kann in vier Wochen eine solche sein. Redner ist der Meinung, daß der Frühhörse eine Börse ist. Eine Verständigung zwischen Börse und Landwirtschaft wünscht auch er.

Abg. Schwarze (B.) tritt für schleunige Maßnahmen ein. Meinungsverschiedenheiten darüber, was eine Börse ist, werden immer bestehen, wolle man so lange warten, bis diese geklärt sind, so läme man zu keiner Entscheidung.

Abg. Richter (nall. Sp.) ist mit dem bisherigen Verlaufe der Diskussion sehr zufrieden. Das Vorgehen gegen die Feenpalast-Verammlung war nicht korrekt; es sollte der Hinweis auf die Rechtsmittel. Das Kindermärchen, daß Kaufleute ausländisches Getreide auch mit Verlust einführen wollen, kann Herr v. Böh in seinen Versammlungen erzählen, aber hier glaubt es ihm doch niemand. Die einsichtigen Agrarier hätten rechtzeitig gegen die plötzlichen Agitationen eingetreten sollen, dann hätten Sie sich die heutige Situation erspart; die heutige Debatte ist Ihre Bantrott-Erklärung, nun ruhen Sie: Minister hilf! Vielleicht gehen die Herren Hahn und Camp zum Minister und geben ihm einen guten Rath. Den Schaden haben heute die kleinen Besitzer und sie verdonken ihn dem Herrn v. Böh und seinem Bunde der Landwirthe. Das Friedensbedürfnis scheint bei den Herren noch nicht groß zu sein, nun, dann vernehmen Sie sich nur weiter die Finger! Die Kaufmannschaft hat sich lange genug Ihre geringfügige Behandlung gefallen lassen. Frieden will auch er, aber keinen Frieden unter Ihren laudintischen Joch! Machen Sie den Anfang und gehen Sie vor mit einer Petition an den Reichstag um Aufhebung des Verbots des Terminhandels. (Auf rechts: Nein, nein!) Damit schließt die Debatte.

Nächste Sitzung unbestimmt, voraussichtlich in der zweiten Hälfte des Juli.

Parlamentarisches.

Aus dem Bundesrath. In der Donnerstag-Sitzung wurden zu den gestern mitgetheilten Erledigungen noch folgende Materien durchgenommen: Der Beschluß des Reichstags zu einer Petition wegen Abänderung der Konkursordnung wurde dem zuständigen Ausschuss, der Beschluß des Reichstags betreffend die Aufstellung amtlicher Erhebungen über die Parteistellung der zur Wahl gestellten und gewählten Kandidaten, dem Reichskanzler überwiesen. Den Beschlüssen des Reichstags wegen Abänderung des Wahlgesezes für den Deutschen Reichstag vom 31. Mai 1896 wurde die Zustimmung versagt. Außerdem wurde über eine Reihe von Eingaben Beschluß gefaßt.

Zeit-Weißensfelder Bergarbeiter-Streik.

Unser Korrespondent berichtet: Der Donnerstag Nachmittag brachte eine neue Arbeitseinstellung. Die 25 Mann starke Belegschaft der Grube Anna Antonie bei Wildschütz trat in Aufstand, weil eine Vermittlung der Forderungen abgelehnt wurde. Auch auf Grube Groißchen streikten eine Anzahl Arbeiter, die übrigen so gen voranschicklich bald nach. Auf Grube Böh ereignete sich am Donnerstag Vormittag ein Unglücksfall. Weil die ganze Mannschaft streikt, sollten die im Inneren der Schächte abgelassen werden; hierbei wurden durch die austretenden Dämpfe vier Arbeiter verdrüht; sie konnten aber noch in ihre Wohnungen gehen.

Die Zentral-Streikkommission in Leuchern beschloß, den Landrath des Weißensfelder Kreises, Herrn von Richter, zu ersuchen, die Vermittlung zwischen den streikenden Parteien zu übernehmen. Gleichzeitig beschloß die Kommission eine noch-malige Formulierung der Forderungen, die den weiteren Verhandlungen zu grunde gelegt werden sollen. Die Forderungen lauten jetzt:

- I. Einführung der achtstündigen Schicht für alle zur Förderung gehörenden Arbeiter.
- II. Zahlung eines Durchschnittslohnes für Dauer von 4 M., für Wagenschlepper von 3,50 M., für Schichtführer von 3,50 M. resp. 3,20 M.
- III. Aufbesserung der Löhne aller über Tage beschäftigten Arbeiter bis zu 25 pC.
- IV. Abschaffung des Gehringesystems, namentlich aber der getrennten Bedinge.
- V. Schaffung besserer Welterverhältnisse, sowie Einführung von Vorrichtungen zur Sicherung des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter.
- VI. Anerkennung der Arbeiterausstände, die nur von Arbeitern selbst mittels Stimmzettels zu wählen sind.
- VII. Unterlassung jeglicher Maßregelungen, völlige Vereinsfreiheit der Arbeiter.

Bei diesen Forderungen ist die Freigabe des ersten Mai ausgeschlossen, dagegen ist hinzugekommen die Forderung über die Abschaffung der getrennten Bedinge. Bisher hat man sozusagen eine Schicht gegen die andere gehabt, was dazu führte, daß oftmals wenig Gewicht auf die Sicherung des Baues gelegt wurde. Eine Vereinfachung dieses Systems ist also wirklich sehr zu begrüßen.

In ihrer nächsten Sitzung wird die Streikkommission über die Unterstützung bestimmen. Versammlungen finden im Revier in den nächsten Tagen mehrere statt.

Partei-Nachrichten.

Parteiliteratur. Die Agitation auf dem Lande ist unseren Gegnern ein ganz besonderer Dorn im Auge. Zur Unterstüttung dieser Agitation hat die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Ventstr. 2, sieben zwei je 8 Seiten Groß Oktav starke Flugblätter zur Massenverbreitung herausgegeben: „Das Landvolk und der Sozialismus“, das in erster Linie die Vorurtheile gegen den Sozialismus zerstören soll, und: „Die wahren Freunde und Feinde des Bauern“, das dem Bauer in großen Zügen aus der Geschichte vor Augen führt, wie Junkertum und Junkerregiment seit Jahrhunderten den Bauern beraubt, betrogen und unterdrückt haben. Um eine Massenverbreitung zu ermöglichen, ist der Preis jedes Flugblattes festgesetzt worden: 100 Exempl. 2 M., 500 Exempl. 5 M. und 1000 Exempl. 8 M. Bei höheren Bestellungen noch billiger. Bestellungen sind an die Buchhandlung Vorwärts zu richten.

Aus Wülheim a. Rh. meldet die „Rheinische Zeitung“: Bei der Wahl der Arbeitervereiner der Orts-Krankenkasse für die Fabrik haben die Kandidaten der sozialdemokratischen Richtung auf der ganzen Linie gesiegt. In der zweiten Abtheilung erhielten unsere Kandidaten acht Stimmen gegen vier Stimmen der Gegner; in der dritten Abtheilung 98 gegen 40 Stimmen; in der vierten Abtheilung 51 gegen 33 Stimmen; in der fünften Abtheilung 188 gegen 90 Stimmen der Gegner.

Die Parteigenossen Aiel vertheilten am Sonntag in sämtlichen Orten ihres Wahlkreises 15 000 Exemplare eines von Genossen Legien herausgegebenen Flugblattes, worin die Landleute auf-

gefordert werden, schon jetzt zur nächsten Reichstagswahl Stellung zu nehmen. Der sehr entlegene Bezirk Wohldor-Moor wurde von Radfahrern mit Flugblättern versehen.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Wegen Beleidigung der kgl. Eisenbahndirektion in Breslau wurde der Parteigenosse **V r u h s** als früherer verantwortlicher Redakteur der „Volkswacht“ vom Landgericht zu 60 M. Geldstrafe und zu den üblichen Nebenstrafen verurteilt.

— Der Parteigenosse **K i e m a n n** in Chemnitz sollte den Gemeinderath von Hilbersdorf beleidigt haben. Die Amtshauptmannschaft stellte als „vorgesehene“ Behörde Strafantrag. Das Chemnitzer Landgericht erkannte aber auf Einstellung des Verfahrens, da die Amtshauptmannschaft kein Recht habe, für einen Gemeinderath Strafantrag zu stellen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Achtung, Tischler! In der Küchenmöbel-Werkstatt von Rehband, Klammerstr. 33, sowie bei Heule, Klammerstr. 33, wurde von den Inhabern versucht, Abzüge vorzunehmen. Auf Vorstellungen seiner Arbeiter ließ Herr Rehband von seinem Vorhaben ab, macht aber nunmehr auf neue den Versuch, diese seine ursprüngliche Absicht durchzuführen. Bei der anderen Firma haben sich einige Arbeiter die Abzüge gefallen lassen, während die übrigen die Arbeit einstellen. Es wird deshalb gebeten, den Zugang fern zu halten. Die Ortsverwaltung des Holzarbeiter-Verbandes.

Die Kommission, die sich mit dem vom Holzarbeiter-Verbande gegen Genossen **V i s s a u e r** erhobenen Vorwurf zu beschäftigen hatte, übermittelt uns folgenden Beschlus:

Das angerufene Schiedsgericht erklärt, daß **Vissauer** infolge seiner Stellung verpflichtet war, den Auftrag seines Chefs, eine Annonce zu erlassen, zu erfüllen. Das Schiedsgericht tadelt jedoch, daß **Vissauer** als Sozialdemokrat unterlassen hat, den Arbeitsnachweis der Holzarbeiter von der Sachlage zu unterrichten. Damit erklärt das Schiedsgericht den Fall **Vissauer** für erledigt. **A. B. K o h n**, **A. u g u s t P e n n**, **R o b e r t A d r e u s**, **M a x W e i ß h a a r**, **H e r m a n n K u n z e**, **A. u g u s t P i n z e**, **H e r m a n n L e s s e r**.

Deutsches Reich.

Heber die Genossenschafts-Schuhfabrik in Erfurt wird uns aus Schuhmacherkreisen geschrieben:

Am 25. Juni ging die Fabrik, der es von allem Anfang an an den nötigen Betriebsmitteln fehlte und die nur durch außerordentlich gewährten Kredit aufrecht erhalten werden konnte, definitiv in den Besitz der Herren **F. B e h l o w** u. **R o s e n s t e i n** über. Die Lösung des bisherigen Verhältnisses geschah in Uebereinstimmung mit den Genossen **V o c k** und **S i e b e r t**, Vorsitzenden des Vereins deutscher Schuhmacher. Die Besitzer haben in konstanter Weise die Bedingungen erfüllt, die von den Genossen **V o c k** und **S i e b e r t** gestellt worden waren. Das eingezahlte Geld wird trotz der großen Verluste, die das Geschäft bis vor kurzer Zeit erlitten hat, zurückgezahlt. Wir halten diese Lösung für die beste.

Die Steinarbeiter Deutschlands werden von der Zentralleitung des Skandinavischen Steinhandelsverbandes ersucht, Arbeitsangebote aus Schweden nicht anzunehmen. In den Orten **M a l m ö**, **B o t t n a** und **W a r b e r g** stehen die Steinarbeiter im Streit und die Unternehmer suchen nun Ersatzkräfte in Deutschland. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck ersucht.

Zur Lohnbewegung der Steinseher. In Stettin ist bei dem Steinsehermeister **F i e b e l t o r n** ein partieller Streik ausgebrochen. Beteiligt an demselben sind fünf Steinseher, fünf Hammer und der Polstr. Zugang ist fernzuhalten.

Die Magdeburger Steinseher, die noch immer im Streit stehen, bitten namentlich die Berliner Kollegen um Fernhaltung des Zuganges, da bereits vier Berliner Steinseher zugereist seien. Es sind das die ersten auswärtigen Streikbrecher. Im übrigen steht der Streik günstig, da erst kürzlich wieder 14 Straßen vergeben worden sind, die in nächster Zeit in Angriff genommen werden müssen.

Die ausgesperrten Chemnitzer Steinseher haben den Kampf um die zehnstündige Arbeitszeit ausgedehnt, dagegen wurden die aufgestellten Lohnforderungen bewilligt. Der Kampf war dadurch ausgedehnt worden, daß der Stadtbauinspektor einerseits die Bauarbeiten für die projektierten Straßenbauten verlängerte, andererseits es einrichtete, daß einzelne Unternehmer, welche auch die zehnstündige Arbeitszeit bewilligt hatten, keine Materialien bekamen, wodurch dieselben gezwungen waren, ihre Leute zu entlassen.

In Hannover ist der Streik auch noch nicht entschieden, da sich die Meister gegen die Festschließung eines Minimallohnes sträuben; jedoch sind auch hier die Aussichten den Arbeitern günstig. Außer von Hannover ist auch noch von **S t a d t h a g e n** bei Hannover (Firma **H. D i e t r i c h**) Zugang fernzuhalten.

Der Zentralvorstand.

Der Tischlerstreik in Rostock ist noch nicht beigelegt. In der gemeinsamen Sitzung der Vertreter der Unternehmer und der Arbeiter wurde noch kein Einverständnis erzielt, da die Unternehmer nur 2 Pf. Lohn pro Stunde mehr geben wollen und die jetzt 60stündige wöchentliche Arbeitszeit nicht, wie die Arbeiter verlangen, auf 59 Stunden herabsetzen mögen.

In Bielefeld ist der Streik der **K l e m p n e r** als beendet anzusehen, da, wie die „Volkswacht“ mitteilt, gegenwärtig niemand von den Streikenden arbeitslos ist, sondern sämtlich zu den neuen Bedingungen arbeiten. Eine allgemeine Lohnerhöhung und Arbeitszeit-Verkürzung ist eingetreten. Neun Unternehmer haben nicht bewilligt.

Die Polizeiverwaltung von Bielefeld hat eine Bekanntmachung erlassen, worin es heißt: „Es ist wiederholt beobachtet und festgestellt, daß seitens der ausländigen Bauarbeiter jedes Mittel versucht wird, um zureisende arbeitswillige Bauarbeiter von der Arbeit fernzuhalten; außerdem haben sich die in großer Anzahl an einzelnen Arbeitsstätten und namentlich auf dem Bahnhofsvergnügen Arbeiter zu Ungehörlichkeiten hinreichend lassen, durch welche das Publikum belästigt und der öffentliche Frieden beunruhigt wird. Unter Hinweis auf die Strafbestimmungen in § 153 der Reichs-Gewerbe-Ordnung, § 360 Nr. 11 und § 116 des Straf-Gesetzbuches verwarnen wir alle Beteiligten mit dem Bemerken, daß unsere Beamten angewiesen sind, mit unumschriebener Strenge gegen alle Ungehörlichkeiten vorzugehen.“

Dem gegenüber erklärt die „Volkswacht“: „Wir stellen zunächst fest, daß in den letzten Wochen auch nicht der geringste Anlaß zur Veröffentlichung einer solchen Bekanntmachung vorgelegen hat. Insbesondere ist es nicht wahr, daß wiederholt beobachtet und festgestellt ist, daß seitens der ausländigen Bauarbeiter jedes Mittel versucht wird, um zureisende arbeitswillige Bauarbeiter von der Arbeit fernzuhalten. Revolvergeschüsse hat z. B. zwar ein ausländiger Maurer abgegeben, aber noch kein Ausländiger. Die Polizeiverwaltung hat sich hier etwas ungenauer ausgedrückt, als eine Behörde dies thun sollte; sie meint offenbar, daß die Ausländigen sich ungehörlicher Mittel bedienen. Wir gehen nicht so weit, zu behaupten, daß nicht irgend ein Ausländiger einmal über die haarsträubende Grenze der Gefährlichkeit getreten sein sollte, im allgemeinen ist dies aber nicht geschehen. Aber leider wird auch die vollkommen gesetzliche Thätigkeit, welche die Ausländigen in musterhafter Ordnung entfalten, von manchen Polizeibeamten als ungesetzlich angesehen oder wenigstens werden die Ausländigen in der Ausübung dieser gesetzlichen Thätigkeit von jenen Polizeibeamten gehindert, wobei sie noch Ausdrücke wie Aufwieger oder Aufseher zu hören bekommen. Gestern Abend erst (am 23. Juni) ereignete sich wieder der Fall, daß ein Ausländiger, welcher ruhig in dem Wartesaal 3. Klasse saß und ein Glas Bier trank, von dem Polizeifergeanten **L a n d s b e r g** von dort hinausgewiesen wurde. Polizeifergeant **L a n d s b e r g** nannte ihn dabei Aufwieger. Nun möchten wir einmal wissen, was die Handlungsweise des ruhig im Wartesaal sitzenden Ausländigen mit dem § 153 der Reichs-Gewerbe-Ordnung und den §§ 360 und 116 des N.-Str.-G.-B. zu

thun hat. Keinerlei öffentliches Interesse kann dafür bestimmend gewesen sein, den Mann von dort wegzurufen, und nun gar in der Art und Weise, wie es geschehen ist. Einzig und allein hatten nur die Meister ein privates Interesse daran, daß es den Ausländigen unmöglich gemacht wurde, etwa ankommende auswärtige Maurer und Zimmerer über den wahren Sachverhalt in Bielefeld aufzuklären. Selbstverständlich wird an dem Ausgang des Streiks durch die Bekanntmachung nichts geändert. Dazu sind die kämpfenden Arbeiter viel zu gut organisiert. Im Gegentheil: Die Thatsache, daß die vereinigten Maurer- und Zimmermeister sich schon bis zu dem Aufbruchparaphen schütten müssen, beweist nur ihre außerordentliche Schwäche, ebenso wie früher ihr Schimpfen und Jagen ihre Schwäche bewiesen hat.

Ins Leipzig wird uns über den Stand der Maurer-Bewegung mitgeteilt. In Streit traten am 16. Juni 3200 Mann, von diesen sind abgereist 893, zu den neuen Bedingungen arbeiten bei 79 Unternehmern 894 Mann. Im Streit befinden sich noch 1440. Im allgemeinen steht der Streit günstig, da nur 303 Maurer den Unternehmern Dienste leisten. Zugang ist bis jetzt nur vereinzelt zu verzeichnen; trotz aller Anstrengungen, die von einigen Unternehmern gemacht werden.

In Gotha ist der Streit beim Zimmermeister **R ö l l n e r** beigelegt. Herr **R ö l l n e r** hat die Forderungen der Zimmerer bewilligt, so daß diese jetzt denselben Lohn erhalten, den die anderen Meister gaben. Der Streit hatte noch die Wirkung, daß die Innung beschloß, den weniger leistungsfähigen Gesellen die Vergünstigung einer Lohnherabsetzung zu theil werden zu lassen.

Das streikende Personal der **M e y e r**'schen Zigarrenfabrik in Weimar erucht die Nachbarn um finanzielle Unterstützung. Die Streikenden — 13 Arbeiter und ebenso viel Arbeiterinnen — gehören zwar sämtlich der Organisation an, sind aber zum großen Theil noch nicht bezugsberechtigt. Briefe sind zu richten an **H e i n r i c h L i e s**, **K i r c h b e r g 21**, **W e i d e n d u n g e n** an **J o h a n n V e m m e r i c h**, **F r i e d r i c h 3** in Weimar.

Ausland.

Die Ziegelei-Arbeiter von Budapest und Umgebung stehen in einer Bewegung, um ihre elende Lage zu verbessern. Auf zwei Ziegeleien haben zusammen 600 Mann die Arbeit niedergelegt. Für die nächste Woche wird der allgemeine Ausstand befürchtet. Hohe Behandlung durch die Aufseher und das Trampfen, durch welches die Ziegeleibesitzer ihre Personale knechten, ist der Anlaß der Differenzen.

Ins London wird telegraphirt: Der Streik auf der **K o h l e n**-grube **A s h b i n g t o n** in Northumberland ist dadurch beigelegt, daß sämtliche der Union nicht angehörige Arbeiter eingewilligt haben, denselben beizutreten.

Soziales.

Der 20. brandenburgische Städtetag ist am Freitag in **S c h w e d t a. O.** zusammengetreten. Von den 188 Städten Brandenburgs gehören 109 dem Verband an. Anwesend sind etwa 150 Vertreter.

Von Interesse war die Mittheilung, daß der Vorstand des Brandenburgischen Städtetages sich mit einer Beschwerde des Verbandes der städtischen Beamten der Provinz Brandenburg befaßt habe, die dahingehet, daß deren persönliche Angelegenheiten, wie Gehaltsaufbesserungen, Unterstützungen etc. künftig nicht mehr in öffentlicher Sitzung der Stadtverordneten verhandelt werden sollen, damit nicht durch die Presse die persönlichen Verhältnisse des Beamten in die Öffentlichkeit gebracht werden. Der Vorstand des Städtetages hat hierauf unter Anerkennung der Berechtigung der Beschwerde beschlossen, dem Städtetag zu empfehlen, in dergleichen Fällen die Öffentlichkeit auszuschließen in Rücksicht auf die beteiligten Personen, sowie in anbetragt einer rückhaltlosen Aussprache seitens der städtischen Körperschaften, die unter der Öffentlichkeit naturgemäß leiden würde.

Dr. **S c h u l z e**-**W i t t s t o c k** referirte über die Zuständigkeit der Städtgemeinden zum Erlaß verfassungsmäßiger Bestimmungen. Hierauf sprach Oberbürgermeister **R ö l l e**-**S p a n d a u** über das Projekt eines Brandenburgischen Pfandbrieftamtes. Der Vortragende betonte die Nothwendigkeit der Gründung eines solchen Instituts, da die vorhandenen privaten Kreditinstitute den Bedürfnissen der Hausbesitzer nicht genügen, da diese keine unkündbaren oder amortisierbaren Hypotheken begeben. Die Annahme, daß ein solches Pfandbrieftamt für Hausbesitzer den städtischen oder Kreis-Sparcassen große Konkurrenz bereite, sei irrig. Das zu gründende Institut müsse sich an eine öffentliche Behörde, am besten an den Provinzialverband anlehnen. Vorbildlich für die Einrichtung könne das Berliner Pfandbrieftamt sein. Der Vorsitzende beantwortete: „Im Interesse der Hausbesitzer wird die Errichtung eines öffentlichen Pfandbrieftamtes unter Anlehnung an den Provinzialverband für wünschenswerth gehalten. Die Grundlagen der dem Provinzial-Landtage vorgelegten Skizzen des Brandenburgischen Pfandbrieftamtes für Hausgrundstücke werden gebilligt.“

Gerichts-Beitrag.

Musikautomaten und Lustbarkeitskennern. Die Deutsche Automaten-Gesellschaft hatte in der Königin-Augustahalle in Köln eine ganze Reihe von Automaten aufgestellt, darunter solche, die gegen den üblichen Einwurf von 10 Pfennigen musizieren. Der Kölner Magistrat zog deswegen die Gesellschaft zur Lustbarkeitssteuer heran, wogegen die Bekleidete Einspruch erhob, ohne indessen Erfolg zu haben. Sie lagte darauf beim Bezirksauschuss, indem sie geltend machte, sie habe lediglich die Automaten mit der Absicht und zu dem Zwecke aufgestellt, sie zu verkaufen. Es handele sich also nicht um die Veranstaltung einer öffentlichen Lustbarkeit, sondern um eine einfache Gewerbe-Geschäftsstellung. Auf die Anfrage, wieviel der aufgestellten Automaten verkauft worden seien und wie hoch sich der Mittelertrog stelle, verweigerte die Klägerin die Auskunft. Der Bezirksauschuss wies nunmehr die Klage unter folgender Begründung ab: Die Königin-Augustahalle (aufgebunden eine Art Passage) sei als öffentliches Vergnügungsort anzusehen und es stehe fest, daß die Musikautomaten sehr oft in Bewegung gesetzt würden. Jedermann habe freien Zutritt zu den Automaten und könne sich durch den Nideleinwurf den „Musikgenuss“ verschaffen, ohne an den Erwerb des Automaten zu denken. Zu manchen Tageszeiten drängen sich die Leute förmlich in der Halle. Sicher komme es der Automaten-Gesellschaft auch auf die Nickel an. Es liege sonach eine Veranstaltung einer öffentlichen Lustbarkeit vor, für die die Lustbarkeitssteuer zu entrichten sei. Der II. Senat des Ober-Verwaltungsgerichts bestätigte gestern diese Entscheidung.

Versammlungen.

Der „Verein Freie Volkshöhne“ hielt am Donnerstag seine erste Generalversammlung nach seiner Neugründung ab. Der erste Vorsitzende, **D r. G. S c h m i d t**, gab einen eingehenden Geschäfts- und Rechenschaftsbericht des Vorstandes für die Zeit vom 12. März bis 24. Juni, in welchem er besonders auf die mannigfaltigen Schwierigkeiten hinwies, welche bei der Auswahl und Aufführung der auf dem Spielplan gesetzten Stücke zu überwinden waren. Am trassesten sei dies bei dem **S a r d o n**'schen **L u i s i p h**, **C y r i e n e** und der **„Jugend“** von **H a l b e** in Erscheinung getreten. Pöthen auch die Autoren nichts gegen die Aufführung dieser Stücke in der freien Volkshöhne einzuwenden gehabt, so haben doch die Theater-Agenturen der Herren **B l o c h** und **U n t s c h**, denen das alleinige Aufführungsrecht genannter Stücke für Berlin seitens der Autoren gegen ein entsprechendes Entgelt übertragen wurde, hier eine Gelegenheit, ein kategorisches Verbot auszusprechen, event. mit einer gewichtigen Entschädigungsklage zu drohen, falls diese Stücke trotzdem zur Aufführung gelangen. Wenn die Vereinsleitung bisher in dieser Sache eine vorsichtige Haltung einnahm, geschah es im Interesse der Entwicklung des Vereins, sie sei aber

entschlossen, für die Winteraison im Einverständnis mit der Generalversammlung event. im Prozeßwege freie Bahn zu schaffen. Die Zusammenlegung der zwei Abtheilungen mit der 400 Mitglieder starken dritten Abtheilung im Mai rechtfertigt Redner als finanzielle Nothwendigkeit. Er stellt ferner fest, daß der bisherige Leiter der Vorstellungen, Herr **T ü r k**, nicht angestellter Regisseur des Vereins sei, sondern als Unternehmer von Theater-Vorstellungen auch der „Freien Volkshöhne“ vom Aufsicht und Vorstand bestimmte Stücke gegen eine Pauschalsumme aufgeführt habe. Die weitere Entwicklung des Vereins liege an dem Eifer und dem Interesse, mit welchem die Mitglieder für die „Freie Volkshöhne“ agitiren, und berechtige zu den besten Hoffnungen. Der Kassenbericht wurde vom Kassirer **W i n k l e r** abgegeben. Der Verein habe in dem genannten Zeitraum eine Einnahme von 6290,00 M. und eine Ausgabe von 5586,77 M. gehabt, so daß ein Bestand von 458,22 M. verbleibe, der zur Deckung der erforderlichen Unkosten und Neuanstellungen und Organisation der Winterabtheilungen Verwendung finde. Die Kosten für die Vorstellungen betragen 4795,20 M., für Verwaltung, Agitation etc. 1101,57 M. Hierauf wurde dem Kassirer einstimmig Decharge erteilt. In der Diskussion wurde der Vorschlag des Vorstandes, in der Winteraison die Hälfte der Vorstellungen im Theater des Westens (Goethe-Theater), für größere klassische Stücke, und die andere Hälfte in einem passenden kleineren Theater, für moderne Stücke, zu geben, angenommen. Abgelehnt wurde noch lebhafter Debatte, Abendvorstellungen zu veranstalten. Der Punkt Statutenänderungen erledigte sich dadurch, daß die seitens der Vereinsleitung vorgeschlagenen Statutenänderungen, meist formeller Art, ohne deren Annahme die Polizeibehörde den Verein nicht als solchen betrachtet, der zensurfrei spielen darf, angenommen wurden. An Stelle des ausgeschiedenen zweiten Vorsitzenden **H e i n r i c h S c h u l z** wurde der Schriftsteller **G a u l e** gewählt. Gleichfalls gibt die Generalversammlung ihre Zustimmung zu dem von der Ordnerkommission und dem Vorstand arrangirten Sommerfest in Weiskensee. Das Entree wird für alle Besucher auf 20 Pf. nominirt.

Für die Arbeiter und Arbeiterinnen im graphischen Gewerbe fand am Mittwoch eine Versammlung statt, die aber nur schwach besucht war. Die Referentin **F r a u R o h r l a c h** besprach kurz die Ergebnisse der für den genannten Beruf vorgenommenen Erhebungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse und betonte, ebenso wie die nachfolgende Rednerin **F r a u W i e n**, daß die bei dieser Gelegenheit zu Tage geförderten Mängel nur mit Hilfe einer starken Organisation beigelegt werden könnten.

Eine zweite Versammlung, die am Donnerstag in den Arminshallen stattfand, beschäftigte sich gleichfalls mit dem Thema. **F r a u W a r t h a R o h r l a c h** referirte zunächst über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Die von der Generalkommission der Gewerkschaften veranstaltete Enquete hat nach ihren Ausführungen ein sehr trauriges Bild ergeben. Löhne von 8 M. seien in Buchbindereien und ähnlichen Betrieben nicht Seltenes, vielfach seien sie noch weit niedriger. In einer Schriftgießerei erhielten die Mädchen beim Eintritt 5,50 M. und die Tröstung, daß jedes Jahr 1 M. zugelegt werde. Als bedeutsame Erscheinung müsse verzeichnet werden, daß diejenigen Arbeiterinnen am besten entlohnt würden, die wie die Buchdruck-Hilfsarbeiterinnen, eine verhältnismäßig gute Organisation hätten. Rednerin **S c h i l d e r t e** einbringlich den Kampf, den schlecht entlohnte Arbeiterinnen gegen Gefahren aller Art und besonders gegen störende Befehle führen müssen, wenn sie nicht an der Familie einen Anhalt haben oder wenn gar noch Verwandte auf ihre Unterstützung angewiesen sind. **D r. F r i e d e r b e r g** behandelte dann in einem recht interessanten Vortrage die verderblichen Einflüsse zu langer Arbeitszeit, gewisser Betriebsverhältnisse, der mangelhaften Ernährung und schlechter Wohnungen auf den menschlichen Organismus und speziell die, denen der weibliche Organismus ausgesetzt ist. Er rief die versammelten Frauen und Mädchen, vor allem auf eine Verkürzung der Arbeitszeit hinzuwirken. Hieran legte Reichstags-Abgeordneter **L e g i e n** die Vortheile guter Gewerkschafts-Organisation dar. Ein Buchbinder sprach den Wunsch aus, die jetzt für das Berliner graphische Gewerbe besandene Enquete möge nicht nur in anderen größeren, sondern auch in bestimmten kleineren Städten fortgesetzt werden. In Nürnberg, wo er Gelegenheit hatte, an einer Statistik mitzuarbeiten, verdienten 350 Arbeiterinnen des graphischen Gewerbes von etwa 600 nur drei Mark wöchentlich.

Im Verband der Korbmacher hielt am 21. d. M. Genosse **F r a n k e** einen Vortrag über „Die sozialistische Bewegung und Siedlungsgenossenschaft“. Unter Verschiedenem wurden Mängel in der Kugellorbbranche besprochen.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Smüh, 25. Juni. (W. S.) In dem Grafen **F r a n z H o r a c h** wurde auf seinem Gute **N a b e n s t e i n** bei **J a n n o w i t z** von mehreren Männern ein Mordatentat verübt. Als der Graf im Walde auf einem Spaziergange begriffen war, wurde er überfallen, zu Boden geworfen und mit unzähligen Messerschlägen traktirt. Es gelang bis jetzt nicht, die Mörder zu ermitteln.

B u d a p e s t, 25. Juni. (W. S.) **M a g n a t e n h a u s**. In Verantwortung einer Interpellation **L a r o n C e r e y**'s über die Gährungsunter den Landarbeitern erklärte der Minister des Innern **P e r c e l**, in acht Komitaten und zwei Städten würden Feldarbeiter durch Agitatoren zum Ausstand aufgereizt. Da die Agitationen an mehreren Orten von Erfolg gewesen seien, habe die Regierung eine Verfügung erlassen, daß die Arbeiter über ihr unvernünftiges Vorgehen gehörig aufgeklärt würden. In **M e g e s s e g h** unterhalte die Regierung eine Arbeiterreserve von mehreren tausend Mann, von wo nach jeder Richtung jeden Augenblick Anhilfsarbeiter entsendet werden können. Da an mehreren Orten bedrohliche Ausstandsunruhen eingetroffen seien, sei für ausreichenden Schutz durch Gendarmen und Militär vorgesorgt. Auf eine Bemerkung des Grafen **E s t o n S a p a r y** erklärt der Minister, es sei schwierig gegen die Agitatoren wirksam vorzugehen, da die Verwaltungsbehörde kein Mittel zum Vorgehen besitze. Die Regierung biete alle gesetzlichen Mittel an, die Agitationen zu paralyziren.

C z e r n o w i t z, 25. Juni. (W. S.) Der Verkehr auf sämtlichen Lokalbahnen der **B u k o w i n a** ist infolge der durch das Hochwasser verursachten Schäden gänzlich eingestellt, die Postverbindungen sind zum größten Theil behindert.

Paris, 25. Juni. (W. S.) Die Deputiertenkammer nahm Gesetzentwürfe an, durch welche Uebereinkommen mit mehreren südamerikanischen Staaten zum Schutze der Fabrikmarken, sowie des industriellen, literarischen und künstlerischen Eigenthums genehmigt werden. Hieran wurde über die Ausgaben, die anlässlich des Brandes im Wohlthätigkeits-Bazar veranlaßt waren, berathen. **T r o u i l l o t** wies der Regierung vor, daß sie die Initiative zur religiösen Feier ergriffen habe. (Zahlreiche Unterbrechungen auf der Reden, denen von den Sozialisten in heftiger Weise widersprochen wird.) Der Minister des Innern **B a r t h o u** erwidert, die Regierung habe in keiner Weise eine religiöse Kundgebung veranstalten wollen, die Radikalen seien zu tadeln, weil sie die Gelegenheit ergriffen hätten, um das Kabinett angzugreifen. (Beifall.) **D u b a r d** wies der Regierung vor, daß sie sich auf die Weisheit stütze. **C o c h i n** bemängelt, daß die Radikalen eine unnütze Debatte über den kaum geschlossenen Graben wieder eröffnen. (Beifall rechts.) **D u b a r d** bringt ein Amendement ein, wonach der Kredit für die Zeremonie in der **N o t r e D a m e**-Kirche abgelehnt werden soll. Das Amendement wird mit 332 gegen 187 Stimmen verworfen und die Kredite werden angenommen.

L o n d o n, 24. Juni. (W. S.) Die Meldung des **R e u t e r**'schen Bureau's aus **B o m b a y** über einen **M o r d a n f a l l** auf **V i e n t a m** erweilt sich als unbegründet.

R o m, 25. Juni. (W. S.) Der Kassationshof beschäftigte heute das Urteil gegen **A c c i a r i o**.

P e t e r s b u r g, 25. Juni. (W. S.) Das Panzerschiff „**G a n g u t**“ ist heute Vormittag bei Sturm auf ein unterseeisches Riff in der Nähe von **T r a n s u n d** (?) aufgelaufen und untergegangen. Offiziere und Mannschaften sind gerettet. Die „**G a n g u t**“ war eines der neueren und besten Schiffe der russischen Kriegsmarine.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Der Streik der Produktendörse und das Termingeschäft.

Mit Anfang dieses Jahres sind die Bestimmungen des Börsengesetzes, das unter agrarischem Interesseschmerz im vorigen Sommer geschaffen wurde, in Kraft getreten. Fondsbörse und Banken haben sich mit den neuen Bestimmungen, den Zweck derselben großenteils illusorisch machend, ohne großes Geräusch abgefunden. Die Position der großen Banken ist noch weiter gestärkt und die Spekulation in Wertpapieren hat in neuen Geschäftsformen, vor allem aber im Kassageschäft den Raum, den man ihr durch Einschränkung des Terminhandels abgraben wollte, zurückgewonnen. Die Produktendörse aber, gegen die durch das gesetzliche Verbot des Termingeschäftes in Getreide und Mühlenfabrikaten ein schwerer, in seinen Folgen noch nicht abzusehender Schlag geführt war, begann, als die Regierung dem Börsenvorstande agrarische, nicht dem Börsenverbande angehörige Mitglieder anstaltete, ganz unerwartet den großen Streik. Die Händler zogen nach dem Feenpalast, um ihre Autonomie zu wahren und das Geschäft in wenig veränderter Weise fortzuführen. Sie stützten sich dabei auf die Behauptung, sie seien ein Verein, nicht aber in juristischem Sinne eine Börse, also auch den Zwangsbestimmungen des Börsengesetzes entzogen. Die Regierung, die erst zur Nachgiebigkeit bereit schien, hat, von den Agrariern vorwärts getrieben, nun die Feenpalast-Versammlungen und dadurch die Börse selbst aufgelöst. Denn die Händler erklärten, nicht nachgeben zu wollen und ehe sie einen auflösenden Vorstand akzeptierten, das Geschäft ohne Börsenorganisation von Komptoir zu Komptoir fortführen zu wollen. Der Fortfall der börsenmäßigen Getreidepreisnotierungen, der eine Folge dieses Beschlusses ist, kann diesem gegen das Agrarierthum gerichteten Boykott zumal bei dem Gerannab der Erntezeit gewichtigen Nachdruck geben. Ohne die Notierungen ist die Markt- und Preislage verschleiert, und der besser unterrichtete Händler befindet sich den Landwirthen gegenüber, welche die sichere Basis für ihre Preisforderungen verloren haben, im Nachteil.

Der eigentlich bestimmende Hintergrund in diesen Streitigkeiten ist der Kampf um den Terminhandel, den die Agrarier auf Grund ganz vager Deduktionen für die Niedrigkeit der Getreidepreise verantwortlich machen. Die Börse, insbesondere aber der Terminhandel hat ihnen zufolge einen angenehmen Gang, die werteproduzierenden Stände, zu denen vor allem natürlich die großen Grundbesitzer gehören, den Bauer verdienten Lohn ihrer Bemühungen zu pressen. Man vernichte die Termingeschäfte der Getreidebörse, und alsbald werden die Preise sich heben! Der Grundton der Ueberzeugung klingt hier ebenso wie bei der bimetalistischen Agitation der Agrarier um so voller, je dunkler der Gegenstand, je härter und unkontrollirbarer die Argumentationen. Die einmal hergestellte Affoziation der beiden Vorstellungen Getreide-Terminhandel und Getreidepreis-Waiffe genügt, um den agrarischen Feind in Bewegung zu setzen und die Regierung in den Kampf zu treiben.

Was hat es nun mit diesem Terminhandel auf sich? Versuchen wir in einigen ganz allgemeinen Zügen uns seine Bedeutung und damit auch die Bedeutung des gegen ihn geführten Kampfes zu veranschaulichen!

Hausierer und Baissiers, wenn man sich an die Wortbedeutung der Ausdrücke halten will, giebt es überall im Handel, auf jedem Markte, wo Angebot und Nachfrage einander gegenüberstehen. Der Verkäufer will möglichst teuer verkaufen, er ist an der Preiserhöhung, der „Hausier“, interessiert, und ebenso strebt der Käufer eine Erniedrigung des Preisniveaus, eine „Baiffe“, an. Die wirkliche Preisbewegung, die aus dem Kampf der entgegengeetzten Interessen hervorgeht, richtet sich dann im letzten Grunde nach der gesammten Marktlage, dem Stand von Angebot und Nachfrage; ein im Verhältnis zur Nachfrage gesteigertes Angebot verstärkt notwendig die Position der auf den Preis drückenden Käufer, während eine im Verhältnis zum Angebot gesteigerte Nachfrage umgekehrt die Position der Verkäufer verstärkt und ihnen Preiserhöhungen erlaubt. Rein zufällige und individuelle Verhältnisse spielen innerhalb dieses allgemeinen Zusammenhanges als mitwirkende Faktoren in die Bewegung der Preise natürlich ebenfalls hinein, und andererseits ist die feste Grundlage, um welche die Preise sich wechselnd herumbewegen, durch die Produktionskosten der Waaren selbst gegeben. Dadurch, daß der Waarenmarkt sich zur Produktendörse fortentwickelt, wird an diesen allgemeinen Verhältnissen an und für sich nichts geändert. Der Unterschied beider scheint auf den ersten Blick sogar nur ein relativ äußerlicher zu sein. Während auf den Märkten in dividuell bestimmte Artikel, die der Verkäufer vorzeigt (Wichmärkte u. s. w.) den Gegenstand des Handels bilden, werden auf der Börse diese Mengen einer Waarengattung gehandelt. Die Voraussetzung dabei ist, daß diese Gattung eine gewisse börsenmäßig festgesetzte Durchschnittsgüte habe, daß also z. B. der an der Börse verkaufte und zu liefernde Weizen pro Hektar ein gewisses Gewicht besitze resp. eine Reihe anderer bestimmter angegebener Merkmale aufweisen muß. Nur Waaren, welche solche Durchschnittsqualität aufweisen oder sich in eine Reihe von Unterarten mit festumschriebenen Qualitätsunterschieden gruppieren lassen, eignen sich für diese, von der Besichtigung der Einzelwaare Abstand nehmende, börsenmäßig bestimmte Form des Großhandels. So vor allem die verschiedenen Getreide-Arten, Mehl, Baumwolle, Kasse, Spiritus und einige andere Artikel.

Die Konzentration von Angebot und Nachfrage auf der Börse, sowie die Ausschaltung der individuellen Qualitätsunterschiede wirken auf eine einheitliche Bildung der Tagespreise hin; und diese einheitlichen Gattungspreise oder vielmehr die Bewegungen derselben, die den wechselnden Verhältnissen der gesammten Marktlage folgen, erscheinen wie als Resultat so andererseits als Grundlage der spezifisch börsenmäßigen Waarenspekulation. Man kann den Unterschied des eigentlichen Börsenhandels (wir sprechen hier nur von der Produktendörse) und des sonstigen laienmännlichen Handels geradezu dahin charakterisieren, daß der Börsenkaufmann ohne besonderen Preisausschlag aus den Schwankungen der für die Massenartikel sich bildenden Einheitspreise, der gewöhnliche Kaufmann dagegen aus den Preisausschlägen, die er auf die bestimmten von ihm gekauften Waaren macht, Gewinn zu ziehen sucht. Der Kaufmann kann das, nicht nur weil ihm die Last der Aufbewahrung und des Feilbietens zufällt, sondern vor allem deshalb, weil die Personen, von denen er die Waare kauft, und die, an die er sie absetzt, zwei ganz verschiedene sind, ohne ihn fremd und unvermittelt einander gegenüberstehenden Kreise, angehören. Er legt die Brücke zwischen ihnen, zwischen Produzent und Publikum, wenn man die äußersten Pole in Betracht zieht, und in diesem schwer entbehrlichen Dienste ist seine Macht begründet, die üblichen Verkaufspreise seiner Waaren über den Einkaufspreis, den er an die Bezugsquelle zahlt, zu erhöhen. Ob diese Bezugsquelle die Börse ist, macht an und für sich noch keinen Unterschied. Im eigentlichen Börsengeschäft aber wird die Waare an der Börse gekauft, um an der Börse wiederum weiter verkauft zu werden. Dabei fällt der Kreis der Personen, welche dem Kaufenden die Waare liefern, mit dem Personenzirkel, an welche er die Waare abzugeben gedenkt, in eins zusammen. Wenn hier Schulze von Müller Getreide gekauft hat und dasselbe an Meier abgeben will, so liegt auf der Hand, daß Meier ebensogut das Getreide direkt von Müller hätte beziehen können. Die Vermittlung des Schulze und aller seiner Kollegen ist hier nicht in dem

Sinne notwendig, wie in dem laienmännlichen Waarengeschäfte, wo der Lieferant der Waare und nachtragendes Publikum einander ohne Kenntnis gegenübersehen. Mithin kann die Vermittlung des Schulze, da der Abnehmer des Getreides ihrer nicht bedarf, auch keinen Preisausschlag auf das Getreide, keine Differenz des Einkaufs- und Verkaufspreises begründen. Freilich auch er hofft wie der gewöhnliche Kaufmann auf eine solche ihm Gewinn abwerfende Differenz, aber diese — darin drückt sich sein charakteristischer Unterschied vom Kaufmann aus — kann nur davon herrühren, daß in der Zwischenzeit, die zwischen seinem Ein- und Verkauf von Getreide an der Börse lag, die Börseneinheitspreise des Artikels sich geändert haben. Nur wenn die Marktlage, als er einkauft, einen relativ niedrigen, als er verkauft, einen relativ hohen Getreidepreis fixierte, wird er bei seinem spekulativen Vermittlungsgeschäfte Gewinn erzielen. Das eigentümliche der Börse im Unterschiede vom Markte ist dieser, an das wirklich den Waarenabfah vermittelnde Handelsgeschäft sich unmittelbar anschließende, mit ihm zu einer Einheit zusammenfließende Binnenhandel der Börse unter einander. In ihm sucht die Spekulation die künftige Bewegung der Einheitspreise aus den zur Beurteilung der Marktlage gegebenen Momenten zu erkennen und durch Kauf- und Verkaufsabschlüsse aus ihr direkten Gewinn zu ziehen.

Soweit sich die Spekulation im Rahmen des gewöhnlichen Kassageschäftes vollzieht, bei dem Kauf und Lieferung der gekauften Waaren zeitlich zusammenfällt, sind die Verhältnisse ganz durchsichtig. Wer meint, daß die Getreidepreise im Herbst über das im Sommer gegebene Niveau steigen werden, wird im Sommer Getreide kaufen, um das Getreide eine Zeit lang in der Hand zu halten und es dann beim Eintreffen seiner Spekulation loszuschlagen. Er ist als Hausierer an der aufwärtssteigenden Preisbewegung interessiert, während seine Abnehmer, die das Getreide zu noch erhöhten Preisen später weiterverkaufen wollen, sofern sie als Abnehmer ihm gegenüberstehen, ein augenblickliches Interesse am Preisdruck, an der Baiffe haben. Bei den großen Waarenmengen, über die Geschäfte abgeschlossen werden, sind bei dieser mit Waarenzahlung und Kassageschäft operierenden Spekulation natürlich große Kapitale erforderlich.

Erst in den letzten Jahrzehnten ist mit dem zunehmenden Weltmarktvorkehr die Form des börsenmäßigen Termingeschäftes auf den Produktendörse recht heimisch geworden, als die Form, in welcher die Börsenspekulation am leichtesten und sichersten sich zu bewegen vermag. Das Termingeschäft für Weizen an der Berliner Börse datirt z. B. erst von der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre. Die Grundlage des börsenmäßigen Termingeschäftes ist das überall im Handel verbreitete Lieferungsgeschäft, in welchem der Verkäufer die Verpflichtung übernimmt, an einem in der Zukunft angelegten Termine das ausbedungene Waarenquantum zu einem im voraus selbstbestimmten Preise dem Käufer zu liefern. Es wird damit, ganz abgesehen von anderen Bedürfnissen, die so ihre Befriedigung finden, den Kontokonten die Möglichkeit gegeben, sich in gewissen Grenzen vor künftigen, noch gänzlich ungewissen Preisveränderungen des Marktes zu sichern. An sich ist der Charakter dieser Lieferungsgeschäfte dadurch, daß sie an einer Börse abgeschlossen werden, noch nicht verändert. Ob z. B. der Mühlenbesitzer, der Getreide auf Lieferung haben will, sich an einen bestimmten Getreidehändler direkt wendet oder einem Kommissionär den Auftrag giebt, an der Börse das bedurftete Quantum zu dem angelegten Lieferungsstermin zu kaufen, macht für ihn keinen Unterschied.

Aber für den eigentlichen Börsenspekulanten, der aus der Bewegung des Getreidepreises an der Börse durch Kauf und Verkauf Gewinn zu ziehen sucht, ist, wenn die Lieferungsgeschäfte an der Börse sich einbürgern und hier gewissen übersichtlichen, einheitlich geregelten, die Leichtigkeit des Abfahes erhöhenden Börsen-usancen unterworfen werden, die Möglichkeit gegeben, das Lieferungsgeschäft, das durch seine Bindung an die Börsensancen und Einrichtungen erst die Form des börsenmäßigen Termingeschäftes erhält, zur Basis seiner Spekulation zu machen.

Soviel ist klar, daß, wenn für einen späteren Termin zu einem im Voraus festgelegten Preise Getreide an der Börse verkauft wird, dieser Geschäftsabschluss in der Regel einen Gewinn oder Verlust für Käufer oder Verkäufer involviren wird. Meistens wird der zwischen den beiden Kontrahenten für die künftige Lieferung vereinbarte Getreidepreis von dem, der sich an der Börse in Zukunft zur Zeit des Lieferungsstermines tatsächlich als augenblicklicher Marktpreis des Getreides herausgebildet hat, mehr oder weniger abweichen. Während dieser Marktpreis zur Zeit des Lieferungsstermines für ein gewisses Getreidequantum sagen wir 100 beträgt, haben die Kontrahenten bei ihrem früheren Geschäftsabschluss vielleicht einen Preis von 105 oder von 95 vereinbart. Im ersten Falle hat der Verkäufer, im zweiten der Käufer dadurch, daß die Preisfestlegung im Lieferungsgeschäfte früher geschah, einen rechtens rechnungsmäßigen Vorteil erzielt, dem entsprechende rechnungsmäßige Verluste auf der anderen Seite gegenüberstehen. Der bloß rechnungsmäßige Gewinn und Verlust verwandelt sich aber, wenn der Verkäufer das zu liefernde Getreide an dem späteren Termine auf der Börse selbst erst einkauft und der Käufer des Lieferungsgeldes an dem späteren Termine das Getreide wieder verkauft, in Waargewinn und Waarverlust. Indem der Terminverkäufer vor der Lieferung des ausbedungenen Getreidequantums dieses als Käufer erst erwirbt und indem der Terminkäufer gleichfalls, ehe er das ihm zukommende Getreidequantum geliefert bekommt, dasselbe loskauft, sehen beide die Differenzen, die sich aus den Lieferungsstermen und den Marktpreisen zur Lieferungszeit eventuell zu ihren Gunsten ergeben, in dem nun und heimsen so den Gewinn aus der gelungenen Spekulation in leichter und einfacher Weise, als es das spekulative Kassageschäft gestalten würde, ein. Wenn, um auf unser Beispiel zurückzugreifen, der zukünftige Lieferungspreis auf 105 festgesetzt ist und der augenblickliche Marktpreis des Getreides zur Lieferungszeit auf 100 steht, wird der Lieferungsverkäufer einen Waargewinn von 5 erzielen, indem er das zu liefernde Getreide selbst für 100 zu kaufen vermag, vom Käufer aber den früher ausbedungenen Preis von 105 erhält; ebenso wie in dem zweiten Fall, wo ein Preis von 95 angegeben war, der Lieferungskäufer für das ihm zu liefernde Getreide nur 95 bezahlt, dasselbe aber an der Börse zu dem Marktpreis von 100 weiterzuverkaufen vermag.

Dieses Verhältnis, daß der Terminverkäufer vor Abwicklung des Termingeschäftes selbst erst als Käufer der zu liefernden Waaren und der Terminkäufer ebenso (wenn die Kurse ihm günstig sind) vor Abschluß des Termingeschäftes als Verkäufer der ihm zu liefernden Waare auftritt, ist die Grundlage, welche auch die eigentümliche Gruppierung der Hausierer und Baissiers in dem börsenmäßigen Termingeschäft erklärt. Während auf dem gewöhnlichen Markte oder im sonstigen Handelsverkehr die Waarenverkäufer auf die Preiserhöhung, die „Hausie“ ihrer Verkaufsware, und die Käufer, um billig einzukaufen, auf die Preisfälligkeit, die „Baiffe“, hinarbeiten, ist hier dies einfache Verhältnis geradezu auf den Kopf gestellt. Die Terminverkäufer bilden, nachdem einmal das Lieferungsgeschäft abgeschlossen, die auf Preisfälligkeit hinarbeitende Partei, jene sind die Baissiers, diese die Hausierer. Diese Vertauschung der Rollen dahin, daß die Terminverkäufer die Baissiers, die Terminkäufer die Hausierer sind, ist ein wesentliches

Merkmale der börsenmäßigen Spekulation, die Einsicht in diese Vertauschung ist die Vorbedingung für die Einsicht in den ganzen Ueberbau von Verhältnissen, der sich auf ihr als seiner Grundlage erhebt.

Die Ausnutzung des Lieferungsgeschäftes für Spekulationszwecke findet ihre Stütze, wie bereits gesagt, in den einheitlichen, den Umsatz erleichternden Börsensancen und vor allem in der kunstvoll organisierten Abwicklung der Kauf- und Verkaufsgeschäfte, durch welche diese derart kompensiert werden, daß die Spekulanten nicht die vollen Kaufpreise des umgesetzten Getreides, sondern nur die Differenzgewinne, die sich bei diesem Umsatz rechnungsmäßig ergeben, aneinander ausbahlen. Diese Abwicklung ist nicht nur eine Vereinfachung, insofern sie den Zweck der Spekulation, Differenzgewinne zu realisiren, ohne den schwerfälligen Modus voller Auszahlung aller Kaufs- und Verkaufspreise erreicht, sie ermöglicht es auch, den Umfang der Spekulationsgeschäfte mächtig zu erhöhen, da die Spekulanten — der Nothwendigkeit, den vollen Kaufpreis wie beim Kassageschäfte anzuzahlen, enthoben, auch bei beschränktem Kapital viel größere Engagements wie sonst übernehmen können. Das reale Verkaufsgeschäft, bei welchem die gekaufte Waare wirklich ausbezahlt wird, um in den Händen des Käufers zu bleiben, wird durch die Transaktionen der Spekulation natürlich nicht ausgeschlossen; man kann es keinen Terminkäufer ansehen, ob er nicht die gekaufte Waare behalten will, jedenfalls kann er die Lieferung derselben immer fordern. Die Spekulation hindert diese realen Kaufs- und Verkaufsgeschäfte an der Börse nicht, sie schiebt sich nur als vielgestaltiges Zwischen- und Vermittlungsglied in dieselben hinein.

Das so charakteristische börsenmäßige Termingeschäft hat vor allem die Wirkung, durch die große Menge der spekulativen Kaufs- und Verkaufsgeschäfte die Umsätze in Getreide resp. in den anderen termingeschäftlich gehandelten Artikeln außerordentlich zu vermehren. Die gekauften Posten verschwinden nicht vom Markte, sondern treten immer wieder von neuem als Angebote auf. Der Kaufmarkt wird auf diese Weise, ohne daß darum natürlich die reale Bedarfsnachfrage nach Getreide sich erhöhte, künstlich erweitert; und hiermit hängt die Anziehungskraft, welche das Termingeschäft auf den effektiven Handel ausübt, aufs engste zusammen. Sobald eine Börse den Terminhandel in einem Artikel einführt, gewinnt sie einen gewissen Vorsprung, weil die Zufuhr sich mit Vorliebe solchen Plätzen zuwenden wird, wo der durch die Terminspekulation künstlich erweiterte Markt jederzeit den leichtesten und schnellsten Absatz der Waare erlaubt. Die konkurrierenden Börsenplätze werden, um nicht in ihrer Anziehungskraft auf den Handel und damit in ihrer ganzen Machtposition Abbruch zu erleiden, in der Regel dem Beispiel jener folgen müssen. Das Verbot des börsenmäßigen Terminhandels, wie es von den Agrariern für die Berliner Getreidebörse durchgesetzt ist, kann daher unter Umständen für den Umfang des ganzen in Berlin konzentrierten Getreidehandels die einschneidendsten und gerade für die Agrarier unliebsamsten Folgen haben.

Auch im übrigen ist die Terminspekulation von großer Bedeutung für den Handel. In den durchschnittlichen Lieferungspreisen, zu denen die auf spätere Termine lautenden Geschäfte abgeschlossen werden, kommt die von der Börse in der Zukunft angelegte erwartete Preisbildung zum klaren und detaillirten Ausdruck; und diese Erwartung stützt sich auf eine Ueberfluth an Informationen und eine gegenseitige Korrektur der widerstrebenden Meinungen, wie sie dem nicht börsenmäßig centralisirten Handel nicht zu Gebote steht. Das Termingeschäft giebt ihm entscheidende Direktiven. Und nicht nur das, Handel und Produktion, soweit diese, wie z. B. die Mälerei, die auf der Börse gehandelten Artikel als Material verarbeitet, haben durch das Termingeschäft der Börse das beste Mittel, Waare zu festen Preisen für die Zukunft zu sichern und so das Risiko, welches sie bei ihren eigenen Lieferungsgeschäften laufen, zu mindern. Ferner wirkt die Spekulation, wie sie mit dem Terminhandel verbunden ist, darauf hin, daß die Preisbewegung in den gehandelten Artikeln sich weniger sprunghaft vollzieht, als es sonst der Fall wäre. Alle die Eingriffe, die geeignet sind, in Zukunft den Preis nach oben oder unten hin zu verschieben, werden bei dem Abschluß der Termingeschäfte voraus in Rechnung gestellt, eskompirt, so daß die Anpassung der Preise an veränderte Verhältnisse sich allmählich und in breiterer Offenlichkeit vollzieht. Falsche Berechnungen sehen sofort die Reaktionen der Hausie- oder Baissiespekulation in Bewegung, deren Kauf- oder Verkaufsabschlüsse eine in den Verhältnissen nicht begründete, über das Maß hinausgehende Preisbewegung bald zum Stehen bringen. Eine Erhöhung und Verengung der Börsenspekulation, indem man dieselbe auf das ohne Benutzung der Börsensancen und des börsenmäßig organisierten Abwicklungsverfahrens zu vollziehende bloße Lieferungsgeschäft (im Unterschiede von dem börsenmäßigen Termingeschäft) oder das Kassageschäft einschränkt, wie es das neue Börsengesetz thut, würde die Sicherheit und Stetigkeit der Preisbewegung vermuthlich mindern, wenn nicht eben das Termingeschäft der großen ausländischen Börsenplätze nach wie vor als maßgebende Instanz, der die deutsche Preisbewegung sich anpaßt, bestehen bliebe.

Es ist schwer zu begreifen, was dem eigentlich die Agrarier durch das Verbot des deutschen börsenmäßigen Termingeschäftes, zumal das ausländische ihnen unerreichbar ist, für die Debung der Getreidepreise erwartet haben? Die üblichen Einwände, daß die von der Börse für Termingeschäfte festgesetzte Lieferungsqualität des Getreides wenig brauchbar sei und die für diese schlechte Qualität erzielten Preisnotierungen einen Preisdruck auf die besseren, im Effectivhandel umgesetzten Qualitäten ausüben; oder auch, daß kapitalistische Spekulanten, die in der Erwartung einer Preissteigerung Getreide auf Lieferung gekauft haben, vor dem Lieferungsstermin das Gekaufte auch bei sehr ungünstigem Preisstand verkaufen müssen, weil sie anders ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen können, und daß hierdurch bei ungenügendem Preisstand der Umfang des preisdrückenden Angebots noch besonders verschärft werde... diese und andere Einwände können unter Umständen vielleicht die Forderung einer Verschärfung der Börsenbestimmungen über den Terminhandel, aber doch nicht die Forderung des Verbots erklären!

Die populären, durchschlagenden, den agrarischen Massen allein verständlichen Argumente, mit welchen gegen den Terminhandel als solchen gedonnert wird, reduzieren sich in ihrem Kerne aber darauf, daß ein erhöhtes Angebot die Preise drücken müsse, daß aber die Terminbörse durch die große Masse ihrer, den zur Lieferung vorhandenen Getreidevorrath weit übersteigenden Verkäufe eine künstliche Erhöhung des Angebotes, also auch einen künstlichen Preisdruck des Getreides nothwendig erzeugen müsse. Eine lächerliche Vorstellung! Ebenso gut könnte man nämlich das umgekehrte behaupten, daß eine erhöhte Nachfrage die Preise erhöhe und daß die Terminbörse durch die große Masse ihrer den zur Lieferung vorhandenen Getreidevorrath weit übersteigenden Käufe eine künstliche Erhöhung der Nachfrage und damit eine künstliche Preissteigerung erzeugen müsse. Das eine ist genau so verkehrt wie das andere, denn die Vermehrung der Umsätze im Zwischenhandel läßt das Größenverhältnis von Angebot und Nachfrage, und nur dieses wirkt auf die Preisbildung bestimmend ein, ganz unbeeinträchtigt.

Es ist ein Windmühlentamp! Die Börse soll gestraft werden, weil die Preisbildung, die sich auf ihr unter dem Druck der Marktverhältnisse vollzieht, den Agrariern nicht gefällt. Der Terminspekulation

die doch nur innerhalb sehr enger gesteckter Grenzen die Preisbildung künstlich beeinflussen kann, und je nach den eingegangenen Engagements theils auf die Haufe, theils auf die Waiffe hinarbeitet, soll als der Verderberin der Preise Eingehalt gethan werden, gleich als ob sie die Preisbildung nach ihrer Laune kommandire, gleich als ob, sofern die Spekulation wirklich momentan die Preise künstlich zu beeinflussen vermag, die Festsetzung der Terminform eine Festsetzung dieser Macht der Spekulation selbst bedeuten würde! Die Durchführung des Terminverbotes beim Fortbestande der Produktenbörse hätte den

Getreideproduzenten nicht genügt, aber die Wendung, die der Streit nun durch die zeitweilige Auflösung der Produktenbörse selbst und die Einstellung ihrer Preisnotierungen genommen, kann ihnen sogar unter Umständen, wie sprachen bereits davon, ernstlich schaden.

Sofern das Verbot des Termingeschäftes ein Versuch mit ungeeigneten Mitteln ist, den agrarischen Zweck der Getreide- und Brodvertheuerung zu erreichen, ist die Arbeiterschaft in diesem Streite, rein wirtschaftlich gesprochen, nicht interessiert. Wie er sich auch wende, sie wird die Wirkungen davon am eigenen

Leibe kaum verspüren. Ganz anders freilich stellt sich die Sache vom politischen Standpunkt aus. Da bedeuten die Bestimmungen des Börsengesetzes über die Produktenbörsen einen neuen mächtigen Schritt vorwärts zur Diktatur der agrarisch-junkerlichen Interessen, und der von der Produktenbörse in Scene gesetzte Streit ist eine Probe, wie weit der Handel sich gegen die von diesen Interessen geleiteten Polizeieingriffe wirksam zur Wehre setzen kann. Wie die Dinge zur Zeit in Deutschland liegen, ist kein Zweifel, wohin politisch unsere Sympathien in dem Kampfe sich neigen müssen.

Lokales.

Von Arbeiterinnen der Silberkammer des königlichen Schlosses in Berlin ist an die Redaktion der in Stuttgart erscheinenden parteiunabhängigen Arbeiterinnen-Zeitung „Die Gleichheit“ eine Beschwerdeschrift folgenden Inhalts abgesandt worden:

Zur gefälligen Kenntnissnahme des Organs für die Interessen der Arbeiterinnen folgende Thatsachen, um deren Veröffentlichung ersucht wird. In den Kreisen der Arbeiterinnen der Silberkammer des königlichen Schlosses zu Berlin wird bittere Klage geführt über die Bedingungen, unter denen sie beschäftigt werden. Die effektive Arbeitszeit der Frauen beträgt pro Lohnstag 13 1/2 Stunden, exklusive 2 Stunden Pausen für Frühstück und Mittag. Die Arbeitszeit fängt früh 1/8 Uhr an und dauert bis nachts 12 Uhr. Der Lohn dafür beträgt täglich 2,50 M. Der Herr, der die Frauen für das Silberwaschen annimmt, erklärt beim Antritt der Arbeit: „Meine Arbeitszeit fängt um 1/8 Uhr früh an und dauert bis 12 Uhr nachts, wenn das nicht gefällig, der kann sich gleich melden, der braucht nicht erst anzufangen!“ Während der Zentenarfeier dauerte die Arbeit unabgebrochen Tag und Nacht und doch erhielten die Arbeiterinnen nicht mehr als den sonst für das schwere Silberwaschen üblichen Lohn. Bis vor einiger Zeit bekamen die Frauen außer dem Lohn bei Festlichkeiten etwas zu essen. Neuerdings ist das nicht mehr der Fall, dafür aber ist bei den in betracht kommenden Gelegenheiten Küchenpolizei angestellt worden. Seitens der in der königlichen Silberkammer beschäftigten Frauen wurde vor einiger Zeit eine Beschwerdeschrift an zuständiger Stelle eingereicht. Leider ist jedoch nicht in der erhofften Weise Abhilfe geschaffen worden. Die Arbeiterinnen sehen sich deshalb veranlaßt, den Weg der Öffentlichkeit zu beschreiten. Vielleicht bewirkt dieses Vorgehen, daß die zuständige Stelle Notiz von den Beschwerden der Frauen nimmt und nach Recht und Gerechtigkeit Wandel schafft. Außer Abstellung der bereits angedeuteten Mißstände wünschen die Arbeiterinnen dringend noch eins: das Aufhören der unwürdigen Behandlung, die sie seitens einzelner vorgelegter Personen erdulden müssen. Man bedenke die Länge und Schwere der Arbeit; man bedenke, wie unangenehm und gefährlich die Einatmung des sich verflüchtenden, scharfen Salznies ist. Man wird dann wohl verstehen, was die Frauen veranlaßt, ihrerseits diese „Furcht in die Öffentlichkeit“ zu unternehmen, nämlich die Hoffnung, daß ihre Klagen endlich Gehör finden.

Für die Wichtigkeit der dargelegten Thatsachen haben eine größere Zahl von Arbeiterinnen der Silberkammer des königlichen Schlosses zu Berlin mit ihrem Namen sich verbürgt. Der aus dem „Vorwärts“ die Fälle von Sabbathschändung kennt, die Arbeiter an dem königlichen Schlosse vor einigen Jahren begeben mußten, der wird sich über die in der parteiunabhängigen Zeitschrift veröffentlichten Mißstände kaum noch wundern.

Ueber die von der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalt Berlin geplanten und von den Organen der Anstalt im Prinzregentenspark erbauten Neubauten erfahren wir von zuständiger Seite, daß es sich in erster Linie um einen Erbauung für das Sanatorium Ostergoß handelt, welches andauernd überfüllt ist und den aus der Arbeiterschaft gestellten Anträgen wegen Raummanget nicht zu genügen vermag. Es soll deshalb ein allen Erfordernissen der Neuzeit entsprechender Bau für ca. 200 Betten aufgeführt werden. Das Sanatorium Ostergoß soll gleichwohl erhalten bleiben und für weibliche Kranke eingerichtet werden, da sich für diese das Bedürfnis nach einer besonderen Einrichtung immer fühlbarer macht. Bei der geplanten Heilstätte für Jungenkranke handelt es sich bekanntlich zunächst nur um einen, wenn auch mit vollkommensten Mitteln zu unternehmenden Versuch. Der Vorstand hat in seiner diesbezüglichen Vorlage den Ausschuss ausdrücklich auf die unserer Ansicht nach recht unangebrachten Bedenken hingewiesen, welche nach seiner Ansicht der Errichtung solcher Heilstätten entgegenstehen. Der Umfang der Heilstätte wird daher vorerst nur ein geringer sein und es wird von den gemachten Erfahrungen abhängen, ob für spätere Zeit größere Anlagen geschaffen werden sollen.

Aus Anlaß einer Petition von einer großen Zahl von Anwohnern der Potsdamerstraße, während des Neubaus der Straße dieselbe nicht gleichzeitig in der ganzen Breite herzustellen und dadurch den ganzen Verkehr in dieser Straße zu sperren sowie die mögliche Verschleimung der Arbeiten herbeizuführen, hat das Magistratskollegium beschlossen, zunächst die eine Hälfte und nach Vollendung derselben die andere Hälfte fertigstellen zu lassen, sowie durch Verlängerung der Arbeitszeit und durch eine bessere Mischung der Betonmasse, welche ein schnelleres Trocknen derselben bewirken soll, eine Abkürzung der auf 10 Wochen berechneten Frist um 2 bis 3 Wochen zu erlangen. Die Mehrkosten von circa 3000 M., welche hierdurch verursacht werden, sollen nur aus städtischen Mitteln gedeckt werden.

Zu Radfahrerkreisen werden, wie man uns berichtet, lebhaft Klagen laut über die Behandlung, welcher ihre Fahrzeuge bei der Beförderung mit der Eisenbahn ausgesetzt sind, Klagen, die um so berechtigter sind, weil die Eisenbahnverwaltung es ablehnt, für auf dem Transport beschädigte oder gar unbrauchbar gewordene Fahrräder Schadenersatz zu leisten. Zunächst fehlt es wohl an allen Bahnhöfen an einem geeigneten Aufbewahrungsorte für die aufgegebenen Fahrräder. In den Gepäckwagen ließe sich mit Leichtigkeit und ohne nennenswerthe Gebührensabgaben eine Vorkehrung treffen, welche es ermöglicht, ein Rad neben das andere zu stellen. Statt dessen werden die Räder im Wagen übereinander gestapelt, so daß sich die Pedale des einen Rades in die Speichen des anderen Rades verwickeln. Am Bestimmungsorte werden alsdann die Räder mit Festigkeit auseinander gerissen, so daß wesentliche Theile zerbrochen oder verbogen werden und ein solches Rad bei dem angetretenen Ausfluge nicht mehr zu benutzen ist. Sehr viele Eisenbahn-Unterbeamte lassen beim Aus- und Einladen jedwede Vorsicht vermissen, so daß es den Anfahrern gewinnlos, als sei für sie die Beförderung der Fahrräder eine unangenehme Last und als ob sie sich an den Fahrzeugen rächen wollten wegen ihrer Befähigung. Häufig war ein Radfahrer Zeuge, als der dienstherrschende Gepäckträger sein Rad beim Abwiegen von der Waage fallen ließ, so daß es zerschellte. Der Geschädigte verlangte dafür von der Eisenbahnverwaltung Schadenersatz, wurde aber damit kurzer Hand abgewiesen. Schon heute benutzen die Radfahrer sehr häufig die Eisenbahn, um sich und ihr Rad ein Stück von Berlin entfernen zu lassen und erst weit draußen dem Radel sport obzuliegen; sie würden jedenfalls die Eisenbahn zu diesem Zwecke noch viel mehr benötigen, wenn irgend welche Garantie dafür gegeben würde, daß sie ihr der Bahn anvertrautes Rad in unbeschädigtem Zustande wieder in Empfang nehmen könnten. Die Eisenbahnverwaltung würde nur in ihrem eigenen Interesse handeln, wenn dieselbe durch geeignete Anstreichung ihres Personals auf die Befestigung der beschlagnahmten Mißstände hinwirken würde.

Neue Konkurrenz gegen die Paketfahrt-Gesellschaft. Die Eintragung der Neuen Berliner Privatpost-Gesellschaft G. m. b. H. „Merkur“ soll dieser Tage erfolgen. Die neue Gesellschaft übernimmt Betriebsförderung, Gilpost und Paketexpedition und verfügt über ein Betriebskapital von 500 000 M. Die verflorenen Privatpost hatte mit einem über doppelt so großen Betriebskapital begonnen.

Arbeiter-Sanitätskommission. Wir erhalten folgende, vom 24. Juni datirte Zuschrift: In Ihrer heutigen Nummer findet sich ein Aufsatz, überschrieben Arbeiter-Sanitätskommission. Das, was Sie anstreben, findet meine vollständige Billigung. Es kann nur von Vortheil sein, wenn Schäden, die sich in sanitärer Hinsicht zeigen, bloßgelegt werden und auf Abhilfe gedrungen wird. So sehr wie ich solche Bestrebungen unterstütze, eben so scharf muß aber daran jede Oberflächlichkeit und ungenaue Darstellung gelabelt werden. Sie schreiben, Strelitzerstraße 58 sollen sogar bis 90 Menschen aus dem Hinterhaus auf zwei Klosets angewiesen sein; Arbeiter und Arbeiterinnen aus der dort befindlichen Tapetenfabrik von Leipzig müssen infolge dessen länger draußen stehen und warten. Wie Sie aus dem Kopf meines Briefes ersehen, liegt meine Fabrik im Hause Nr. 60 und nicht Nr. 58, auch beschäftige ich laut Lohnliste nur 57 Leute. Außerdem befinden sich für die Arbeiter fünf Klosets auf dem Hinterhofe, während vom Hinterhause nur eine einzige Person diese benutzt. Ich bitte um eine ausführliche Verichtigung und empfehle, der Arbeiter-Sanitätskommission in gründlicher Weise größere Genauigkeit in ihren Angaben einzuschärfen. Hochachtungsvoll Emil Diepmann, Strelitzerstr. 60.

Die neue Telegraphenordnung. Eine mit dem 1. Juli d. J. in kraft tretende Telegraphenordnung für das Deutsche Reich ist auf grund der Reichsverfassung unter dem 9. Juni d. J. vom Reichskanzler erlassen und amtlich publiziert worden. Der wichtigste Abfah dieser neuen Telegraphenordnung ist der dritte, welcher von den allgemeinen Erfordernissen der zu befördernden Telegramme handelt; in demselben heißt es:

Die Urschrift jedes zu befördernden Telegramms muß in solchen deutschen oder lateinischen Buchstaben bzw. in solchen Zeichen, welche sich durch den Telegraphen wiedergeben lassen, leserlich geschrieben sein. Einschaltungen, Randzuthate, Streichungen oder Ueberschreibungen müssen vom Aufgeber des Telegramms oder von seinem Beauftragten bescheinigt werden. Der Absender eines Privat-Telegramms ist verpflichtet, auf Verlangen der Aufgab-Anstalt sich über seine Persönlichkeit auszuweisen. Andererseits steht es ihm frei, in sein Telegramm die Beglaubigung seiner Unterschrift aufnehmen zu lassen. Die einzelnen Theile eines Telegramms müssen in folgender Ordnung angeordnet werden: 1. Die besonderen Angaben, 2. die Aufschrift, 3. der Text und 4. die Unterschrift.

Die etwaigen besonderen Angaben bezüglich der Befestigung am Bestimmungsorte, der bezahlten Antwort, der Empfangsanzeige, der Dringlichkeit, der Vergeltung, der Nachsendung, der Weiterbeförderung, der offenen oder der eigenhändigen (nur an den Empfänger selbst zu bewirkenden) Bestellung des Telegramms etc. müssen vom Aufgeber in der Urschrift, und zwar unmittelbar vor der Aufschrift niedergeschrieben werden.

Für diese Bemerkte sind folgende, zwischen Klammern zu setzende Abkürzungen zugelassen: (D) für „bringend“, (RP) für „Antwort bezahlt“, (RPx) für „Antwort bezahlt x Wörter“, (RPD) für „bringende Antwort bezahlt“, (RPDx) für „bringende Antwort bezahlt x Wörter“, (TC) für „Vergeltung“, (PC) für „Telegramm mit telegraphischer Empfangsanzeige“, (PCP) für „Telegramm mit Empfangsanzeige durch die Post“, (Ps) für „nachsendend“, (PR) für „Post eingeschrieben“, (XP) für „Eilbote bezahlt“, (RXP) für Antwort und Bote bezahlt“, (RO) für offen zu bestellen“, (MP) für „eigenhändig zu bestellen“, (TR) für „telegraphenlagernd“, (PG) für „postlagernd“, (PGR) für „postlagernd eingeschrieben“, (TMx) für „x Aufschriften“.

Ein das Brandunglück in der Schering'schen Fabrik, bei welchem ein Theil der Schchemannschaften durch Einatmen giftiger Gase lebensgefährlich erkrankte, erinnert eine Mittheilung, welche Sanitätsrath Dr. Künne vom städtischen Krankenhaus in Eberfeld in einem hiesigen Fachblatt über eine Wasservergiftung von Feuerwehrlenten durch Dämpfe von rauchender Salpetersäure macht. Vor kurzem brach auf einem Hofe einer dortigen Farbenfabrik, auf dem eine große Menge Ballons mit rauchender Salpetersäure lagerten, Feuer aus. Die Ballons plähten und es fand eine massenhafte Entwicklung von Dämpfen der rauchenden Salpetersäure statt. Die Schchemannschaften waren infolge der giftigen Dampfenentwicklung immer nur wenige Minuten im Stande, anzuharren; sie verspürten alsbald heftigen Hustenreiz, Beklemmung, Uebelkeit und Erbrechen sowie Kopfschmerzen. Aber erst geraume Zeit später nach anfänglicher Besserung, traten plötzlich schwere Krankheitserscheinungen auf, welche bei Zweien rasch zum Tode führten. Die Uebrigen mußten das Krankenhaus aufsuchen, wo man eine ausgeprägte Vergiftung feststellte. Erst ganz allmählig besserte sich ihr Zustand. Hier wie bei dem Brande in der Schering'schen Fabrik zeigte sich also die Gefährlichkeit solcher anstehenden Gase, deren Natur um so mehr zur Vorsicht mahnt, als in beiden Fällen die schweren Krankheitserscheinungen verhältnismäßig spät auftraten. Es ist also stets beizugehen an die Beschaffung ärztlicher Hilfe zu denken.

Die Gasfischerei für die Fernsprechanlagen. Durch einen an sich geringfügigen Brand in dem Fiedler'schen Restaurant, Rosenhalerstr. 4, bei dem außer der Telephonzelle nur einige Lambrequins und Fensterläden zerstört wurden, ist die Frage wieder angeregt worden, wer für die Fernsprechanleitung und den Telephonapparat, die durch Feuer zerstört werden, der Postverwaltung gegenüber haftpflichtig ist. In den seit dem Jahre 1889 gültigen „Verordnungen“ ist, was fast in allen Fällen übersehen wird, ausdrücklich angegeben, daß der Teilnehmer für alle vorsätzlichen oder fahrlässigen Beschädigungen haftbar, außerdem aber verpflichtet ist, Apparate und Leitungen innerhalb der Grenzen des betreffenden Gebäudes gegen Feuergefahr zu versichern und für jeden Brandschaden auszukommen. Aber auch nach den alten Kontrakten sind die Fernsprech-Teilnehmer in dieser Hinsicht stets in Anspruch genommen worden. Ein jeder Apparat ist einschließlich der Leitung mit 115—120 M. zu versichern.

Die Kinder der Wüste vor der Berliner anthropologischen Gesellschaft. Am Mittwoch Mittag fanden sich die Mitglieder der Anthropologischen Gesellschaft mit ihren Damen im Passage-Panoptikum ein, um einer Sondervorstellung der neuen ethnographisch so interessanten Truppe beizuwohnen; auch Professor Rud. Virchow war erschienen. In hohem Maße gefesselt wurde die Aufmerksamkeit der geehrten Herren durch die unheimliche Flammenorgie der fanatischen Dervische, welche ihre schwarzen Gliedmaßen mit einem gewissen Behagen den lodernen Flammen aussetzten. Auch die eigenartige Kunst der Bauchtänzerinnen fand volle Beachtung; besonderen Eindruck machten die Produktionen der marokkanischen Schlangenbeschwörer, welche, durch die Anwesenheit der berühmten Gelehrten angezogen, einen besonderen Stolz darin setzten, die Gefährlichkeit ihrer giftigen Reptilien zu zeigen. Einer von ihnen ließ sich von einer Viper, deren Bissjähre er vorher gezeigt, sogar in die Hand beißen. Die Gesellschaft folgte der geschickt arrangierten Vorstellung mit ungeheurer Aufmerksamkeit und freudete sich mit den braunen Gestalten schnell an. Professor Virchow beabsichtigt, demnächst genauere Untersuchungen einzelner Truppenmitglieder im Passage-Panoptikum vorzunehmen.

Zwei Schellacksteine im Magen hatte ein 55-jähriger Studant, dessen Krankengeschichte Dr. Vonnegut in der „Deutschen medicin. Wochenschrift“ mittheilt. Derselbe hatte die Angewohnheit, seiner Verlangen nach Spirituosen dadurch zu stillen, daß er während seiner Thätigkeit in einer Porzellanfabrik verschiedentlich von dem hochspiritus trank, welchen er zum Lackiren gebrauchte. Seit einer Reihe von Jahren litt er nun an allerlei Magenbeschwerden; bald

bemerkte er auch in der Magenregion eine Geschwulst, die er bei stärkerem Drucke leicht hin und her bewegen konnte. Nach mehrfachen Besserungen des Befindens kam der Patient schließlich doch so sehr herunter, daß man den Magen öffnete, um die Ursache des Uebels festzustellen. Dabei fand man zwei mehr als faustgroße Schellacksteine im Gesamtgewicht von 650 Gramm. Die Operationswunde heilte glatt zu und der Patient war alsbald, nachdem er von dem unverdaulichen Mageninhalt befreit worden war, hergestellt. Mitunter rührt übrigens die Bildung von Schellacksteinen von der Politar her, wie sie Tischler gebrauchen; diese Politar besteht zum größten Theil aus Spiritus-Schellacklösung. Der Spiritus wird im Magen aufgefogen, während sich der Schellack niederschlägt und zur Steinbildung Anlaß giebt.

Wegen wiederholter Soldatenmißhandlung ist der Sergeant Scharnweber von der 8. Kompanie des 3. Eisenbahn-Regiments in Untersuchungshaft genommen worden. Der Verhaftete ist erst im vorigen Jahre wegen Mißhandlung eines Untergebenen bestraft worden.

Die Meldung, daß Jirkus Reuz in den nächsten Jahren nicht nach Berlin kommt, bestätigt sich. Am gestrigen Tage ist zwischen Herrn Franz Reuz und den Direktoren des Olympia-Theaters, den Herren Hermann Freund-Halber und L. Säger, ein Vertrag geschlossen worden, laut welchem der erstere den letzteren seinen Jirkus auf eine Reihe von Jahren verpachtet. Der Jirkus wird für die Zwecke des Olympia-Theaters umgebaut werden und es dürften die Bauarbeiten bereits im Oktober d. J. fertiggestellt sein. Das Bühnenpersonal des Olympia-Theaters, welches zur Zeit in Brüssel Wolosky Kraly's „Orient“ aufführt, kehrt Anfangs Oktober nach hier zurück.

Im Besitz eines von der Kriminalpolizei festgenommenen Einbrechers wurde ein antiker, sehr werthvoller goldener Ring, welcher mit einer von sechs Perlen umgebenen ovalen kleinen Gemme, anscheinend einen Mädchenkopf darstellend, versehen ist, ferner eine alte silberne Herren-Hülinderuhr mit der Nummer 9878 vorgefunden. Die etwaigen Eigentümer wollen sich während der Vormittagsstunden auf dem Polizeipräsidium Zimmer 36 einfinden.

Vor den Augen vieler Menschen ist am Donnerstag Nachmittags um 4 Uhr der 8-jährige Sohn Kurt des Tischlers Marunde aus der Klosterstraße 88 ertrunken. Der Knabe spielte mit mehreren anderen Kindern auf der kleinenen Ladebrücke am Landwehrkanal vor dem Hause Kottbuser Ufer 24 und badete sich die Füße. Plötzlich rief ein Junge, der auf der Böschung spielte: „Ein Schuhmann kommt!“ Die Knaben rannten nun alle die Treppe hinauf, als lechter Kurt Marunde. Der Kleine ist wohl mit seinen nassen Füßen ausgerutscht und fiel in den Kanal. Man sah ihn noch einmal hochkommen, dann sank er wieder unter und blieb verschwunden. Da nur Frauen und Kinder Zeugen des Vorfalls waren, so traute sich niemand in das Wasser hinein. Erst nach einer geraumen Zeit kam ein Schiffer mit einem Handfahne dazu; seine Nachforschungen blieben jedoch erfolglos. Die Leiche ist bis jetzt nicht gefunden.

Ein recht plumper Schwindel ist dieser Tage in einem Lokal in der Pappel-Allee versucht worden. Zwei anscheinend geliebte Männer erboten sich, dem Wirthse Klageschriften gegen säumige Zahler anzufertigen. Sie verlangten aber 20 M. Kostenvorschuss. Es versteht sich, daß der Restaurateur auf dieses Angebot nicht hineinfiel. Da die Leute ihr Geschäft professionsmäßig zu betreiben scheinen, ist eine öffentliche Warnung aber immerhin angebracht.

Restaurateur und deren Gäste hat ein früherer Uhrmachergebilde dadurch geschädigt, daß er angeblich behufs Reparatur sich Uhren einhändigen ließ, dieselben aber dann zu seinem Nutzen verlehrt oder verkaufte. Der Thäter, welcher bisher die Rüge eines Eisenbahnbeamten, blaue Zoppe, sowie schwarze Beinkleider mit rothen Hosen trug und sich als Telegraphist der Königl. Potsdamer Bahn vorstellte, hat derartige Betrügereien anscheinend in einer größeren Anzahl noch nicht ermittelter Fälle verübt. Er ist am 24. d. M. verhaftet worden. Personen, welche durch ihn geschädigt worden sind, wollen sich auf dem nächsten Polizeibureau oder in den Vormittagsstunden bis 12 Uhr auf Zimmer 95 im Erdgeschoß des Königl. Polizeipräsidiums, Eingang IV, melden.

Ein doppelter Mord und ein Selbstmordversuch sind unter erschütternden Umständen gestern, Freitag, in Pankow verübt worden. Die 31 Jahre alte Frau des Malermeisters Schimpe, Marie, geb. Nordmann aus der Florstr. 42 hat ihre beiden 4 und 2 Jahre alten Söhne Walter und Billy mit einem Dolchmesser abgeschlachtet und sich dann selbst den Hals durchschnitten, ohne sich tödtlich zu verletzen. Der Thatbestand des schauerlichen Dramas ist im einzelnen folgender: Der Malermeister Schimpe baute sich vor etwa zwei Jahren das Haus Florstr. 42 und wurde damit ein Opfer der Spekulation. Er konnte das Haus nicht halten und seit einem Jahre gehört es Herrn Chaim von der Firma Chaim u. Oskil in der Neuen Friedrichstraße Nr. 76. Die Familie Schimpe blieb im Hause wohnen; da sie aber keine Miete bezahlte, so sollte sie exmittirt werden. Der Gerichtsvollzieher Kleist war schon vor einigen Tagen in der Wohnung gewesen, um die Entfernung der Familie einzuleiten. Schon damals erklärte ihm Frau Schimpe, sie werde das Haus nicht lebend verlassen, ehe er werde sie mit ihren Kindern in den Tod gehen. Gestern Nachmittag um 10 Uhr kam Kleist wieder. Schimpe war nicht zu Hause. Seine Frau rief schon vom Balkon aus dem Gerichtsvollzieher entgegen: „Ach, jetzt sollen wir wohl ziehen!“ In furchtbarer Aufregung ließ sie dann den Beamten in die im ersten Stock gelegene, aus drei Zimmern und Küche bestehende Wohnung ein, erklärte ihm aber nochmal, daß sie sie lebend nicht verlassen werde. Kleist begab sich nun zunächst zum Amtsvorsteher, um polizeiliche Hilfe zu holen, und suchte dann nach Schimpe selbst, den er aber nicht fand. Als er dann in die Wohnung zurück kehren wollte, fand er die Thür verschlossen und Frau Schimpe weigerte sich, sie zu öffnen. Dem Gerichtsvollzieher blieb nun nichts anderes übrig, als sich einen Schloffer holen zu lassen, der die Thür gleichsam aufbrechen sollte. Während der Schloffer bei der Arbeit war, wurde Kleist mitgetheilt, daß Schimpe unten auf der Straße vor dem Hause angekommen sei. Er ging ihm entgegen, um ihm gut zuzureden, der erregte Mann griff ihn aber sofort tödtlich an. Als Schimpe sich einermäßen beruhigt hatte, ging er mit Kleist zur Wohnung hinauf. Zwei Gemeindefeldweibeamte und ein Gendarm folgten ihnen. Sobald Schimpe sah, daß die Wohnungstür verschlossen war und ein Schloffer daran arbeitete, sie zu öffnen, wurde er wieder sehr erregt und griff den Gerichtsvollzieher abermals an, der nun die Hilfe der Polizeibeamten in Anspruch nehmen mußte. Während diese sich anschickten, ihn abzuführen, nahm Schimpe einen Schlüssel aus der Tasche, schlug damit auf die Beamten ein und verlehrt einen an der Stirn. Da er in Toibucht verfiel, so mußte er von den Beamten in eine Irrenanstalt zu Pankow gebracht werden. Niemand ahnte, was für ein entsetzlicher Vorgang sich unterdessen in der Wohnung zugetragen hatte. Nachdem der Schloffer die Thür für die Frau Schimpe auch noch mit der Sicherheitstaste festgelegt hatte, endlich geöffnet hatte, fand man auch die innere Thür zur Wohnung verschlossen. Hier fand man in der guten Stube, nicht weit von einander entfernt, die beiden Knaben in ihrem Blute schwimmend. Die Mutter hatte ihnen mit einem haarscharfen Dolchmesser den Hals bis auf den Wirbel abgeschritten und sie dann, wie Opfer auf der Schlachtbank, auf dem Fußboden liegen lassen. Frau Schimpe selbst fand man in halb liegender, halb sitzender Stellung lebend auf dem

Sopha; sie hatte sich mit demselben Messer, mit dem sie die Kinder getödtet, die Gurgel durchgeschnitten.

Am Fahrstuhl Verunglückt ist am Freitag Morgen um 8 Uhr der 25jährige Arbeiter Hermann Przypale aus der Federstraße 2 zu Neu-Weissenhof. Er gerieth in der Zentral-Markthalle in das Getriebe des Fahrstuhles, den er bediente, und quetschte sich den linken Fuß so hart, daß ein Schuhmann der Markthallen-Polizei den Verunglückten in ein Krankenhaus bringen mußte.

Durch einen Sturz aus dem Fenster tödtete sich am Donnerstag Nachmittag um 4 1/2 Uhr auf dem Grundstück Zegelerstraße 5 ein junges Mädchen, das dort nicht wohnte. Die Persönlichkeit ist festgestellt als die der 21 Jahre alten unverheirateten Anna Wehler, die in einer Luruspapierfabrik beschäftigt war und in der Selterstraße 2 bei ihrer Mutter wohnte. Das unglückliche Mädchen hat vor einiger Zeit einem Kinde das Leben gegeben; die Sorgen um die Zukunft mag sie zu dem furchtbaren Entschlusse getrieben haben.

Aus den Nachbarorten.

Nixdorf. Achtung! Der Verein der Buchdrucker und Schriftsetzer für Nixdorf-Brick (Verband deutscher Buchdrucker) feiert am 4. Juli in den Victoria-Sälen sein Jubiläum. Der Verein macht die Nixdorfer Arbeiter, die sich daran beteiligen wollen, darauf aufmerksam, daß das am 27. d. M. in demselben Lokale geplante Jubiläum mit dem „Gutenberg-Bund“ mit dem besten erwählten Ortsvereine Nixdorf, Verband deutscher Buchdrucker, durchaus nicht gemein hat.

Zu der letzten Sitzung der Nixdorfer Gemeindevertretung erfolgte zunächst die Einführung der neu gewählten Gemeindevorordneten darunter Genosse Keller. Der Vorsitzende, Schöffe Weigand theilte sodann mit, daß die Errichtung einer Gemeindegeldsparkasse von der Regierung genehmigt sei. Eine weitere Mitteilung ging dahin, daß der Schulvorstand die von der Gemeindevertretung beschlossene Errichtung von Schul-Bräusebädern abgelehnt habe, weil er von denselben eine Störung des Unterrichts und sanitäre Nebensände befürchtet; letztere sollen darin bestehen, daß man nach dem Baden die Fenster des Schulzimmers nicht öffnen könnte. Die Angelegenheit soll nunmehr der Regierung zur Entscheidung unterbreitet werden. — Der Finalabschluss der Gemeindefälle pro 1896/97 hat einen Ueberschuß von 83 500 M. ergeben. — Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf die Stadtrechtfrage, über welche Schöffe Bäcker einen eingehenden Bericht erstattete, in welchem er zu dem Schluß kam, daß Nixdorf am besten thue, dem Beispiele Schönebergs schleunigst zu folgen, damit es endlich die Fesseln des Kreises abstreifen könne. Er beantragte daher, die Verleihung städtischer Verfassung nachzusuchen und die bezüglichen Verhandlungen mit dem Kreise einzuleiten. Genosse Thomä unterläßt den Antrag, weil auf eine Einverleibung der Vororte in Berlin in den nächsten Jahren doch nicht zu rechnen sei. Der Antrag wurde mit allen gegen 2 Stimmen angenommen. — Infolge eines Antrages unseres Genossen Thomä auf Errichtung von Bedürfnisanstalten schlägt die mit Prüfung der Frage betraute Kommission vor, auf dem Kirchplatz, in der Bergstraße und an der Ecke der Hermann- und Thomaststraße je eine Anstalt nach Berliner Muster aufzustellen. Der Antrag der Kommission wurde hierauf angenommen. — Der Abbereiber Jettich in Brick treibt auf seinem an der Brick-Nixdorfer Grenze belegenen Grundstück seit mehreren Jahren ohne Konzession eine Häute-Einsalzerei sowie einen Kaschadesinfektor, welche beide Anlagen den ganzen nach Brick zu begehenden Ortsteil verpesten. Jetzt hat Jettich endlich die Konzession nachgesucht, doch haben circa 500 Einwohner gegen deren Ertheilung beim Kreis-Anschuß Einspruch erhoben. Ein Antrag des G. B. Dr. Zimmmer geht nun dahin, daß die Gemeinde Nixdorf sich dem Protest anschließen möge. Der Antrag wird, soweit noch ausführbar, angenommen. — Mit dem Besitzer der Nixdorfer Volks-Vadeanstalt sollen Verhandlungen gepflogen werden, welche im Auge haben, den Gemeindefällern billige Badekarten resp. Freikarten zu verschaffen; die Gemeinde will dafür eine Entschädigung bis zu 500 M. bewilligen.

Den Parteigenossen von Weissenhof zur Nachricht, daß die nächste Versammlung, da in Weissenhof keine Vereinsversammlung stattfindet, am Montag Abend 8 1/2 Uhr im Lokal des Herrn Janide (Paradiesgarten), Wilhelmstraße, mit folgender Tagesordnung abgehalten wird: Vortrag des Genossen Hoffmann über die moderne Ehe. Diskussion. Verschiedenes. Der Abmarsch der Parteigenossen von Weissenhof erfolgt gemeinsam und zwar um 8 Uhr von Müller, Königs-Gasse 88, und um 8 1/4 Uhr von Lorrer, Stroßburgerstraße 50. Am zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht: Im Auftrage: G. Penkert.

Eberswalde. Die zum Sängerefest am 27. Juni nach hier kommenden Genossen machen wir besonders auf unsere Lokalliste, speziell auf das der Arbeiterschaft zur Verfügung stehende Gartenlokal zur Mühle aufmerksam.

Dem Konsortium der südlichen Vorortbahn (Baumeister Oph-Tempelhof und Regierungsbaumeister Birnbaum-Berlin) ist jetzt vom Berliner Magistrat für die Hauptlinie der Bahn, welche in Berlin durch die Bellealliancestraße, über den Blücherplatz und durch die Blücherstraße führen soll, die Genehmigung erteilt worden. Von den besonderen Forderungen des Magistrats ist namentlich die eine hervorzuheben, daß eine Abzweigung der Hauptlinie von der Kreuzbergstraße durch die Rahbachtstraße über das Tempelhofer Feld bis zu den Kasernen der Eisenbahn-Brigade und den neuen Landwehr-Dienstgebäuden geht. Das Konsortium der Bahn hat sich sofort bereit erklärt, die Zweiglinie einzurichten.

Schulverhältnisse im Oderbruch. In dem Dorfe Neuenhagen im Oderbruch werden 310 Kinder von 2 Lehrern in 2 Schulzimmern „unterrichtet“. Natürlich reichen die beiden Schulräume zur gleichzeitigen Aufnahme der 310 Kinder bei weitem nicht aus, und so ist denn der eine Lehrer nothgedrungen auf das probate Ausleihmittel verfallen, die unteren Abtheilungen abwechselnd vom Schulunterricht fernzuhalten. Die aus Ziegeleibeshern und reichen Grundbesitzern bestehende Gemeinde sträubt sich mit allen Kräften, das Geld zum Bau eines neuen Schulhauses zu bewilligen.

Bei den Kanalarbeiten in Spandau wird im Vertrauen auf das vorhandene „überflüssige“ Menschenmaterial mit üblicher Sparsamkeit gewirtschaftet. Infolge dessen ist es dieser Tage zu einem Konflikt gekommen. Ein Theil der dort beschäftigten Erdbarbeiter verlangte nämlich eine Lohnausbesserung und stellte, als diese nicht bewilligt wurde, die Arbeit ein. Allerdings haben die Arbeiter aus ihrer Handlungsweise materielle Vorteile nicht gezogen, denn es giebt ja hungernde Proletarier im Ueberfluß, sobald ihre Stellen sofort wieder besetzt wurden, jedenfalls aber verdient auch dieser Protest gegen die Ausbeutung volle Anerkennung.

Kunst und Wissenschaft.

— Im **Leffing-Theater** hat die Aufführung der „Gaiße“ am Donnerstag eine recht beträchtliche Veränderung erfahren. Die Rolle der Mimosa, die eigens für die kleine Mia Weber fabrizirt zu sein schien, ist von einer anderen Künstlerin gegeben worden. Fräulein Melante André kann auf das wesentliche Prädikat der kleinen Mimosa zwar keinen Anspruch machen, dafür bringt sie aber eine wohlgeschulte Stimme mit auf die Bühne, eine Stimme, deren Kluge, wohlüberdachte Anwendung im Verein mit einem fast gemüthvoll zu nennenden Spiel das Publikum bald zum Beifall anregt. Dem entsetzlich trodnen und nüchternen Text, der in schreiendem Widerspruch zu den lieblichen Melodien der englischen Operette steht, wußte Fräulein André Leben und Farbe zu geben, und das will immerhin schon etwas bedeuten. Im übrigen war die Besetzung die alte. Daß der Zuschauertraum am Johannisstage weite Lücken zeigte, wird niemanden wundern.

— Die „**Neue Freie Volksbühne**“ bringt am Sonntag, den 27. Juni, nachmittags 2 1/2 Uhr im Friedrich Wilhelm-

städtischen Theater V. Sardon's „**Der letzte Brief**“, Lustspiel in 3 Akten, zur Aufführung. Die Regie hat Herr Franz Heid. Die Hauptrollen sind besetzt durch die Damen Frä. Herr, Frä. Keller, Frau Wismar und Frä. Fey, sowie durch die Herren Postanast, Bauer und Heid. Es wird dies die letzte Vorstellung in dieser Saison sein. Das Spieljahr des Vereins nimmt erst wieder im September seinen Anfang; man gedenkt dann eine Novität zu bringen.

— In **Magdeburg** soll neben einer Unfallsversicherung auch noch eine Steuer auf Theaterbillets vom 1. Juli an zur Einführung gelangen. Die betreffenden Steuerordnungen sind von den Ministern der Finanzen und des Inneren zunächst bis Ende Juli 1898 genehmigt. Seither bestand nur in Frankfurt a. M. eine Theaterbilletssteuer, aber nicht als kommunale Abgabe, sondern nur zur Tilgung einer großen, auf dem dortigen Stadttheater ruhenden Hypothek. Jetzt ist also Magdeburg die erste Stadt, in der Theaterbillets versteuert werden. Es beträgt die Steuer auf eine Eintrittskarte zu Plätzen mit einem gewöhnlichen Kassenpreis a) von 2 Mark und mehr: 10 Pfennigen, b) von mehr als 50 Pfennigen bis einschließlich 2 M.: 5 Pf. Eintrittskarten zu Plätzen mit einem Kassenpreis von weniger als 50 Pf. sind steuerfrei. Die Steuer von Einzelkarten, Zehnendarten etc. wird bei der Ausgabe eingezogen. Ueber die an jedem Tage entgeltlich oder unentgeltlich ausgegebenen Eintrittskarten aller Art ist eine Nachweisung, also ein sogenannter Kassenbericht nach dem vom Magistrat vorgeschriebenen Muster zu führen. Dieser tägliche Kassenbericht ist an dem auf den Vorstellungstag folgenden Werktag bis spätestens nachmittags 4 Uhr beim Magistrat in zwei Exemplaren einzureichen, wovon das eine, mit Festschlagvermerk versehen, bebüß Entrichtung der Steuer in der Steuerkasse alsbald zurückgegeben wird. Unentgeltlich ausgegebene Eintrittskarten, Freibillets, Postpartous etc. sind nur, soweit sie auf den Namen ausgestellt, unübertragbar, als solche bezeichnet und mit dem Magistratsstempel versehen sind, von der Steuer befreit.

— **Emmanuel Reicher** wird vom Herbst ab am Stern'schen Konservatorium als dramatischer Lehrer wirken.

— Das Aufführungsrecht von Riegl's Oper „**Der Evangelimann**“ für Joliten ist von der Malländer Verlagsfirma Ricordi erworben worden.

Literarisches.

Der 1897er Jahrgang des **Statistischen Jahrbuchs** für das Deutsche Reich ist soeben erschienen. Er enthält in kurzen Tabellen die wichtigsten Nachrichten über Bevölkerung, Gewerbe, Handel, Verkehr, Finanz, Krieg, Justiz, Medizinal-, Versicherungswesen u. s. w. In dem Abschnitt über die Bevölkerung findet sich eine Anzahl von Tabellen, die die Ergebnisse der Bevölkerungszählung von 1895 enthalten; ferner ist in dem Abschnitt über das Justizwesen die Konkursstatistik neu bearbeitet und in den Abschnitten über das Medizinalwesen sind Tabellen über die Zahl der Ärzte, Zahnärzte und Apotheken einseitig. Auch die Angaben über die Invaliditäts- und Altersversicherung, die Lebensversicherung und die Brauntobackerei sind vielfach vervollständigt. Fortgelassen sind dagegen Tabellen über die Anbauflächen, den Fortbestand, die jugendlichen Fabrikarbeiter, den Postverkehr und Dampfschiffsverkehr mit dem Schutzegebiete und über die Marktpreise. Reichhaltig sind in dem neuen Jahrgange die Kartenbeilagen; sie betreffen Anbau von Roggen, Weizen, Kartoffeln und Zuckerrüben, ferner die Kriminalität der Bevölkerung nach Geschlecht und Alter.

Gerichts-Beilage.

Zweifelverweigerung oder Kaufmann contra Amtsrichter. Aus Hamburg wird uns vom 24. Juni berichtet: Eine interessante Klage wurde heute vor der Strafkammer I des hiesigen Landgerichts verhandelt. In der Abtheilung XII des hiesigen Amtsgerichts, deren Vorsitzender der Amtsrichter Dr. Paul Abraham ist, wurden in den Jahren 1895 und 1896 gegen den Kaufmann Rudolf Zeichmann verschiedene Zivilprozesse anhängig. In einer Prozeßsache gegen Zeichmann, in der schon wiederholt Termine stattgefunden hatten, fand auch am 12. Oktober vorigen Jahres ein Termin statt, zu dem Zeichmann, einer früheren Verfügung des Amtsrichters entsprechend, eine Anklage und eine Aufstellung über Geldangelegenheiten beibringen sollte. Dieser Aufforderung kam Zeichmann nicht nach und deshalb wurde ihm nach stattgefundener Verhandlung ein Eid auferlegt. Zeichmann erklärte indessen, den Eid nicht segeln zu können. Man ließ sich Dr. Abraham zu der Reuehrung hinreißen: „Sie treiben systematische Prozeßverschleppung, aber mit solchen Leuten, wie Sie sind, werde ich schon fertig.“ Nach der Behauptung des Zeichmann soll der Amtsrichter aber in sehr erregtem und lautem Tone gefagt haben: „Mit einem Mann, wie Sie, gegen den so viele Prozesse schweben, muß es doch schon faul stehen. Ich werde mit Ihnen schon fertig.“ Zeichmann ließ dann den Dr. Abraham fordern, dieser lehnte aber die Forderung ab, weil es sich um einen Vorgang in seinem Richteramt handelte, und nun überandte Zeichmann dem Dr. Abraham einen Brief beleidigenden Inhalts, wegen dessen Zeichmann nach gestelltem Strafantrag seitens des Dr. Abraham vom Landgericht zu einer Geldstrafe von 200 Mark verurtheilt wurde. Nachdem Dr. Abraham die Forderung abgelehnt hatte, strengte Zeichmann durch Dr. H. Friede eine Privatklage an, die am 8. April d. J. am Schöffengericht I verhandelt wurde, und mit kostenspflichtiger Abweisung des Klägers endete, weil angenommen wurde, daß dem Amtsrichter der Schutz des § 193 des Strafgesetzbuchs zur Seite stehe. Gegen dieses Urtheil legte Zeichmann Berufung ein, in Folge deren die Sache heute noch einmal verhandelt wurde. Nach einer längeren Beweisaufnahme versuchte der Vertreter des Zeichmann, Dr. H. Friede, nachzuweisen, daß der Amtsrichter Dr. Abraham die Absicht zu beleidigen gehabt hat. Er beantragte die Verurtheilung zu einer angemessenen Strafe. Der Vertreter des Amtsrichters Dr. Abraham, Rechtsanwalt Dr. Niemeyer, führte in längerer Rede aus, daß dem Amtsrichter der Schutz des § 193 des Str.-G.-B. zur Seite stehe; er beantragte wiederum die Abweisung der Klage. Das Landgericht verwarf die vom Kläger eingelegte Verurteilung aus dem vom Schöffengericht ausgesprochenen Gründen als unbegründet.

Ein Großstadtbild. Ein höchst unangenehmes Abenteuer, welches an einem Februar-Abend d. J. dem Dr. W., einem 65jährigen unverheirateten Herrn, passierte, kam in einer Verhandlung zur Sprache, welche gestern vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Dr. W. war mit einem Freunde sorben in Berlin aus einer rheinischen Stadt kommend, eingetroffen. Er wollte hier geschäftliche Angelegenheiten erledigen und führte in einer Briefstasche für 18 600 Mark Werthpapiere mit sich. Auf dem Wege zum Hotel wurden sie von einer feingekleideten Dame angesprochen. Die Herren beobachteten ein zurückhaltendes Wesen, gingen aber schließlich auf den Vorschlag der Dame, zusammen ein am Wege liegendes Restaurant zu besuchen, ein. In dem Lokale benahm sich die Dame besonders Dr. W. gegenüber sehr zudringlich. Als dieser zuletzt ihre Hand, die sie ihm auf die Schulter legte, von sich abschüttelte, sprang die Dame auf, that, als ob sie den Dr. W. umarmen wolle und entfernte sich mit einem Scherzwort schnell durch die Hintertür. Die Herren nahmen an, daß sie nach wenigen Minuten wieder zurückkehren würde, als dies aber nicht geschah, tauchte im Dr. W. ein unbestimmter Verdacht auf, er sah zu seine Brusttasche und bemerkte zu seinem Schrecken, daß seine Werthpapiere verschwunden waren. Auf Befragen erfuhr sie vom Kellner, daß man auch durch die Hintertür auf die Straße gelangen könne. Der Bestohlene eilte zur Polizei und alle Hebel wurden in Bewegung gesetzt, um die Taschendiebin zu ermitteln. Als dies geschah, waren einige Tage vergangen, und diese Zeit war von der Thäterin, einer Frau Handelsmann Weiß, benutzt worden, um in Begleitung ihres Geknehten aus Berlin zu verschwinden. Die Spur führte nach London und der Bestohlene nahm selbst die Verfolgung auf. Inzwischen hatte die Polizei bei

allen hiesigen Bankgeschäften Nachfrage gehalten, ob etwa die entwendeten Werthpapiere umgekehrt worden waren. Dies war der Fall bei zwei Papieren à 1000 M., die der Kellner Ernst Roszak bei der Deutschen Bank veräußert hatte. Dieser, ein mehrfach vorbestrafter Mensch, gab zu, die Werthpapiere im Auftrage der Frau Weiß verkauft zu haben. Er habe für seine Vermählungen 400 M. erhalten. Schon diese hohe Belohnung sprach dafür, daß Roszak annehmen mußte, die Papiere seien nicht auf ehrlichem Wege erworben, er wurde wegen Hehlerei verhaftet und hatte sich gestern vor Gericht zu verantworten. Der Bestohlene, Dr. W., wurde als Zeuge vernommen. Er behauptete, daß er die Hilfe der Londoner Polizei wie des deutschen Konsulats in Anspruch genommen habe, um die Flüchtigen zu ermitteln, welche sicher noch in London seien. Anlässlich der in London stattfindenden Jubiläumssfeier der Königin seien aber alle verdächtigen Personen, von denen man annehmen konnte, daß sie die Menschenansammlungen zur Verübung von Taschendiebstählen benutzen würden, in Haft genommen worden und man habe dem Zeugen Hoffnung gemacht, daß das Ehepaar Weiß sich unter diesen Personen befände. Sei dies der Fall, so würde es nach Berlin zurücktransportirt werden. Der Zeuge erklärte ferner, daß das Ehepaar Weiß zwar eine fünf Räume füllende Wohnungs-Einrichtung zurückgelassen habe, diese könne er aber nicht pfänden, da alles auf Abzahlung entnommen sei. Der Angeklagte Roszak blieb bei seiner Behauptung, daß er geglaubt habe, seine Auftraggeberin habe die Werthpapiere ehrlich erworben. Das Gericht schenkte ihm keinen Glauben, sondern verurtheilte ihn nach dem Antrage des Staatsanwalts zu einer Gefängnißstrafe von neun Monaten.

Unter der Auflage der verurtheilten Wöhrigung fand heute der Kammerdiener Martin Gentel aus Berlin vor der zweiten Strafkammer am Landgericht II. Der Angeklagte wurde am 20. November v. J. von dem Baron v. Eduard v. Sauten in Kolonie Grünwald als Kammerdiener engagirt, am 17. Dezember aber schon wieder entlassen. Er erhielt bis zu diesem Tage seinen Lohn ausgezahlt, verlangte aber nun noch Lohn und Kostgeld für weitere sechs Wochen, was er damit motivirte, daß er mit sechswohntlicher Kündigung angestellt gewesen sei. Ferner beantragte er eine Entschädigung von 100 M., angeblich, weil ihm seine Garderobe, die er nach seinem Abzuge noch zwei Tage in der Villa zurückgelassen, erheblich verdorben worden sei. Der Angeklagte hat bald nach seinem Abgange einen Brief an Herrn v. Sauten geschrieben und darin folgende Bemerkung gemacht: „Wenn ich bis zum 23. d. M. mein Geld nicht habe, zeige ich die Sache bei der Staatsanwaltschaft an, da ich Beweise dafür habe, daß Ihnen auf anderem Wege weder gerichtlich noch polizeilich beigekommen ist! Dieser Brief wurde der Staatsanwaltschaft übergeben, welche die Anklage wegen Wöhrigung erhob. Der Angeklagte hat dagegen seinerseits den Baron auf dem Zivilwege verklagt. Der Zivilrichter hat aber seine Entscheidung über den auf die Entschädigung bezüglichen Theil der Zivilklage ausgesetzt bis zur Erledigung des heutigen Verfahrens. Der Verteidiger des Angeklagten erklärte die etwas unverständliche Drohung im Briefe des Angeklagten dahin, daß der Baron den Offenbarungseid geleistet habe und fruchtlos erklart worden sei, so daß zivilrechtlich bei ihm nichts zu holen sei. Der als Zeuge geladene v. Sauten bestritt dies nicht, beschränkte sich aber auf die Angabe, daß er das Vermögen seiner Schwiegermutter verwalte und das Dienstpersonal unter dem Auftrage und auf Rechnung derselben, jedoch nach seinem Gutdünken annehme und entlasse. Ein Kutscher und ein Dienstmädchen des Barons bestritten, daß die Garderobe des Angeklagten in dessen Abwesenheit beschädigt worden sei, somit mußte die Entschädigungsforderung als eine rechtswidrige angefallen werden. Angeklagter wurde demgemäß zu 8 Wochen Gefängniß verurtheilt.

Vermischtes vom Tage.

— Ein Dichterpreis. Aus Karlsruhe meldet die „Straß. Post“: Der vom Großherzog gestiftete Dichterpreis wurde in diesem Jahre von dem Oberprimaner Schabinger errungen; das Thema war eine Darstellung Koris des Großen in Geschichte und Sage. Der Primaner Herrmann erhielt eine öffentliche Belobigung.

— **Reize Dich, Herr Gerhard!** —
— Bei der Ausbesserung einer Dachrinne stürzten in Hamburg zwei Klempnerlehrlinge aus dem dritten Stock in den Hof hinab. Der Tod trat auf der Stelle ein.

— In Striesau hat eine Pastorin einen „Großmütterchen-Verein“ gegründet. Man kommt im Pfarrhause zusammen, liest Traktäthen, trinkt Kaffee und ist Zwieback dazu.

— In dem lothringischen Dorfe Mettingen stürzten beim Bau eines Hochfengens drei Kesselschmiede ab. Zwei waren sofort todt, der dritte wurde schwer verletzt.

— Die „Wäcker Nachr.“ melden aus Gars: Oberhalb Niederturnen hat sich infolge der anhaltenden Regengüsse eine 400 Meter lange und 200 Meter breite, etwa 150 000 Kubikmeter haltende Schlamm- und Schlammflut in Bewegung gesetzt und bedroht den einen Theil des 1888—1892 mit einer halben Million Franken Kostenaufwand ausgeführten Verbauungswerkes, sowie den oberen Theil der Gemeinde Niederturnen. Die drohende Gefahr ist bei der gegenwärtigen ungünstigen Witterung im Wachsen begriffen. Ober- und Niederturnen mit etwa 2000 und 1000 Einwohnern und einem Mineralbad liegen nahe der Mündung zwischen Riechsee und Balessee.

— Die Leiche des von der Zugspitze abgestürzten Münchener Rechtsanwalts Dr. Richard Schmidt ist, wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ melden, nach achtstägigem Suchen nunmehr aufgefunden worden.

— Auf der österreichischen Korvette „Donau“, die an der istrischen Küste kreuzte, brach am 23. Juni in der Proviantskammer ein Brand aus, bei dem der zweite Proviantsmeister tödtlich und ein Matrose leichtere Brandwunden erlitten. Das Feuer wurde nach kurzer Zeit gelöscht.

— Infolge Hochwassers sind in der Bukowina Ueberschwemmungen vorgekommen. Straßen, Brücken und Wohngebäude erlitten Beschädigungen. Das Wasser des Pruth sieht 4 Meter über Null und ist theilweise über die Ufer getreten. Die Stadt Wagnitz und der untere Stadttheil von Czernowit sind gefährdet; der Verkehr mit dem Gebirge ist gänzlich unterbrochen.

— Die Stadt Kille in Westarabien steht seit zehn Tagen unter Wasser. Eine sehr bedeutende Zahl der Häuser ist unterwaschen. Die Lage der Bevölkerung ist äußerst bedrängend.

— Für 1000 Stück Sardinen, deren Marktpreis im vorigen Jahre 10 Fr. betrug, zahlt man jetzt den Händlern der Küste der Bretagne 1 Fr. Einzelne Fischer finden nicht einmal für diesen Satz einen Käufer.

— Die junge Frau Clavelant aus der Gegend von Pawa konnte seit acht Tagen nicht schlafen und war sehr überzogen, daß eine achtzigjährige Wittwe Brocherie sie beherzt habe. Um den Zauber von sich nehmen zu lassen, bog sich die Clavelant zu der Alten, welche wahrscheinlich erklärte, sie wisse von nichts und könne nichts thun; dann in ihrer Verzweiflung erwürgte die „Beherzte“ ihre Nachbarin und stellte sich dann selbst dem Gerichte.

— Eine kostbare Blume. In der Blumenausstellung des Temple Gardens zu London befindet sich zur Zeit eine Orchidee, die einzig in der Welt ist. Es ist die prächtige Gattleya Reinoldiana. Ihre Blüthe ist weiß und hat die Form einer Wäwe mit Goldgrund und Zimmetroth. Der berühmte Orchideensucher Arnold hat dieselbe kurz vor seinem Tode in Venezuela gefunden. Man schätzt den Werth der Pflanze auf über 25 000 Fr.

— Eine halbe Million Mark wurde für den Hengst Galtes Moore geboten, der das diesjährige englische Derby gewonnen hat. — Ein theures Vieh! —

— In Griechenland wütheten am 22. Juni starke Stürme.

— Auf Kephallonia wurde ein Erdbeben verspürt.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 26. Juni 1897. Kübler, zeitweise heiter, vielfach wolkig mit etwas Regen und mäßigen nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Freitag und Sonnabend, abends 7-8 Uhr statt.

Fr. Geht. Treten Sie in die Arbeiter-Bildungsschule ein, deren Bibliothek Brunnenstr. 25 an folgenden Tagen geöffnet ist: Sonntag, vom 10-12, Dienstag und Freitag, abends 7-10 Uhr.

Abonnent Blumenstr. 52. Allerdings finden sich Gefreite auch bei den Regimentsmusikern.

H. Talsburg. Es beruht auf einem Versehen, daß die Adresse unrichtig war.

Vasewald. Wenden Sie sich an Verh. Reichensbergerstr. 50.

S. Metallarbeiter. Beschwerden über Mißstände in Fabriken können nur in Ihrem Falle nur veröffentlicht, wenn die Mitteilung durch den Stempel der in betracht kommenden Gewerkschaft beglaubigt worden ist. Wir bitten Sie daher, das Nötige zu veranlassen.

Fachv. der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Sonnabend, den 26. Juni, abends 8 1/2 Uhr. Im Lokal des Herrn Heller, Oranienstrasse No. 51 („Oranienhallen“):

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Ergänzungswahl des Vorstandes. 2. Die Einführung des Organs der Isalorganisierten Gewerkschaften. 3. Vereinsangelegenheiten. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ist das Erscheinen aller Mitglieder erforderlich.

Der Vorstand.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

(Verwaltungsstelle Berlin). Montag, den 28. Juni 1897, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Reimannsdammstrasse 20:

Branchen-Versammlung der Mechaniker und Uhrmacher.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Beisitzers. 4. Verbandsangelegenheiten und Beschiedenes.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht.

Achtung! Steinarbeiter! Achtung!

Montag, den 28. d. M., abends 8 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c:

Gr. öffentl. Schrifthauer-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Tarifkommission. 2. Wahl eines Kommissionsmitgliedes. 3. Beschiedenes.

Kein Schrifthauer veräume diese sehr wichtige Versammlung. Geluche jeden Kollegen, sich durch nichts von den, von den Mitgeleiteten heute Abend abendbrachten sehr wichtigen Besprechungen abhalten zu lassen.

174/7 F. Fischer, Vertrauensmann.

Verband der Möbelpolierer.

Montag, den 28. d. M., abends 8 1/2 Uhr, Admiralstr. 18c:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Die heutige Stellung der Frau. Referent: Genosse **Mansatsch**. 2. Diskussion. 3. Beschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen, speziell der Kolleginnen, wird ersucht.

Die Mitglieder, welche länger als 8 Wochen mit ihren Beiträgen zurückbleiben, müssen dieselben heute Abend in den Kassen bezahlen oder Stundung beantragen, widrigenfalls sie aus der Mitgliederliste gestrichen werden.

147/13 Der Vorstand.

Stockarbeiter!

Montag, 28. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Koppenstr. 29:

Mitglieder-Versammlung des Fachvereins der Stockarbeiter.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Berichtsanlagen. 4. Beschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht. Der Vorstand.

Viktoria-Garten, Treptow, Morgen, Sonntag: Grosses Garten-Konzert.

(früher Kämpel), Köpenicker Landstrasse. Im großen Saale: **Tanz, Pönn- und Esel-Reiten.**

Jeden Mittwoch: **Grosses Kinderfest**, verbunden mit grosser Verloosung und Volksbelustigungen aller Art.

Von der Reife jurist. **Dr. Curt Freudenberg.** 27505 Bademarf. 22.

Sänger gesucht!

Nur eine Sänger-Gesellschaft wird sofort ein guter zweiter Tenor gesucht. Nur Herren mit wirklich guter Stimme, welche unbedingt humoristisch veranlagt sein müssen, wollen sich melden an A. B. 100 postlagernd Gr. Bärtefeld. 27748

19. durchgesehene und verbesserte Auflage. Jesus von Nazareth.

Historische Studie von **Georg Lommel**. Eine wirkungsvolle Schrift im Aufklärungskampf. Preis 30 Pf.

Wegen Einbindung von 35 Pf. in Marken durch unterzeichneten Verlag, sowie durch alle Kolportage- und Buchhandlungen.

Nürnberg. Wörlein & Comp.

Restaurant „zum gemütlichen Strauss“

Stralauer Höhe 17b. Berlin-Ost. Ant VII Nr. 4182. Zahlreiche v. 4 Wahlvereinen. Vereinszimmer mit Piano noch einige Tage frei.

Neu eröffnet. Zur alten Linde,

Admiralstr. 40a, am Platz. Täglich: **Barmes Frühstück** zur Auswähl. **Geit Rind.** **Bürgerbräu.** **Pilsener.** **Wieses helles und dunkles Lagerbier.** **Weißbier.** 19428 J. Zastrow.

Schulz' Festsäle, vorm. Paster

Neue König-Strasse 7. Jeden Donnerstag: 15552 Damen-Kränzchen. Jeden Sonntag: **Großer Ball.**

Bereitszimmer. Saal für Verammlungen frei. **Ed. Schulz, Geschäftl.**

Restaurant

am Stralauer-Rummelplatz (Vahnh. Großer schattiger Garten, 2 Regelmässige, Tanzsaal mit Musik, 2 große Hallen, großer Spielplatz, passend für Verammlungen und Ausflüge. Preis gute Speisen und Getränke. Weißbier und Kaffeehäuser zu jeder Tageszeit. Dable mich bestens empfohlen. 19072 Franz Strohmeier.

Grünau.

G. Wagner's Restaurant früher **Lietke**. Großer Saal, Garten, Kaffeehäuser, Regelmässige, Ausspannung.

Treptow. **Restaurant Jägerheim** Köpenicker Landstrasse. Schattiger Garten, 4 Regelmässige, Kaffeehäuser empf. **Feitz Blachowsky**.

S. Z. 99, C. M. 1098. Rein. — Stief, Henschl. 1. Rein. 2. Wenn der Betreffende gestorben ist, ohne daß er in den Genuss einer Rente gelangt war, in — **Timm.** In beiden Fällen an das deutsche Konsulat. — **J. Anflamerstr.** 1-3. Rein. 4. Sie können auf Zahlung des Geldes nach Kräften des Nachlasses klagen und nach obliegendem Urteil die Sachen pfänden und verkaufen lassen. — **Hugheuerlicheit.** Eine Klage hätte keine Aussicht auf Erfolg. — **S. Z. 114. 1. und 2. Rein.** — **M. R. 1000.** Ohne Angabe, wo der Unfall sich ereignet hat, kann die Sterbefälle festzulegen haben, welche Verwandten vorhanden sind, ob verheiratet oder nicht u. s. w., lassen sich Fragen betreffend Erbansprüche nicht beantworten. Sie thun deshalb besser, mündlich in der juristischen Sprechstunde anzufordern. — **C. B. Rein. — 19. C. S.** Wird nicht polizeilich angemeldet. — **S. 3000.** Der Ehestand muß ein Eheverhältnis im Besitz des Amtsgerichts vorliegen, in dem der Mann wohnt. Söldl' Termin wird ohne Anwaltszwang aberkannt. Nach fruchtlosem Ablauf des Termins ist die Ehestandslage durch einen Anwalt beim Landgericht anzufordern. Das Verfahren in Ehestandssachen dauert

seilen unter, sehr häufig weit über 1 Jahr. — **S. Z. 89. 1. Rein. 2. Ja. — 42 Uhrmacher.** Ihr Einwand würde nicht durchgreifen. Wenn Sie Widerspruch gegen den Zahlungsbefehl einlegen, so würden Sie aber etwa 2-3 Monate Zeit an gewinnen. — **C. G. 30. 1-4.** Wird dort zu den Arbeiten nur für den Betrag der durchschnittlichen Selbstkosten unter Anrechnung der Lohnzahlung verurteilt werden. In einem höheren Preise ist die Verabfolgung von Garn nur zulässig, wenn derselbe den ordentlichen Preis nicht übersteigt und im voraus vereinbart ist. Wegen Unternehmung, die diese Vorschrift verletzen, kann auf Zahlung des zu hoch Abgegebenen Geldes, auch samt Strafanzug (bei der Staatsanwaltschaft) gefordert werden. Die Strafe besteht in Geldstrafe bis 6000 Mark oder Gefängnisstrafe bis 6 Monaten. — **M. R. 97.** Beantragen Sie bei dem Vorlande der Berufsgenossenschaft, die Ihnen zustehende Unfallrente Ihnen auszugeben. — **H. B. C. 1. Ja. 2. Rein. 3. Rein. 4. Je nachdem: Gefängnis- oder Zuchthausstrafe. 5. Beschäftigung tritt nicht ein. 6. Rein.**

Verein der Buchdrucker u. Schriftgießer für Nixdorf-Brig.

Sonntag, 4. Juli, in den „Victoria-Sälen“, Hermannstrasse 49/50:

Johannis-Fest

unter Mitwirkung hervorragender Kräfte. 35/8 Große Fackelparade. Jedes Kind erhält eine Stocklaterne gratis. Anfang 4 Uhr. — Programm 20 Pf.

Neue Welt

Bergschloss-Bräuerei, Hasenhalde. Heute, Sonnabend: **Grosses Johannisfest** verbunden mit **Sommernachts-Ball.** Eintritt 15 Pf. Die Direktion.

Restaurant Thiele, 44 Bismarckstr. 44.

Jeden Sonntag: **Frei-Konzert** im prachtvollen Garten. Saal, unter Leitung des Tanzmeisters Herrn **M. Thierbach**. Vereinen, Gesellschaften bestens empfohlen. 2073L*

Möbel, Spiegel und Polsterwaren.

Compl. Wohnungs-Einrichtungen. Tischlermeister, 15879* **Franz Tutzauer, Berlin SW., Blücherstr. 14.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband

(Verwaltungsstelle Berlin). Am Sonnabend, den 10. Juli, in den Gemäuträumen des „Schloss Weissensee“:

Gr. Sommernachts-Fest.

Gr. Konzert. Gr. Spezialitäten-Vorstellung. Gr. Brillant-, Land- und Wasser-Feuerwerk.

In beiden Sälen: **Grosser Ball.** Anfang 5 Uhr nachmittags. — Billet inkl. Tanz 30 Pfennige.

Alles Näheres besagt das Programm, welches beim Eintritt zur Ausgabe gelangt. Billets sind bei den Kassirern u. in sämtl. Zahlstellen zu haben.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

(Verwaltungsstelle Berlin). Am Sonnabend, den 10. Juli, in den Gemäuträumen des „Schloss Weissensee“:

Gr. Sommernachts-Fest.

Gr. Konzert. Gr. Spezialitäten-Vorstellung. Gr. Brillant-, Land- und Wasser-Feuerwerk.

In beiden Sälen: **Grosser Ball.** Anfang 5 Uhr nachmittags. — Billet inkl. Tanz 30 Pfennige.

Alles Näheres besagt das Programm, welches beim Eintritt zur Ausgabe gelangt. Billets sind bei den Kassirern u. in sämtl. Zahlstellen zu haben.

Viktoria-Garten, Treptow, Morgen, Sonntag: Grosses Garten-Konzert.

(früher Kämpel), Köpenicker Landstrasse. Im großen Saale: **Tanz, Pönn- und Esel-Reiten.**

Jeden Mittwoch: **Grosses Kinderfest**, verbunden mit grosser Verloosung und Volksbelustigungen aller Art.

Künstliche Zähne.

H. Steffens, Rosenhaldenstr. 61, 2 Tr. Täglich von 10-12 Uhr. Preis 1 M.

Herren-Hüte 65 Pf.

Bessere Hüte enorm billig, verkauft aus der Fabrik im Komptoir 18882 **Garni-Strasse 4/5, Kabanien-Allee 101.** Sonntag geöffnet.

Eis!

In unseren Eisschuppen in der Oranienstrasse zu **Hohen-Schönhausen** lagern 20772* ca. 150 000 Ctr. **Pa. Natur-Eis.** Wir offerieren dasselbe mit 30 Pf. frei unserem Schuppen, mit 50 Pf. frei Haus. Centesimalwaage befindet sich am Eisschuppen.

Aktienbrauerei Hohen-Schönhausen.

Telephon: Amt Friedrichshagen Nr. 83. **Eis!**

Jede Uhr

reparieren und reinigen kostet bei mir unter Garantie d. Uhrgehens nur 1 Mark 50 Pf. ohne Bruch, keine Reparaturen billiger. Groblos Voger neuer und gebrauchter Taschenuhren, Regulatoren und Wecker, alle Arten Ketten, sowie Uhren u. Vincennes. **Carl Lux, Uhrmacher, 35 Chaussee-Strasse 35.**

Man überzeuge sich im Riesentofflager

kein Laden, Kranienstr. 14 I.

Lanolinseife!

macht die Haut zart u. geschmeidig. 1 Stück Lanolinseife und ein reines Sandtuch liefern ich 1. 10 Pf. v. Woche. **Händing-Vertrieb Just S. Ragner, Neue Königstr. 17, Fernsprech-Amt VII Nr. 2087.**

Resierhandlung.

Billig Rechte zu Anaben-Konzerten von 1 M. Große Anzahl von 7 M. an, bis zum feinsten Kammergarn, auch pass. zu Einlegungs-Konzerten. Große Auswahl in **Volleis-Konf.**, sowie zu **Wäschelein.** **Joquett.** **Büsch.** **Atlas.** **Seide.** 17672* Auf Wunsch alles zugeschnitten, auch angefertigt. **Feitige Anaben-Konzerte.**

66. Karle, Waldemarstr. 66.

Telephon Amt IV. 1597.

Reell und billig

kauft man in der Norddeutschen Schuhfabrik von **W. Hittschke**, gegründet 1872, **Stalinerstr. 13.** Gute Admiralstrasse, am Kottbuser Thor.

Hüte Parteigenossen! nur mit **Kontrollmarke** Schirme, Stöcke, Kravatten **Otto Gerholdt, Drebbenerstr. 9.**

Neues Leben.

Anarchistisch-sozialistische Wochenschrift. Abonnementspreis 10 Pf. pro Monat. Einzelnummer 10 Pf. In bezug durch alle Kolportage, Zeitungspediteure, sowie durch die Expedition „Neues Leben“, Berlin O., Grenadierstr. 28. 2771b

Bahn-Artier.

Künstl. Zähne in tadelloser Ausführung v. 3 M. Kronen v. 2 M. an. Schmerzlos. Zahnziehen mit **Cocain**, **Chloroform** und **Wachsm.** unter Leitung eines prakt. Arztes. Bei Bestellung v. künstl. Zähnen Zahnziehen, Zahnreinigen umsonst; Zahnzahlung gestundet. Woche 1 M. **Guckel, Kaniger Platz 2, Chaussee-Strasse 12, Steglitzerstrasse 71.**

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler etc.

(Zentr. Verwaltung Berlin N.) Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Tischler **Gustav Müller** am 24. Juni, im Alter von 58 Jahren, an der Proletarierkrankheit verstorben ist. Die Beerdigung findet Sonntag, den 27. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des katholischen Kirchhofes (Mariendorf) statt.

Um zahlreichere Beihilfeung bittet **Die Ortsverwaltung.**

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Berlin“.

Sonntag, den 27. Juni, morgens 5 Uhr, vom Drenslauer Thor: Tour nach **Hingermünde**. Zusammentreffen mit den Stettiner Genossen, Frühstück **Berna u.** 2759b

Für **Hel. Marie Gerdes** gingen bei Unterzeichnetem ein: **S. G. 3.**, **S. B. 2.**, **N. R. 4.**, **B. H. 10.**, **Ungeannt 2.**, **G. M.**, **Bülowstrasse 2.**, **Dr. Fischer 10.**, **H. H. 1.**, **Charlottenburger Rechts-anwalte 9.**, **Birfeld 1.**, **Pa. Helbing in Stuttgart 5.**, **B. Kersen, Spandau, 150.** **H. Hied 20.**, **Dr. H. B. 5.**, **Dr. A. P. 3.**, **C. G. 2.**, **Reverend W. i. E. 10.**, **G. R. 4.**, **Mitteldeutsch. Sonntag-Zeitung**, **Giesen 3.**, **Frau G. H. 1.**, **Einige Mitglieder u. Nicht-Mitglieder der Buchdrucker O. v. Holten 6.**, **Peira 10.**, **H. S. 8.**, **Gel. durch gutegeimte Mitmenschen von B. G. 7.55.** **Gesammelt von S. Schmidt 15.20.** **P. Korf in Remscheid 20.** **Summa 147.25 M.** **H. B. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40.** **Kassierer der Reinen freien Volksbühne.**

Jeden Sonnabend: Grosser Sommernachts-Ball.

Möbel

verliehen gewasene und neue, staunend billig. Teilzahlung gestattet. **Wannent ohne Anzahlung. 17912* Neue Königstr. 59.**

Verwaltung der Kochanstalt

Stadt, Schlaethof Täglich (Sonntag vorm. von 7 bis 9 Uhr) Verkauf von: **Gehacktem Rindfleisch** à 30 und 35 Pf. per Pfund. **Geh. Schweinefleisch** à 40 Pf. per Pfund. 16392*

Carl Becker

Cigarren, Cigarretten u. Tabake **Kudowstr. 25 an der Müllerstr.**

Destillation mit Verein, Hildard, 900 M. Rechte, zu verk. Näheres Gutmansstr. 4 B e c h l o n g. 1777b

Mühlentrafje Nr. 8

nahe Oberbaum u. **Waldemarstrasse**, sind hübsige freundliche Hofwohnungen vom 1. April zu vermieten. Näheres beim **Bewerber.** 29252*

Charlottenburg, Charlstr. 20.

Baden, Westend, Faust, Schön, Boden u. Boden, u. gr. Zell. (of. i. 450 M. z. v.

Wahl, Schlafliche Biederbörgerstrasse 15, 1 Tr. (auf der O f f t) zu verm.

Schlafliche, 2 junge Leute, 11. Etage bei kind. Renten Simeonstr. 4 v. 4 Tr. rechts, W e e r. 2776b

Schlafliche, f. 2 G. Oranienstr. 182 b. 4 r.

Möbl. Zimmer, (separat, f. 2 G. bei Wwe. P a l l a t, Reichenbergerstr. 73, I.

Möbl. Schlafst. für 2 Herren, auch Damen, 1. Juli, à 13.50, Alexanderstr. 18, 3 Tr. I. 2764b

Schlafst. f. Herrn, Krausstr. 36, bei Frau Klinghorn, I. Oberg. 2 Tr. 2764b

Stellegesuch!

J. Mann, anfangs Wer, Stenograph, Kenntnis der franz. u. engl. Sprache, seit Jahren in Red. tätig, sucht zum 1. Okt. o. früher Stellung in der Redaktion einer Parteizeitung. Off. an Q. i. a. d. Exp. d. Bl.

Lackir. r.

durchaus erste Kraft findet dauernd angenehme Stellung bei hohem Lohn. Bewerber, die schon auf Züge gearbeitet, bevorzugt. Adr. unt. P. 1 nimmt die Exped. entgegen. 2762*

Bergolber,

Veräberinnen und Mädchen, die das Verberben erlernen wollen, sucht A. Werkmeister, Schindlerstr. 5a.

Dirigent,

tätig, sucht Gesangsverein (M. des A. S. B.). Meldungen bei H. H. H. Drebbenerstr. 110 (Kafal). 2770b

Wir suchen tüchtige **Schriftmaler.** **Otto Grund & Co.,** **Häckerstr. 17.** 2767b

Geübte Glaschleifer verlangt **Heckert, Prinzstr. 32. 12072***

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
 Sonnabend, den 26. Juni.
 Neues Igl. Operntheater (Kroll).
 Vohengrin. 7 1/2 Uhr.
 Berliner. Renaissance. 7 1/2 Uhr.
 Vefling. Die Geisha. 7 1/2 Uhr.
 Schiller. Dufel Bräutigam. 8 Uhr.
 Westen. Der Troubadour. 7 1/2 Uhr.
 Neues. Marcella. 7 1/2 Uhr.
 Friedrich. Wilhelmshildisches.
 Schumann's Kriegs-Abenteuer im Orient. 8 Uhr.
 Reibens. Der Unterpräfekt. Vorher: Rusotte (II. Akt). 7 1/2 Uhr.
 Belle Alliance. Spezialitäten. Anfang 6 Uhr.
 Alexanderplatz. Verkauftlicher Werth. Anfang 8 Uhr.
 Chtend. Unsere Reichspost. 8 Uhr.
 Volks. Hellenquale. Bäderer. Das Fest der Handwerker. 8 Uhr.
 Apollo. Venus auf Erden. 8 Uhr.
 Passage-Panoptikum. Die Kinder der Wüste. 8 Uhr.

Schiller-Theater
 (Wallner-Theater).
 Sonnabend, abends 8 Uhr: Dufel Bräutigam.
 Sonntag, abends 8 Uhr: Der Millionenbauer.

Ostend-Theater.
 Gr. Kronenstr. 132. Dir. G. Weich.
 Unsere Reichspost.
 Großer durchschlagender Erfolg.
 Anfang 8 Uhr.
 Im Garten:
 Erstes großes Sommertheater.
 Anf. 6 Uhr. Spezialitäten I. Rang. II. a. Hugo Schulz.

Volks-Theater
 31. Reichenberger. Straße 31.
 Abends 8 Uhr:
 Hellenquale.
 Poffe von D. Bernhard.
 Bäderer.
 Schwan mit Gesang von Georg Velly.
 Das Fest der Handwerker.
 Poffe mit Gesang von E. Angely.
 Vor der Vorstellung von 6 1/2 Uhr ab:
Garten-Konzert.
 Entree 30 Pf. bis 3 Wt.

W. Noack's Theater
 Brunnen-Strasse 16.
 Täglich:
 Theater- u. Spezialitäten-
 Vorstellung.
 Berliner Wäschermädel.
 Burleske mit Gesang und Tanz
 von W. Veride.
 Großer Beifall! Großer Beifall!
 Neu! Die Zirkusse. Neu!
 Operette in 1 Akt von E. Heffsch.
 Musik von Fritz Wafel.
 Jeden Sonntag, Montag, Dienstag
 und Donnerstag im Saale:
Grosser Ball.

Viktoria-Brauerei
 (Garten resp. Saal)
 Lützow-Strasse 111/112
 nahe Potsdamer Platz.
 Heute sowie täglich:
Stettiner Sänger
 (Weysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Mühl, Schneider und Schrader.)
 Neues Programm! u. a.
Ein vergnügter Wahltag.
 Ensemble von Meißel.
 Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
 Bildes & 40 Pf. und Familien-
 Bildes & 1 Paar (für 5 Personen
 gültig) sind nur in den Vorverkaufsstellen
 zu haben. (Siehe Plakat.)

Apollo-Theater
 und Konzert-Garten.
Otto Reutter
 mit seinen aktuellen selbstverfassten
 Soupiers.
 Um 9 Uhr:
Venus auf Erden.
 Burlesk-phantastische Operette in 3 Akten
 in 1 Akt von Volken-Bäders.
 Musik von Paul Linde. In Szene
 gesetzt vom Direktor F. Gläd.
Der Kinetograph
 mit neuer Silber-Serie.
 Aufstretten hervorragender
 Spezialitäten.
 Kassensührung 6 1/2 Uhr. Konzert 7 Uhr.
 Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Castan's Panopticum.
 Neu! Die elektrisch beleuchten
 Neu! und künstlich sprechenden
 Neu! Menschen.
 Neu! und hochkomisch!

Konzerthaus Sanssouci,
 Kottbuserstr. 4a. Inh. G. Pierré.
 Täglich:
Gr. Garten-Konzert und
Vorstellung.
 Anerkannt bestes Programm.
 Täglich:
 Vielen Anzeigen und allseitigen
 Wünschen entsprechend:
Der Lumpenball.
 Jeden Tag wechselndes Programm.
 Anfang 8 Uhr. - Entree 30 Pf.
 Passo-partouts gelten.

Puhlmann's Vaudeville-Theater
 Schaubauer Allee 118,
 Kastranien-Allee 97-99.
 Täglich:
Mauschaft an Bord.
 Komische Operette in 1 Akt.
 Amelia Bland, Verwandlung:
 Soubrette. Paul Petras, Schrift.
 Jongleur. Martinus, Gesangs-
 u. Tanz-Quintett. Barbarina,
 Ballet-Ensemble. Mizzi Braun,
 Köchle-Soubrette. Gebr. Harry
 und William Latoure, Bicolor-
 Theater. Geschw. Morle, die
 Planeten d. Luft. Arthur Martin,
 Humorist. Little Charles, Va-
 wincenkur. Metzely Troupe,
 Miniatur-Krobotten.

Amelia Bland, Verwandlung:
 Soubrette. Paul Petras, Schrift.
 Jongleur. Martinus, Gesangs-
 u. Tanz-Quintett. Barbarina,
 Ballet-Ensemble. Mizzi Braun,
 Köchle-Soubrette. Gebr. Harry
 und William Latoure, Bicolor-
 Theater. Geschw. Morle, die
 Planeten d. Luft. Arthur Martin,
 Humorist. Little Charles, Va-
 wincenkur. Metzely Troupe,
 Miniatur-Krobotten.

Im Saale: Ball.
 Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
 Reiserivier Platz 50 Pf.

Passage-Panopticum.
 30 Kinder der Wüste.
 Beduinen, Derwische, Schlangen-
 beschwörer, Bauch-
 tanzmeister etc.
 Vorstellung
 12, 5, 7, 9 Uhr.

Halt!
 Schöner Familienaufenthalt!
 Beschuld denn in die Ferne schweifen?
 Liegt das Gute doch so nah;
 Was ganz bequem ist zu erreichen,
 Wenn nur die Luft ist da;
 Ein Stück der alten Heiligtümer,
 Was vielen noch ganz unbekannt,
 Der "Karlsgarten", welche Freude,
 Die Waldluft aus erster Hand.
 Der schönste Aufenthalt ist doch ent-
 schieden
 Der Karlsgarten noch geblieben. -
 Für Freunde der Gemüthsruhe
 bietet sich hier Gelegenheit.
 Und das es niemand wird zu theuer,
 Dafür sorgt Gohwirth
Rudolph Seyer.
 2768b

Karlsgarten,
 Aufgang Wilmanns- u. Hermannstraße.
 Empfehle hiermit Tanzsaal, 3 Kegel-
 bahnen, Ges- und Boule-Spielen und
 Fahrten, 14 Schanzen und Karussell,
 Gr. Kaffeehaus etc. etc. sowie
 Sonntag, den 27. Juni:
Gr. Kinder-Freudenfest.

Alfred Malitz
 Restauration und Destillation
 C. Alexanderstr. 35
 Vereinszimmer. Tel. A. VII. No. 7.

Urania,
 Tauben-Strasse 48-49.
 Naturkundliche Ausstellung
 täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab.
 Eintritt 50 Pf.
 Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.
 Invalidenstr. 57/52 (ehemal. Stadt-
 Bahnhof): Täglich von 6 Uhr nach-
 mittags ab bis 10 Uhr abends Stern-
 warte und Mondpanorama. Eintritt
 50 Pf. Näheres die Tagesankündige.

Ostbahn-Park
 Rüdigerdorferstr. 71. Am Köpenicker Platz.
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Garten-Konzert von der 20 Mann starken Hauskapelle
 unter Leitung des Musikdirektors Herrn Otto Görner.
 Kaffeeküche 3 bis 5 Uhr. - Volksbelustigungen aller Art.
 4 Kegelbahnen. Gute Biere, ausgezeichnete Küche.
 Entree: Sonntag 30 Pf., Kinder 10 Pf. H. Jmbs.

Schweizer Garten.
 Am Königsthor. Am Friedrichshain.
 Täglich: Theater und Spezialitäten.
 Troupe Grigolatis, Tänzer und Gymnastiker. Emmy Dahl
 & Carla Walton, Chansouettenfängerinnen. Theod. Lippardt,
 Tanzgymnast. Geschw. Tilly, Gesangs- und Tanzduettistinnen.
 Dahn & Waide, Spielduettisten. The Buffalos, Excentrics etc.

Volksbelustigungen
 aller Art.
 Im Saale:
Ball.
 Im Juli sind noch 2 Sonnabende an
 Vereine zu vergeben.

Brauerei-Ausschank der Brauerei Stralau
 Oeconomie: Birkholz & Mittag.
 Jeden Sonntag und Donnerstag:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Garten-Konzert der 20 Mann starken Hauskapelle.
 Im Saale: **Grosser Ball** bei gänzlich freiem Entree.
 Sport- und Ruderboote in gr. Auswahl stehen zur Verfügung.
 Kaffeeküche v. 2-7 Uhr. Volksbelustigungen jeder Art.
 2 verdeckte Kegelbahnen. Gute Biere, aus-
 gezeichnete Küche zu soliden Preisen. Birkholz & Mittag.

Gastwirthschaft von G. Lindenhayn
 Friedrichstrasse 2. [17689*]
 3 Zimmer von 25-30 Personen.
 Saal für 80 Personen mit Piano. - Garten u. Kegelbahnen.
Arbeiter-Verkehrsal.

Carolinenhof, C. Mandt, Restaurant.
 Dampfschiffs-Station. [19299*]
 Zwischen Grünau und Schmöwitz schöner Punkt der Oberufer.
 Stündliche Omnibus-Verbindung Bahnhof Grünau. - Wald-Erholungsplatz.

Achtung!
 O. J. Engelke, Neue Jakobstraße 26.
 echten alten Nordhäuser Bitter Nr. 1. - 1/2 R. 0,50.
 extra alte Waare 1,40, 0,70.
 Kleinverkauf von 10 Pf. an.

Wirthshaus Schwargendorf,
 Warnemünderstr. 6, direkt am Grunewald, mit Garten, Tanzsaal, Vereins-
 zimmer, Kaffeeküche (3 Liter 60 Pf.). Vereine und Gesellschaften an-
 gelegentlich empfohlen. - Borghol. Speisen und Getränke zu soliden
 Preisen. Pilsener Bier, Glas 10 Pf. 18219*
 Jeden Sonntag: **Grosser Ball.** Karl Baier.

Bichelswerder. Für Partys und Ausflüge em-
 pfehle mein Lokal. Bräuterrückgang
 wird vergütet. Auch Dampfkanone.
Der Alte Freund.
 15842*

Treptow, Hohlwein's Keglerschlösschen,
 Köpenicker Landstraße, (4. Bahnh. hinter der Ber-
 lin-Brandenburg-Bahn), Restaurant mit großem Garten (ca. 2000 Bst.), II. Saal für
 Vereine (100 Bst.), 2 neue verdeckte Kegelbahnen. Kaffeeküche.

Reichsgarten
 Friedenstrasse 20
 (Ecke Büchingerstr.).
 Täglich:
Grosses Frei-Konzert.
 Die Kaffeeküche ist täglich, auch
 Sonntag, von 2 Uhr ab geöffnet.
 H. Koslowsky.

Ostbahn-Park
 Rüdigerdorferstr. 71. Am Köpenicker Platz.
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Garten-Konzert von der 20 Mann starken Hauskapelle
 unter Leitung des Musikdirektors Herrn Otto Görner.
 Kaffeeküche 3 bis 5 Uhr. - Volksbelustigungen aller Art.
 4 Kegelbahnen. Gute Biere, ausgezeichnete Küche.
 Entree: Sonntag 30 Pf., Kinder 10 Pf. H. Jmbs.

Schweizer Garten.
 Am Königsthor. Am Friedrichshain.
 Täglich: Theater und Spezialitäten.
 Troupe Grigolatis, Tänzer und Gymnastiker. Emmy Dahl
 & Carla Walton, Chansouettenfängerinnen. Theod. Lippardt,
 Tanzgymnast. Geschw. Tilly, Gesangs- und Tanzduettistinnen.
 Dahn & Waide, Spielduettisten. The Buffalos, Excentrics etc.

Volksbelustigungen
 aller Art.
 Im Saale:
Ball.
 Im Juli sind noch 2 Sonnabende an
 Vereine zu vergeben.

Brauerei-Ausschank der Brauerei Stralau
 Oeconomie: Birkholz & Mittag.
 Jeden Sonntag und Donnerstag:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Garten-Konzert der 20 Mann starken Hauskapelle.
 Im Saale: **Grosser Ball** bei gänzlich freiem Entree.
 Sport- und Ruderboote in gr. Auswahl stehen zur Verfügung.
 Kaffeeküche v. 2-7 Uhr. Volksbelustigungen jeder Art.
 2 verdeckte Kegelbahnen. Gute Biere, aus-
 gezeichnete Küche zu soliden Preisen. Birkholz & Mittag.

Gastwirthschaft von G. Lindenhayn
 Friedrichstrasse 2. [17689*]
 3 Zimmer von 25-30 Personen.
 Saal für 80 Personen mit Piano. - Garten u. Kegelbahnen.
Arbeiter-Verkehrsal.

Carolinenhof, C. Mandt, Restaurant.
 Dampfschiffs-Station. [19299*]
 Zwischen Grünau und Schmöwitz schöner Punkt der Oberufer.
 Stündliche Omnibus-Verbindung Bahnhof Grünau. - Wald-Erholungsplatz.

Achtung!
 O. J. Engelke, Neue Jakobstraße 26.
 echten alten Nordhäuser Bitter Nr. 1. - 1/2 R. 0,50.
 extra alte Waare 1,40, 0,70.
 Kleinverkauf von 10 Pf. an.

Wirthshaus Schwargendorf,
 Warnemünderstr. 6, direkt am Grunewald, mit Garten, Tanzsaal, Vereins-
 zimmer, Kaffeeküche (3 Liter 60 Pf.). Vereine und Gesellschaften an-
 gelegentlich empfohlen. - Borghol. Speisen und Getränke zu soliden
 Preisen. Pilsener Bier, Glas 10 Pf. 18219*
 Jeden Sonntag: **Grosser Ball.** Karl Baier.

Bichelswerder. Für Partys und Ausflüge em-
 pfehle mein Lokal. Bräuterrückgang
 wird vergütet. Auch Dampfkanone.
Der Alte Freund.
 15842*

Treptow, Hohlwein's Keglerschlösschen,
 Köpenicker Landstraße, (4. Bahnh. hinter der Ber-
 lin-Brandenburg-Bahn), Restaurant mit großem Garten (ca. 2000 Bst.), II. Saal für
 Vereine (100 Bst.), 2 neue verdeckte Kegelbahnen. Kaffeeküche.



Preisliste von
Carl Stier
 Fabrik
 für Herren- u. Knaben-Garderobe
 Berlin:
 168 Oranienstr. 168.
 Potsdam:
 Brandenburgerstr. 23.
 Zur Sommer- und Reise-Saison.

A. Anzüge.		Mark
Jacket-Anzug aus gewirtem Waschstoff	6,-	
Jacket-Anzug aus melirtem haltbaren Waschstoff	8,-	
Jacket-Anzug aus festem gewirtem Sommerstoff	10,50	
Jacket-Anzug aus sehr festem gemusterten Sommerstoff	15 und 13,50	
Jacket-Anzug aus leichtem Wollstoff, schöne Muster	16,-	
Jacket-Anzug aus Lodenstoff, eleganter dauerhafter Anzug	22,50	
Jacket-Anzug aus leichtem Sommer-Kammgarn, eleganter reinwollener Anzug	27,-	
Jacket-Anzug aus gewirtem Stoff, praktische, melirte Muster	22,50	
Jacket-Anzug aus leichtem blauen Cheviot	27,-	
Jacket-Anzug aus feinem bayerischen Loden, elegant und sehr dauerhaft	30,-	
Jacket-Anzug aus feinem gewirtem Stoff	33,-	
Jacket-Anzug aus feinem, melirtem Kammgarn, sehr elegant	36,-	
Jacket-Anzug aus feinem melirtem Cheviot, hochelegant etc. etc. etc.	39,-	
B. Joppen und Jackets.		Mark
Joppe von grünmelirtem Stoff	1,25	
Joppe von braunmelirtem Stoff	1,50	
Joppe von grün- oder braunmelirtem Stoff	1,75	
Joppe in starker Qualität, grün oder braun	3,-	
Joppe in sehr starker Qualität, grün oder braun	3,75	
Jacket von schwarzem Lustr mit Aermelfutter	2,75	
Jacket von schwarzem Lustr mit Futter	4,50	
Jacket von hellgrau oder hellmelirtem Lustr	4,50	
Jacket von melirtem Lustr	5,50	
Jacket von schwarzem Panama	5,50	
Jacket von grau oder mode Panama	6,-	
Jacket von elegantem Diagonal	7,50	
Jacket von schwarzem Cachemire mit Futter	7,50	
Jacket von feinem schwarzem Lustr mit Futter	9,50	
Jacket von feinem schwarzem Cachemire mit Futter	9,50	
Jacket von prima Cachemire	12,-	
Joppe von Loden, grau oder mode	6,-	
Joppe von Loden, etwas kräftiger	7,50	
Joppe von feinem Loden	10,50	
Joppe von bayerischem Loden, sehr elegant etc. etc. etc.	15,- 12,-	
C. Hosen.		Mark
Hose von Zwirnstoff	1,75	
Hose von Moleskin, waschecht	2,-	
Hose von Zwirnstoff, sehr haltbar	2,75	
Hose von Moleskin, in schönen Mustern	3,50	
Hose von Sommerstoff	4,50	
Hose von leichtem Buckskin	3,50	
Hose von Zwirnsockskin, sehr haltbar	5,-	
Hose von gestreiftem Cheviot, schöne Muster	5,50	
Hose von leichtem Velour, schmal gestreift	9,-	
Hose von leichtem Cheviot, elegant und sehr dauerhaft	10,50	
Hose in allen übrigen Qualitäten von	4,50-10,50	
D. Staubmäntel und Havelocks.		Mark
Staubmantel in Drell	4,50	
Staubmantel in Lustr	8,-	
Staubmantel in feinem gestreiftem und melirtem Mustern	12,-	
Havelock in Loden, imprägnirt	9,-	
Havelock in Diagonal-Loden, imprägnirt	12,-	
Havelock in Strich-Loden	15,-	
Havelock in reinwollenen Loden	20,-	
Havelock in feinem melirtem Loden	27,- 25,- u. 22,50	
Havelock in ff. Kameelhaarloden	35,-	
E. Knaben-Anzüge.		Mark
Joppen-Anzug für Knaben von 7 Jahren an	2,67	
Joppen-Anzug in Waschstoff	3,57	
Joppen-Anzug in feinerem Waschstoff	8,50-5,50	
Joppen-Anzug von Turntuch	4,50	
Joppen-Anzug von vorschrittsmässigem Turntuch	8,50	
Joppen-Anzug von ff. Wollturntuch	9,50	

Nach ausserhalb sende Muster und Maassanleitung franko zu,
 doch nur von Qualitäten über 3 Mark. 17191*



Frosch-Konzert
Halb & Halb
 Mampe mit Pomeranzen.
Feinste Likörmischung.
 In 3800 Berliner Geschäften zu haben.
 Champagnerflasche M. 1.25.